



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

AUGUST 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

„Ein Garant für viel Lebensfreude“

Trotz Gegenwind, Regen und Reifenpannen genießt Außenminister Jean Asselborn seine Radvakanz

Von Michael Merten

Ruhig fließt die Saône am mittelalterlichen Städtchen Gray vorbei. Südlich der Stadt säumen Bäume den Fluss zu beiden Seiten des Ufers. Saftiges Grün, dazu das beruhigende Fließgeräusch des Wassers – es ist die pure Idylle und eigentlich der perfekte Ort, um die Strapazen eines hektischen Politikerlebens zu vergessen. Wäre da nicht dieser Himmel: Dunkle Wolken dominieren das Foto, das Jean Asselborn am Donnerstag auf seiner Facebookseite gepostet hat.

Dazu der Kommentar: „Die Saône südlich von Gray und der Himmel bereits in schlechter Stimmung“. Es ist der fünfte Tag seiner traditionellen Sommer-Fahrradtour, die den luxemburgischen Außenminister jedes Jahr nach Frankreich zieht. Doch nicht nur an diesem Tag sind die Vorzeichen von oben düster: Schon die ganze Woche hat Asselborn mit widrigen Wetterumständen zu kämpfen.

Meist zieht der 72-Jährige Aufmerksamkeit mit seinen Fahrten auf den Mont Ventoux auf sich. Auch 2021 steht der berühmteste Berg der Tour de France auf dem Programm, doch in diesem Jahr ist es viel mehr als sonst der Weg dahin, der kräftezehrend ist. Auch die vermeintlich leichten Abschnitte wie diese 62 Kilometer von Gray nach Dijon.

„Auf dem Papier ist diese Etappe nicht sehr anspruchsvoll, aber

in Wirklichkeit ist sie boshaft: Kurz und nicht sehr hügelig, der Regen und vor allem der Südwind machten sie schwierig und zeitweise sogar unangenehm“, bilanziert er abends auf Facebook, wo er zahlreiche Fotos postet, die hunderte, manchmal mehr als 1 000 Likes erhalten.

Symbolträchtiger Start in Schengen

Am Sonntag ging es an einem symbolischen Ort los: Von Schengen aus führte ihn sein Weg meist entlang von Fluss- und Kanalradwegen über Nancy, Epinal und Dijon. Weiter geht es über Macon, Lyon, Valence, Orange und Arles bis Béziers; insgesamt 14 Etappen mit knapp 1 200 Kilometern. Nach seiner sechsten Etappe über 81 Kilometer, die gestern mit Regen in Dijon begann und nachmittags trocken, doch bei starkem Gegenwind in Chalon-sur-Saône endete, ist es Zeit für eine Zwischenbilanz.

Am Telefon erinnert sich Asselborn leicht wehmütig an seine Sommertour 2020 zurück, als er keinen einzigen Regentropfen bekam. Doch im herbstlichen Sommer 2021 ist das anders; der teils starke Regen, vor allem aber der heftige Wind zehren an den Kräften.

„Du musst drücken wie ein Pferd und machst trotzdem nur 20 Sachen“, erzählt Asselborn. An eine derart verregnete Tour könne er sich nicht erinnern; nur ein-

mal sei es ähnlich gewesen: 2002, als es das furchtbare Hochwasser an der Elbe gab und Gerhard Schröder in Gummistiefeln den Krisenkanzler gab. Auch da habe er einige stark verregnete Tage erlebt. Aber er wolle sich nicht beklagen, schließlich habe er sich diese Form von Urlaub ja selbst ausgesucht. „Das stiehlt den Charakter.“ Er sagt: „Wenn du allein in der Pampa bist, dann musst du auf die Zähne beißen. Du kriegst nichts geschenkt.“

Zwischenzeitlich wurde der Minister von Freunden auf dem Rad begleitet, auch Ehefrau Sylvie stieß inzwischen (ohne Rad) dazu. Zudem trifft er unterwegs immer wieder andere Radfahrer und kommt ins Gespräch, etwa mit einer über 90 Jahre alten Französin.

Auf Facebook hat er ein Foto mit sich und der Dame aus Ray-sur-Saône gepostet, die für ihr Leben gern radelt. „Das Fahrrad ist definitiv ein Garant für viel Lebensfreude...“, kommentiert Asselborn. Dass er auf einer langen Reise ist, sieht man ihm auf den ersten Blick nicht an, denn er ist mit leichtem Gepäck – bestehend aus Lenkertasche und kleinem Rucksack – unterwegs.

Schon vor dem Frühstück Donner

Meist trotz der Steinförter Wind und Wetter, doch am Dienstagmorgen in Epinal war das kaum möglich: „Da hat es schon um sechs Uhr gedonnert“, berichtet er am

Telefon. Beim Frühstück unterhielt er sich mit einem anderen Hotelgast, der ihn fragte, ob er bei dem Wetter fahren wolle. Ein anderer Gast, der mit einem Kleintransporter ebenfalls in Richtung Villers-sur-Port unterwegs war, schnappte das Gespräch auf und bot Asselborn spontan an, ihn mitzunehmen. Dass er mit dem dienstältesten Außenminister der EU einen prominenten Mitfahrer an Bord hatte, dürfte dem hilfsbereiten Mann gar nicht bewusst gewesen sein: „Ich habe jedenfalls nix gesagt“, erwidert Asselborn.

Ein emotionaler Höhepunkt seiner Tour war der Stopp in Nancy, wo Asselborn vor 40 Jahren sein Jurastudium abschloss. „In diesem edlen und prächtigen Gebäude habe ich während meiner Prüfungen ‚gelitten‘“, kommentierte er bei einem geposteten Foto. Das sei eine schwere Zeit gewesen damals.

Doch aufgeben, das sei schon damals nicht in Frage gekommen. So wie bei seinen Radtouren. Dafür erhält er viel Zuspruch. „Allez Jang, courage!“, kommentiert ein Facebook-User. „Mir denken an dech... an der dréchener Stuff ! (Well hei reent et och)“

● Wenn du allein in
● der Pampa bist,
dann musst du auf
die Zähne beißen.

Jean Asselborn



Seine Radreise 2021 führt Jean Asselborn nach Südfrankreich. Mit seinem Rennrad geht es entlang von Kanälen und Flüssen wie der Saône. Dabei gab es Reifenpannen ebenso wie interessante Begegnungen mit Einheimischen, etwa einer über 90-jährigen Französin.

Fotos: privat



So bereitet sich die Regierung auf die vierte Welle vor

Wenn die Urlauber zurückkehren, die Schulen beginnen und sich das Leben wieder mehr in die Innenräume verlagert, steigt das Infektionsrisiko – das weiß man aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres. Dazu kommt die Gefahr von Mutationen wie der Delta-Variante, die weitaus ansteckender ist und zu schwereren Krankheitsverläufen führt. Die DP-Abgeordneten Carole Hartmann und André Bauler wollten deswegen von Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) wis-

sen, wie sie das Risiko einer vierten Welle bewertet. „Die heute verfügbaren Daten lassen keine Aussage zur Entwicklung der Situation in den kommenden Monaten zu“, schreibt Lenert in ihrer Antwort. Es sei zu früh, sich dazu mit Sicherheit zu äußern. Die epidemiologische Entwicklung werde täglich aufgrund von Schlüsselindikatoren überwacht und der Krisenstab im Ministerium analysiere wöchentlich diese Indikatoren und schlage dann Maßnahmen vor. Zu

den Indikatoren gehören die Neuinfektionen und deren Altersgruppe, die Inzidenz, die Positivitäts- und die Reproduktionsrate, die Zahl der belegten normalen und Intensivbetten sowie das Alter dieser Patienten, die Inanspruchnahme des Kontakttracing, die Todesrate, die Situation in den Altersheimen, die Impfquote, die Entwicklung der Varianten, die Präsenz des Virus im Abwasser und die Situation in anderen Ländern. Auf die Frage, ob derzeit Pläne in Ausarbeitung seien,

um angemessen auf eine neue Infektionswelle im Herbst reagieren zu können, antwortet die Ministerin, dass die permanente Evaluierung des epidemiologischen Risikos jederzeit schnelles und flexibles Handeln erlaube. „Das Hauptziel der Indikatoren ist es, eine neue Infektionswelle leichter vorherzusehen, sie sogar zu vermeiden und sollte sie plötzlich auftreten, sie so schnell und effizient wie möglich zu kontrollieren.“ *wel*



Es müsste noch mehr unternommen werden, um die Impfquote in der Altersgruppe der Zwölf- bis 40-Jährigen zu erhöhen, meinten Paulette Lenert und Jean-Claude Schmit.

Foto: Gerry Huberty

Schluss mit dem Large Scale Testing

Gesundheitsministerin Paulette Lenert beschreibt die sanitäre Lage

Luxemburg. Nicht nur das französische Institut Pasteur warnt vor dem Risiko einer vierten Covid-Welle im Herbst. Die Delta-Variante beunruhigt, weil sie ansteckender ist und zu schwereren Krankheitsverläufen führt. Derweil will Gesundheitsministerin

Paulette Lenert (LSAP) nichts an ihrer Strategie ändern: „Seit Beginn dieser Krise beruht das Regierungshandeln auf einem Monitoringsystem und einer soliden Governance, die fähig ist, permanent zu funktionieren und ein Ensemble an unverzichtbaren Kom-

petenzen und Akteuren zu versammeln, das einen klaren und präzisen Rahmen gewährleistet, um die Krise in all ihren Dimensionen zu meistern“, antwortet sie auf eine parlamentarische Frage. Das Large Scale Testing läuft nun aus und man setzt dafür auf Schnelltests,

die Impfkampagne und eventuell dritte Impfungen für Vulnerable.

Im CHL macht man sich dagegen schon einmal Gedanken, wie man Patienten im Herbst besser schützen kann. Im Gegensatz zu den anderen Krankenhausgruppen wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, die vor allem in sozialen Netzwerken heftig diskutiert wurden.

wel



Paulette Lenert freut sich über eine „stabile Lage“. Foto: Gerry Huberty

„Eine insgesamt stabile Situation“

Statt Large Scale Testing ab Mitte September mehr Schnelltests - Impfen verlagert sich zunehmend in Arztpraxen

Von Annette Welsch

Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) zeigte sich gestern gemeinsam mit Gesundheitsdirektor Jean-Claude Schmit zufrieden mit der sanitären Situation im Land. Der Wochenbericht weist 404 Neuinfektionen und damit zehn Prozent weniger als in der Vorwoche aus, allerdings wurde auch weniger getestet. In den Spitälern lagen mit 16 Patienten drei weniger auf der Normalstation, sechs anstelle von fünf waren es auf den Intensivstationen. „Die Krankenhausaufnahmen gingen in der vergangenen Woche von 26 auf zwölf zurück - das ist positiv und sollte uns optimistisch stimmen“, meinte Lenert und freute sich über eine insgesamt stabile Situation.

Sie hob in diesem Sinn die Impfungen hervor, die nicht nur einen positiven Impakt auf die Infektionszahlen haben, sondern auch auf den Krankheitsverlauf, der abgeschwächt wird. „76,5 Prozent der Neuinfizierten waren nicht geimpft. Je mehr geimpft wird, desto besser“, sagte sie.

67,5 Prozent sind durchgeimpft

Über 400 000 Leute haben mittlerweile mindestens eine Impfung erhalten, das sind 72,4 Prozent aller Einwohner, die überhaupt geimpft werden können, 67,5 Prozent sind ganz durchgeimpft. Die Abdeckung variiert zwischen 48,2 und 87,4 Prozent je nach Altersgruppe. Bei den Zwölf- bis 40-Jährigen müsste allerdings noch eine Schippe draufgelegt werden.

Positiv stimmt Lenert auch, dass nun die Hausärzte in die Impfkampagne eingebunden sind. „Es machen sich noch immer viele Menschen Sorgen und es kursieren auch vor allem in den sozialen Medien viele Falschinformationen, die verunsichern. Da ist es gut, dass die Patienten sich nun an den Arzt ihres Vertrauens wenden können. Manche haben regelrecht darauf gewartet.“

Mit 189 Hausärzten besteht eine Impfkongvention, 13 wurden schon beliefert und haben bereits ange-

fangen. „Es gab bereits 177 Impfungen in den Praxen und die Nachfrage ist groß“, stellte die Ministerin fest. 76 weitere Ärzte beginnen diese Woche und dann noch 100 in den nächsten zwei Wochen. Patienten, die dies bevorzugen, müssen allerdings im Gegensatz zur Inanspruchnahme eines Impfzentrums ihre Eigenbeteiligung bei der Arztrechnung tragen. So wie das generell für alle anderen Impfungen gilt.

Guten Anklang findet auch der Impfbus on Tour, der zu Events fährt, um speziell die jungen Leute zu erreichen. Beim E-Lake Festival in Echternach konnten so 110 Leute geimpft und viele Informationen verteilt werden. Ein gutes Dutzend solcher Events folgt noch, angefangen bei der Impfparty in Luxemburg-Stadt und diversen Open-Air-Konzerten.

Impfbus erreichte 600 Personen

Was die Impfbusaktion für das Personal in Spitälern und Pflegeinstitutionen anbelangt, so ließen sich 253 Personen in einem der Krankenhäuser und 364 in einem der Altersheime impfen. „Wir konnten mehr als 600 Leute erreichen, das zeigt, dass man Erfolg hat, wenn man die Sorgen ernst nimmt und aufklärt“, so Lenert.

17 912 Personen sind derweil noch auf der Liste eingetragen, bei der man sich den Impfstoff aussuchen kann, ein Viertel davon sind Grenzgänger. „Auch das läuft gut, die Wahl lassen ist vielleicht ein weiterer Schritt, sich für eine Impfung zu entscheiden.“ Verschiedene Impfzentren werden derweil vorübergehend geschlossen, nur Esch bleibt bis zum 11. September und die Victor Hugo-Halle in Limpertsberg ganz geöffnet. Ab dem 30. August braucht man dort keinen Termin mehr.

Zu den Warnungen vor einer vierten Welle (s. auch Info-Box) meinte Lenert, dass man weiter testen werde, aber nicht mehr im großen Stil des Large Scale Testing, das Mitte September ausläuft, sondern eher mit Schnell-

tests bei Personen, die noch nicht geimpft sind. Bis Weihnachten werden Schüler bis zwölf Jahre und bis Allerheiligen Schüler von zwölf bis 18 Jahre weiterhin in den Schulen schnellgetestet.

Auch die geimpften hochvulnerablen Personen werden mit Schnelltests eng überwacht, weil deren Impfschutz schwächer ist. Man werde auch schnell reagieren, wenn Infektionen irgendwo aufflammen, und dann PCR-Tests durchführen. „Wir haben eine Reserve, um schnell dann auch wieder flächendeckend testen zu können“, betonte Lenert.

Die Gesundheitsministerin appellierte auch, sich bei Long-Covid-Beschwerden an den Hausarzt zu wenden, der dann gegebenenfalls an das Pilotprojekt im CHL weiterleitet. „Es ist wichtig, sich zu melden, nur so bekommen wir einen Überblick über die Lage und können das Phänomen wissenschaftlich verfolgen.“ 21 Patienten mit einem Durchschnittsalter von 47 Jahren werden derzeit behandelt. „Es sind mehr Frauen dabei - sie achten wohl mehr auf ihre Gesundheit, denn mit dem Krankheitsbild hat es nichts zu tun.“

Gesundheitsdirektor Jean-Claude Schmit ging dann noch auf die serologischen Untersuchungen auf Antikörper ein. „Wenn ein Körper Antikörper entwickelt hat, heißt das, dass er Kontakt mit dem Virus hatte und darauf reagiert hat. Es sagt nichts dazu aus, dass ein allgemeiner Immunschutz gegen Sars-CoV-2 vorliegt und man kein Covid bekommen kann“, mahnte er.

Es sei noch nicht klar, ab wie viel Einheiten Antikörper man gut geschützt ist. „Man kann nicht absolut sagen: Je mehr, desto besser - so einfach ist das nicht. Immunität ist viel komplexer, da spielt unter anderem die Qualität der Antikörper mit, die nicht immer gleich ist und nicht gegen jede Variante gleich wirkt. Und auch die weißen Blutkörperchen sind wichtig.“ Man müsse deswegen auch keinen Antikörpertest machen, wenn man ge-

impft wurde, um zu kontrollieren, wie hoch die Immunität ist. „Die Impfungen sind getestet und sie geben Impfschutz. Wir als Santé führen die serologischen Tests nur durch, weil wir eine epidemiologische Übersicht bekommen wollen“, erklärte Schmit.

Keine Drittimpfung für alle

Die Santé könne auch keine Zertifikate verlängern, wenn eine geheilte Person nach 180 Tagen nach der Infektion noch eine hohe Rate an Antikörpern hat. „Das europäische Reglement sieht nur maximal 180 Tage vor, daran müssen wir uns halten.“ Und eine einmalige Impfung, die nach einer Covid-Infektion zum Schutz ausreicht, können auch nur Personen in Anspruch nehmen, die einen positiven PCR-Test vorweisen können.

Eine dritte Impfung erhalten derzeit nur Hochvulnerable wie Transplantierte, Patienten mit schweren Blutkrankheiten oder Immunsupprimierte. Der Hausarzt kann sie dann dafür einschreiben. „Bei der Drittimpfung für die Gesamtbevölkerung sind die Experten noch zurückhaltend, vor allem für junge Leute.“ Die Empfehlung des Obersten Rates für Infektionskrankheiten CSMI zur Drittimpfung von älteren Menschen und Bewohnern der Alters- und Pflegeheime wird in den nächsten Tagen erwartet. „Wir wissen ganz allgemein, dass bei alten Leuten eine Drittimpfung wichtig wäre“, betonte Schmit aber.

● *Es machen sich
● noch immer viele
Menschen Sorgen
und es kursieren
viele falsche
Informationen zu
den Impfungen.*

Paulette Lenert

Das Impfen zeigt in Luxemburg Wirkung

CORONA Paulette Lenert gibt Lagebericht zur Pandemie

Yves Greis

Impfungen sind der Weg aus der Krise. Am Mittwochmorgen bestätigte Gesundheitsministerin Paulette Lenert dies noch einmal – und erklärte das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie. Die Situation ist stabil. So die Einschätzung von Luxemburgs Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP), als sie am Mittwochmorgen bei einer Pressekonferenz über die Corona-Pandemie informierte. Gegenüber manchen anderen Ländern stehe Luxemburg gut da. Auch in den Krankenhäusern sei es momentan ruhig. Zurzeit liegen 16 an Covid erkrankte Menschen auf der Normalstation und sechs auf der Intensivstation.

„Es hat sich bestätigt, dass Impfungen tatsächlich einen Impakt haben“, erklärte die Ministerin. Die Impfung verhindere nicht nur Neuinfektionen, sondern mildere auch den Krankheitsverlauf ab. Die Impfung sei tatsächlich der Weg aus der Krise. Die große Mehrzahl der Personen, die sich mit dem Virus anstecken, sind nicht geimpft (76,6 Prozent der Neuinfizierten in der letzten Woche).

Bereits mehr als 400.000 Menschen, also 72,4 Prozent der über 12-Jährigen, haben ihre erste Impfdosis erhalten, berichtet Lenert. 67,5 Prozent der Menschen, die geimpft werden können, haben bereits ihre zweite Dosis erhalten. Um Herdenimmunität zu erreichen, müssen allerdings mehr Menschen geimpft werden. Zwischen 80 und 90 Prozent der Bevölkerung müssten dafür einen Impfschutz haben, schätzt Santé-Direktor Jean-Claude Schmit. Insbesondere die hochansteckende Delta-Variante mache es nötig, dass mehr Menschen sich impfen lassen, um Herdenimmunität zu erreichen.

Skeptiker überzeugen

Im weiteren Verlauf will die Regierung nun Menschen überzeugen, die bislang noch skeptisch waren.

Dabei helfen sollen die Hausärzte, die seit kurzem die Covid-Impfung verabreichen dürfen. Lenert hofft, dass sie ihre Patienten überzeugen können, sich impfen zu lassen. Wenn sie der Impfung nicht vertrauen, so die Idee, dann vielleicht dem Rat ihres Hausarztes. Dazu wurde mit 189 Ärzten eine Konvention unterschrieben. 13 Ärzte sind schon mit dem Impfstoff beliefert worden und 12 haben bereits mit dem Impfen begonnen. 177 Impfungen wurden auf diesem Weg schon verabreicht, berichtete die Ministerin.

Dagegen würden die Impfzentren nun nach und nach schließen. Mondorf und Ettelbrück sollen am 14. August schließen. Das Impfzentrum Findel packt am 21. August ein und Esch am 11. September. Etwas länger offen bleiben wird das Impfzentrum in der Victor-Hugo-Halle. Dort kann man ab dem 30. August ohne Anmeldung passieren, um sich seine Dosis abzuholen, bevor auch dieses Zentrum am 13. September schließt.

Daneben nimmt das Gesundheitsministerium jetzt gezielt ein junges Publikum ins Visier. Unter anderem gibt es einen Impfbus, der den Sommer über zu Veranstaltungen fährt, um die Partygänger zu impfen. So geschehen zum Beispiel in der letzten Woche beim E-Lake-Festival. „Uns geht es in erster Linie natürlich darum, dass Leute sich an Ort und Stelle impfen lassen, aber auch wenn wir sie informieren können, ist das schon ein Erfolg“, sagte Lenert und hofft, dass diese Leute sich dann später noch impfen lassen. Am Donnerstag werden Lenert und Schmit selbst vor Ort sein, wenn der Impfbus im Rahmen einer Konzertveranstaltung auf dem Glacis in Luxemburg-Stadt Halt macht. Weitere Events werden mitgeteilt.

Davor hatte sich das Gesundheitsministerium mit dem Impfbus an das Personal der Krankenhäuser sowie Alters- und Pflegeheime gerichtet. Dabei haben sich 253 Personen in Krankenhäusern sowie 364 in Al-

ters- und Pflegeheimen zusätzlich impfen lassen.

Blick in Richtung Herbst

Das Ministerium blickt jetzt in Richtung Herbst. „Die Pandemie ist noch nicht vorbei“, so Lenert. Tests werden deshalb auch weiterhin eine Rolle spielen. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die noch nicht die Möglichkeit hatten, sich impfen zu lassen, sollen in der Schule weiter Schnelltests durchführen. Auch stark gefährdete Personen – etwa die Bewohner von Alters- und Pflegeheimen – sollen weiter getestet werden. Auch, weil der Impfschutz bei ihnen altersbedingt möglicherweise schwächer ausfällt. Dort, wo ein Infektionsherd aufflammt, sollen auch in Zukunft PCR-Tests zum Einsatz kommen. Das Large Scale Testing wird am 15. September – „sauf imprévu“ – beendet.

Lenert und Schmit unterstrichen auch die Bedeutung der serologischen Tests. Dabei werden Stichprobenartig Menschen, die geimpft wurden, eingeladen, ihr Blut auf Antikörper untersuchen zu lassen. Der Test dient alleine dem Sammeln von Informationen, um sich ein Bild der Lage zu verschaffen. Schmit betonte, dass der Test für den Impfschutz der einzelnen Person nicht notwendig ist.

Wenn bei diesen Tests Antikörper nachgewiesen werden, sei das zwar ein Hinweis auf einen Impfschutz, aber keine absolute Garantie, erklärte Schmit. Es bedeute lediglich, dass der Körper mit dem Virus Kontakt hatte. Antikörper sind nur ein Teil der Immunabwehr.

Schmit erklärte, dass er immer wieder mit den gleichen Fragen konfrontiert werde. Zum einen werde er gefragt, ob eine Genesungsbescheinigung verlängert werden kann, wenn sie nach 180 Tagen abläuft, wenn noch ein hoher Antikörper-Wert vorhanden ist. Das sei schon aus

rechtlichen Gründen nicht möglich, so der Mediziner.

Eine andere wiederkehrende Frage betrifft Menschen, die asymptomatisch an Covid erkrankt waren und dies erst später durch einen Antikörpertest erfuhren. Auch sie müssen zwei Impfdosen verabreicht be-

kommen, erklärt Schmit. Um als Genesener von der Option zu profitieren, nach nur einer Dosis ein vollständiges Impfattest zu bekommen, muss man einen positiven PCR-Test vorlegen können. „Man kann das bedauern, aber das ist gesetzlich so geregelt“, sagte Schmit.

Premier Bettel erhält zweite Impfdosis

Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel (DP) hat gestern Nachmittag seine zweite Impfdosis gegen das Coronavirus im Victor-Hugo-Impfzentrum erhalten. Das teilte die Regierung gestern Nachmittag in einem Presseschreiben mit. Bettel hatte seine erste Impfung am 6. Mai mit dem Vakzin von AstraZeneca bekommen. Die ursprünglich vorgesehene Astra-Zweitimpfung hatte nicht stattgefunden, da der Premier Ende Juni Corona-positiv war.

Für die zweite Dosis wurde ihm nun eine sog. Kreuzimpfung mit Biontech/Pfizer verabreicht, bestätigt eine Pressesprecherin des Staatsministeriums gegenüber dem Tageblatt.



Foto: SIP/Luc Deflorenne

Parlament im Dauereinsatz

Chamber-Präsident Etgen über die Rolle der Chamber während der Pandemie

Luxemburg. Parlamentspräsident Fernand Etgen (DP) blickt auf anderthalb bewegte Jahre zurück. Die Chamber war während der Pandemie nahezu im Dauereinsatz. Doch die Kraftanstrengung habe sich gelohnt: „Ich bin froh, dass die Corona-Maßnahmen in Luxemburg,

anders als in den meisten anderen Ländern, vom Parlament verabschiedet werden und eine legale Basis haben. Das stärkt die Akzeptanz“, erklärt Etgen im Interview. Das Parlament sei die ganze Zeit über seiner verfassungsmäßigen Rolle gerecht geworden.

Demnächst werden die Abgeordneten übrigens wieder in das Hohe Haus am Krautmarkt ziehen, vorausgesetzt, das Virus macht ihnen nicht doch noch in letzter Minute einen Strich durch die Rechnung.

Neben dem Umzug ist der Kam-

merpräsident aber noch mit diversen Baustellen konfrontiert. Der Plenarsaal wird modernisiert, die Verwaltung ausgebaut und neu aufgestellt. Endlich wird auch das Internetportal des Parlaments einer Generalüberholung unterzogen. Es soll schneller, benutzerfreundlicher und informativer werden, verspricht Fernand Etgen. DS

„Wir wurden zu jeder Zeit unserer Rolle gerecht“

Chamber-Präsident Fernand Etgen zur Arbeit des Parlaments in Zeiten der Pandemie

Interview: Dani Schumacher

Fernand Etgen (DP) ist seit Ende 2018 Parlamentspräsident. Das Hohe Haus arbeitet seit anderthalb Jahren corona-bedingt im Krisenmodus. Im Interview erklärt der liberale Abgeordnete, wie er diese Zeit erlebt hat und wie die Chamber in dieser schwierigen Zeit ihrer Rolle gerecht wurde. Sein Fazit: Das Parlament steht im Zentrum der politischen Auseinandersetzung.

Fernand Etgen, das Parlament arbeitet corona-bedingt seit anderthalb Jahren im Krisenmodus. Wie haben Sie als Kammerpräsident diese Zeit erlebt?

Es war eine sehr intensive und außergewöhnliche Zeit. Wir mussten dafür sorgen, dass das Parlament handlungsfähig bleibt. Das war unsere oberste Priorität. Das ist uns gelungen, wir wurden zu jeder Zeit unserer Rolle gerecht, so wie die Verfassung dies vorschreibt. Wichtig war auch, dass die Regierung das Parlament immer eingebunden und vorab informiert hat. Der Dialog zwischen den beiden Gewalten war nie so intensiv wie während der Pandemie. Die vergangenen Monate waren für uns sehr arbeitsintensiv, die einzelnen Kommissionen, aber auch das Kammerbüro und die Präsidentenkonferenz kamen wesentlich öfters zusammen, als in normalen Zeiten.

Das Parlament musste im Frühjahr 2020 Hals über Kopf umziehen, die Ausschusssitzungen fanden

von einem Tag auf den anderen fast ausschließlich online statt. Wie gestaltet sich unter diesen Bedingungen die praktische Arbeit?

Am Anfang war die Pandemie für uns vor allem eine institutionelle und logistische Herausforderung. Alles musste sehr schnell gehen. Wir mussten umziehen, um handlungsfähig zu bleiben. Wir hatten keine andere Wahl. Wir mussten eine Räumlichkeit finden, wo wir tagen konnten und wo alle 60 Abgeordneten an den

Debatten teilnehmen konnten, sonst wären wir unserer Aufgabe nicht gerecht geworden. Das Cercle-Gebäude war die ideale Lösung, es wird der Würde der Chamber gerecht. Die Kammer hat Vorbildfunktion. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass das Parlament in einer Sporthalle zusammenkommt. Der Umzug hatte dazu eine wichtige symbolische Bedeutung: Er offenbarte die Resi-

lienz der ersten Gewalt im Staat. Die Aktion hat gezeigt, dass die Demokratie auch in Ausnahmesituationen funktioniert.

Wann zieht die Kammer wieder zurück zum Krautmarkt?

Wenn nichts dazwischen kommt, wird die kommende Parlamentssession im Chamber-Gebäude am Krautmarkt eröffnet. Die Ausschüsse sollen progressiv ab September wieder hier im Haus zusammenkommen. Das bedeutet aber nicht, dass die Pandemie vorbei ist. Das Virus ist und bleibt unberechenbar. Sollte das Infektionsgeschehen den Umzug unmöglich machen, besteht die Option, dass das Parlament weiterhin im Cercle-Gebäude tagt.

Sie haben die Zeit genutzt, um Arbeiten im Plenarsaal durchzuführen. Was wurde genau gemacht?

Die Arbeiten waren notwendig, um die Akustik und die Beleuchtung zu optimieren. Es wurden zusätzliche Lampen und neue Lautsprecher installiert. Auch die Bestuhlung wurde erneuert. Durch die technische Aufrüstung werden die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten, aber auch die Bild- und die Tonqualität der Übertragungen besser. Die Arbeiten sind fast abgeschlossen, es bleiben nur noch einige Kleinigkeiten. Ende September wird alles fertig sein. Allerdings wartet dann schon die nächste Baustelle. Die dritte Etage im Wiltheim-Gebäude wird demnächst umgebaut, der große Saal wird in mehrere

kleine Büros umgewandelt. In den kommenden Jahren müssen wir zudem in die Sicherheit investieren.

Eine weitere Baustelle ist die Verwaltung, die personell aufgestockt wird. Es soll zudem ein Kompetenzteam aufgebaut werden. Was muss man sich konkret darunter vorstellen?

Das Parlament ist sowohl auf interne und als auch auf externe Expertise angewiesen, weil die Gesetzgebung immer komplexer und technischer wird. Für das Kompetenzteam konnten wir bislang drei Experten verpflichten, ein Jurist und zwei Naturwissenschaftler. Ein vierter Posten muss noch mit einem Wirtschaftswissenschaftler besetzt werden. Das Team soll weiter ausgebaut werden. Es soll u.a. die Abgeordneten bei ihren Recherchen unterstützen. Wir arbeiten eng mit den Verantwortlichen der Chaire parlementaire und des Fonds national de recherche zusammen. Sie haben uns bei der Aufstellung des Expertenteams beraten. In den vergangenen Monaten wurden außerdem sechs zusätzliche Mitarbeiter für die Ausschüsse eingestellt. Anders wäre die Arbeit nicht zu stemmen gewesen. Darüber hinaus sind wir dabei, eine cellule légistique aufzubauen.

Vor kurzem gab es Diskussionen um das Chamberbliéchen, das in Zukunft nur noch im Abonnement erhältlich sein wird ...

Die Abteilung des Comptendu wurde ebenfalls personell aufgestockt, damit das Chamberbliéchen möglichst zeitnah und in gewohnt guter Qualität veröffentlicht werden kann. Es wird in Zukunft aber nicht mehr automatisch mit den Tageszeitungen verteilt, sondern nur noch gratis im Abonnement erhältlich sein, dies sowohl in digitaler Form als auch als Printausgabe. Nur Sonderausgaben werden noch wie bisher über die Zeitungen an alle Haushalte verteilt. Das Chamberbliéchen mit der wortwörtli-

chen Transkription der Sitzungen ist wichtig, denn jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, sich seine eigene Meinung zu den Debatten im Parlament zu bilden. Es ist eine Frage der Transparenz. Der Auftrag für das neue Chamberbliéchen wird über eine öffentliche Ausschreibung vergeben.

Das Internetportal der Chamber ist eine Dauerbaustelle, an der seit einer gefühlten Ewigkeit gearbeitet wird. Was ist der Stand der Dinge?

Das aktuelle Portal ist in die Jahre gekommen und wird den heutigen Ansprüchen nicht mehr gerecht, es ist völlig überladen, schwerfällig und nicht anwenderfreundlich. Und es ist grafisch nicht ansprechend. Das Portal ist wie eine alte 2CV, die heute allerdings mit 200 Kilometer pro Stunde fahren müsste. Und natürlich gibt es auch technische Probleme, wie sich erst kürzlich gezeigt hat, als die Daten der Unterzeichner der Petitionen plötzlich einsehbar waren. All das muss behoben werden, wie dies unverzüglich bei den Petitionen der Fall war. Das neue Portal wird schneller und anwenderfreundlicher, es wird aber auch einfacher zugänglich sein, für die Bürger, die Abgeordneten, die Journalisten und die Institutionen, die am legislativen Prozess beteiligt sind. Unser übergeordnetes Ziel ist es, dass jeder der will, schnell und unkompliziert an die Informationen heran kommt, die er braucht. Das Portal wird in vier Sprachen aufgebaut, dazu kommt der Zugang für Seh- und Hörgeschädigte. Die ersten Entwürfe sind sehr vielversprechend. Ursprünglich wollten wir Ende 2022 startklar sein, doch wenn alles klappt, könnte das neue Portal bereits für die Rentrée 2022 fertig sein.

Zu Beginn der Pandemie hat das Parlament es innerhalb kürzester Zeit geschafft, die Kommissionsitzungen in digitaler Form abzuhalten. Die technischen Möglichkeiten sind also gegeben, um die Sitzungen öffentlich zu machen. Wieso geschieht das nicht?

Wenn die Krise vorbei ist, müssen wir Bilanz ziehen, um herauszufinden, was gut gelaufen ist und was nicht. Danach werden wir entscheiden, wie es weiter geht. Ich gehe davon aus, dass verschie-

dene Ausschusssitzungen auch in Zukunft über Video stattfinden werden, andere Kommissionen werden wahrscheinlich vor Ort tagen. Wir werden das Chamber-Reglement gegebenenfalls anpassen. In dem Kontext müssen wir dann auch die Debatte über die Öffentlichkeit bei der parlamentarischen Arbeit führen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Entweder die Sitzungen sind generell öffentlich oder sie sind generell nicht öffentlich. In beiden Szenarien kann man von Fall zu Fall entscheiden, ob Publikum zugelassen wird oder nicht. Eine dritte Möglichkeit wäre, von vorneherein festzulegen, welche Kommissionen öffentlich sind und welche nicht. Das Argument, dass öffentliche Ausschusssitzungen technisch nicht möglich wären, greift nach den Erfahrungen der letzten Monate definitiv nicht mehr.

Apropos Sitzungssäle. Es gibt immer mehr Kommissionen und immer mehr Sitzungen. Stößt das Parlament räumlich nicht langsam an seine Grenzen?

Das wird in der Tat mehr und mehr zum Problem. Es gibt nicht genügend Sitzungssäle und nicht genug Zeit. Es kommt immer öfter vor, dass sich Sitzungen überlappen. Abgeordnete, die beiden Kommissionen angehören, haben also ein Problem. Dazu kommt, dass die Zahl der Mitglieder in den Ausschüssen gestiegen ist und mittlerweile sieben Parteien im Parlament vertreten sind. Jeder Parlamentarier muss aber die Möglichkeit haben, seine Meinung zu äußern. Die Sitzungen dauern daher länger, anderthalb Stunden reichen oft nicht mehr aus.

Vor allem bei den Covid-Gesetzen musste unter enormen Zeitdruck gearbeitet werden. War eine korrekte parlamentarische Arbeit überhaupt noch möglich?

Ja, wir mussten sehr schnell arbeiten, aber kein einziges Covid-Gesetz hat die Chamber so verlassen, wie es eingebracht wurde. Sämtliche Texte wurden vom Parlament abgeändert. Das Parlament hat all die Zeit eine korrekte Arbeit geleistet. Dadurch haben die Leute gemerkt, dass sie sich auch in der Krise auf die Institutionen unserer stabilen Demokratie verlassen können. Die Akzeptanz der Covid-Maßnahmen wurde dadurch größer. In Luxemburg ist es uns gelungen, die politische Debatte im

Parlament zu führen, und nicht auf der Straße, wie in anderen Ländern. Die Opposition ist in der Krise ein wichtiges Sprachrohr. Und sie wurde ihrer Rolle gerecht. Sie hat die Debatte konstruktiv begleitet, sei es im Plenum oder über den Weg von parlamentarischen Anfragen, Dringlichkeitsfragen, erweiterten Fragen ... Auch der Dialog mit dem Staatsrat hat tadellos funktioniert, es gab eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die Opposition kritisiert aber heftig, dass ihre Motionen von den Mehrheitsparteien diskussionslos verworfen werden und dass die Dringlichkeit ihrer Anfragen oft nicht anerkannt wird. Können Sie den Unmut verstehen?

Diese Diskussionen gibt es im Prinzip immer. Ich bin der Meinung, dass es im Parlament nach wie vor eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mehrheitsparteien und der Opposition gibt. Alle Abgeordneten hatten ein gemeinsames Ziel: Wie können wir die Pandemie am wirkungsvollsten eindämmen und die Bevölkerung vor dem Virus schützen. Natürlich gab es Debatten, bei denen die Emotionen hochkochten. Mich beunruhigen die simplistischen Diskussionen, die Vereinfachungen und strikt falschen Darstellungen in den sozialen Netzwerken aber weitaus mehr. Mit ein paar Hashtags wird man der Komplexität der Debatten nicht gerecht.

Wie wird das Parlament weiter vorgehen?

Die demokratischen Herausforderungen der Zukunft werden ganz andere sein, als während der Pandemie. Wir werden eine Bestandsaufnahme machen, um die negativen Folgen der Krise aufzudecken. Ich denke dabei an die zunehmenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, an die Spaltungen innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Familien. Das Parlament hat in den vergangenen Monaten das Krisenmanagement mitgestaltet, nach dem Ende der Pandemie muss es sich nun mit all diesen Problemen auseinandersetzen. Ich fürchte, dass wir die Normalität, die wir vor der Pandemie kannten, nicht zurückbekommen werden. Das Parlament muss seinen Teil dazu beitragen, die neue Normalität zu gestalten.

● Das aktuelle
● Internetportal wird den heutigen Ansprüchen nicht mehr gerecht, es ist völlig überladen, schwerfällig und nicht anwenderfreundlich.

● In Luxemburg ist
● es uns gelungen, die politische Debatte im Parlament zu führen, und nicht auf der Straße, wie in anderen Ländern.

Die Arbeit des Parlaments

	2020/2021	2019/2020	2018/2019
Sitzungen insgesamt	1 124	850	578
Öffentliche Sitzungen	72	60	34
Kommissionssitzungen	970	692	492
Kammerbüro	37	43	20
Präsidentenkonferenz	45	55	32
Dauer der öffentlichen Sitzungen	311,35 St.	235	116
Eingereichte Gesetzentwürfe	161	159	77
Entwürfe in erster Lesung verabschiedet	159	142	63
Eingereichte Gesetzesvorschläge	19	18	10
Gesetzesvorschläge in erster Lesung verabschiedet	2	1	1
Angenommene Motionen	46	44	18
Angenommene Resolutionen	11	12	4
Interpellationen	8	8	/
Aktualitätsstunden	19	20	11
Konsultierungsdebatten	4	4	2
Orientierungsdebatten	3	2	4
Regierungserklärungen mit anschließender Debatte	6	7	5
Fragestunden an die Regierung	9	7	6
Fragen	91	75	60
Erweiterte Fragen	59	33	18
Parlamentarische Fragen	1 913	1 687	129
Dringlichkeitsfragen	261	190	79
anerkannt	167	113	24
nicht anerkannt	94	77	55

Quelle: Chambre des Députés.

„Im Moment sind wir noch etwas ratlos“

INTERVIEW Jean Asselborn über Afghanistan und die Lehren für den Westen

Von unserer Korrespondentin
Birgit Marschall, Berlin

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sieht die Außenpolitik des Westens nach dem Desaster in Afghanistan vor einem Paradigmenwechsel: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte lieben sich anderen Ländern mit anderen Traditionen nicht aufzwingen. Der im Moment ratlose Westen brauche rasch einen neuen Ansatz.

Tageblatt: Herr Asselborn, wie ist die Situation in Afghanistan aktuell zu bewerten?

Jean Asselborn: Wenn die Taliban wiederholen, was sie vor 20 Jahren schon getan haben, die massive Verletzung von Menschenrechten, die Diskriminierung von Frauen und Mädchen, dann ist das der GAU, der größtmögliche Unfall, den wir gerade erleben. Weder die Amerikaner noch die Europäer haben aber voraussehen können, dass die Taliban in nur einer Woche das Land zurückerobert würden.

Welche Fehler hat der Westen in Afghanistan gemacht?

Der Sinn des Einsatzes der westlichen Streitkräfte in Afghanistan war für uns Europäer immer der Schutz der Menschenrechte. Wir wollten nicht dabei zusehen, dass Frauen und Mädchen wie Menschen zweiter Klasse, wie Untermenschen behandelt werden. Wo wären wir heute, wenn der Westen vor 20 Jahren nicht eingegriffen hätte? Von daher hat der Einsatz

Jean Asselborn spricht im Interview darüber, dass der Westen einen neuen Ansatz finden muss

schon Sinn gehabt. Ich habe in Afghanistan sehr couragierte, mutige Frauen getroffen, die eine Lebensweise haben wollten, die sich an unseren westlichen Werten orientiert.

Welche Konsequenz muss der Westen jetzt aus der Entwicklung ziehen?

Wir müssen erkennen, dass unser bisheriger westlicher Ansatz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Länder wie Afghanistan, Mali oder andere Länder exportieren zu wollen, einfach nicht funktioniert. Durch die westliche Außenpolitik muss nach der Machtübernahme der Taliban ein Ruck gehen: Wir müssen uns überlegen, ob wir einem anderen Volk überhaupt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzwingen können. Das ist eine kapitale Frage, die sich der Westen jetzt stellen muss, ohne zugleich in Fatalismus zu verfallen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht auf Länder transferierbar, die eine ganz andere Geschichte, Mentalität und Tradition haben als wir. Diese Lehre müssen wir aus Afghanistan ziehen.

Was kann der Westen denn jetzt überhaupt noch tun?

Zuschauen und Nichtstun ist jedenfalls nicht die Alternative. Ich gebe zu, dass wir im Moment noch etwas ratlos sind. Klar ist aber, dass der internationale Druck auf die Taliban in diesem Moment unbedingt aufrecht erhalten werden muss. Die Menschenrechte dürfen nicht mit Füßen getreten werden. Eine Regierung der Taliban, die die Menschenrechte nicht respektiert, kann von der EU nicht akzeptiert werden. 50 Prozent der Menschen in Afghanistan bedürfen internationaler Hilfe! Ohne diese Hilfe würde das Chaos im Land noch viel schlimmer. Darum hoffe ich, dass die Taliban gelernt haben, dass sie die Menschenrechte wahren müssen.

Wie kann der Rest der Welt der Hälfte der afghanischen Bevölkerung von außen helfen?

Die EU steuert bereits unheimlich viel Geld und Material zur humanitä-

ren Hilfe bei. Das ist der einzige Hebel, den wir im Moment noch haben, um die Taliban zu beeinflussen. Wir brauchen China und Russland dabei mit am Tisch.

Aber China und Russland sind doch vor allem an den Bodenschätzen interessiert, weniger an den Menschenrechten ...

Ja, klar. Russland leidet aber sehr unter dem Opium-Handel aus Afghanistan. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass China eine Taliban-Regierung unterstützt, die die gesamte Region destabilisiert und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Wir sind in einer Phase, in der wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen. Wir dürfen die Welt jetzt nicht aufteilen in westliche und nicht-westliche Interessen. Wir brauchen eine starke Kooperation mit Russland und China.

US-Präsident Joe Biden hat gesagt, künftig würden die USA nirgends mehr einmarschieren, sondern den Terror nur noch gezielt bekämpfen durch kurze militärische Aktionen. Ist das der Weg, den der Westen gehen muss?

Terrorismus darf man sich nicht entwickeln lassen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat am Montag fast dasselbe gesagt wie Joe Biden. Was Amerika angeht: Ich kann verstehen, dass man nach 20 Jahren in Afghanistan Schluss machen möchte. Es ist sicher kritisch zu sehen, wie schnell dieser Truppenabzug vollzogen wurde. Aber als Europäer müssen wir auch eingestehen, dass der Einsatz der USA in Afghanistan viel, viel größer und teurer war als unserer. Es ist zu einfach, jetzt einfach den Amerikanern die Schuld für das Desaster in Afghanistan zu geben.

Asselborn: „Fatal getäuscht“

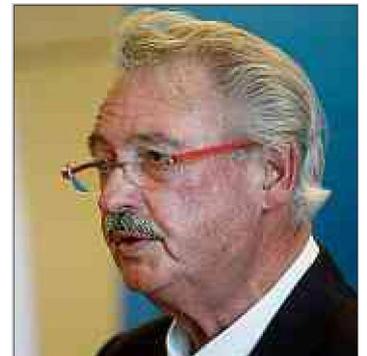
Nach dem faktischen Machtwechsel der Taliban berieten die EU-Außenminister gestern Nachmittag in einer Videokonferenz über die Lage am Hindukusch. Auf Nachfrage hin bezeichnete Luxemburgs Diplomatiechef **Jean Asselborn** im Anschluss an die Sitzung die Evakuierung von afghanischen Staatsbürgern, die für europäische und internationale Insti-

tutionen oder Botschaften von EU-Ländern gearbeitet haben, als „moralische Pflicht“ und vordringlichste Aufgabe.

Asselborn und seine EU-Amtskollegen mussten sich aber auch eingestehen, dass sie die Lage vor Ort vollkommen falsch eingeschätzt haben. Man habe sich in der Stärke der Taliban, aber auch und vor allem in

der Stärke der afghanischen Nationalarmee „fatal getäuscht“. Was jetzt bliebe, seien viele Fragenzeichen: Respektieren die Taliban die Rechte von Frauen und Minderheiten sowie die jetzige Verfassung? Im Gegenzug für eine offizielle Anerkennung müssten die Taliban klare Zusagen machen, so Asselborn. Zumindest sei die EU nicht ganz machtlos, um politischen Druck auf das Regime in Kabul auszuüben. So sind etwa 50 Prozent der

afghanischen Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen, die nicht zuletzt von der EU finanziert wird. Auch die neuen Machthaber hätten daher ein Interesse an einer Zusammenarbeit. Außerdem seien die EU, die USA, Russland und China jetzt gefordert, um eine gemeinsame Position im Umgang mit den Taliban auszuarbeiten. *stb*



„Definitiv keine PR-Aktion“

AFGHANISTAN Verteidigungsminister François Bausch über die Luxemburger Beteiligung an der Evakuierung aus Kabul



Alle neun Menschen, die in Kabul festsaßen und Verbindungen zu Luxemburg haben, konnten evakuiert werden. Im *Tageblatt*-Interview spricht Verteidigungsminister François Bausch über die Beteiligung von Luxemburg an der Evakuierungsmission, den Einsatz des A400M und die Lehren aus dem Afghanistan-Desaster.

INTERVIEW S. 3

Foto: Editpress/Alain Rischard

„Luxemburger Beteiligung ist kein PR-Manöver“

AFGHANISTAN Verteidigungsminister François Bausch im Interview

Cédric Feyereisen

François Bausch („déi gréng“) hat sich in der vergangenen Woche um die luxemburgische Koordination der Einsätze in Afghanistan gekümmert. Im Tageblatt-Interview hat der Verteidigungsminister über die Luxemburger in Kabul, das Flugzeug A400M und seinen Urlaub in Italien gesprochen.

Tageblatt: Die neun Menschen mit Verbindung zu Luxemburg sind mittlerweile in Sicherheit ...

François Bausch: Ja, die Menschen, die wir evakuieren wollten, haben wir alle evakuiert. Die Familie mit den drei Kindern hat luxemburgische Pässe. Die anderen haben eine Adresse in Luxemburg. Der Einsatz ist über Belgien gelaufen: Die Belgier holten sie in Kabul ab und führten sie bis zum Flughafen.

Am Anfang sprach die Regierung von sechs Menschen mit Verbindung zu Luxemburg. Mittlerweile sind es neun. Warum?

Als Kabul fiel, sind wir davon ausgegangen, dass keine Luxemburger vor Ort wären. Das Außenministerium hat uns am Freitag, dem 13. August noch mitgeteilt, dass sich kein Luxemburger in Kabul befindet. Montags haben sich dann die Menschen mit Luxemburger Pass gemeldet. Und später haben noch weitere Menschen das Außenministerium kontaktiert.

Hätte man nicht früher nachfragen müssen?

Stellen Sie sich mal vor, morgen ist ein Putsch in Thailand zum Beispiel und da sitzt ein Luxemburger am Strand. Der meldet sich ja nicht bei uns, bevor er dorthin reist. Die Luxemburger in Afghanistan standen nirgend-

wo auf einer Liste. Man kann sich auch die Frage stellen, warum sie sich nicht früher bei uns gemeldet haben. Sobald wir wissen, dass sich dort Menschen befinden, tun wir das Maximum als Staat, um ihnen zu helfen. Trotzdem hat jeder noch ein Minimum an Eigenverantwortung – dann muss man vielleicht auch den Reflex haben, zum Telefon zu greifen und anzurufen.

Warum schicken Sie noch zwei Luxemburger in das Gebiet?

Wir haben mit dem Außenministerium beschlossen – ob schon wir eine gute Zusammenarbeit mit Belgien haben –, unsere eigenen Leute nach Afghanistan zu schicken. Diese zwei sind im belgischen Team integriert und sollen sich spezifisch um Luxemburger Fragen kümmern. Die beiden sollen prinzipiell bis nach Kabul reisen – und dann auch nur bis zum Flughafen. Dadurch haben wir eine direkte Linie ins Krisengebiet. Wir wollten uns alle Möglichkeiten geben. Eine Person ist ein Offizier der Armee und kümmert sich um den militärischen Teil. Die andere ist für das Außenministerium im Einsatz. Sie bleiben nur so lange vor Ort, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist.

Die USA wollen und müssen sich laut Abkommen mit den Taliban am 31. August aus Afghanistan zurückziehen. Ist das zu früh?

Das hängt davon ab, wie viele Anfragen von Menschen, die aus Kabul rauswollen, noch kommen. Wir haben unsere Leute jetzt erst einmal raus. Sobald die Amerikaner abziehen, ist es fast unmöglich, noch zu bleiben. Sie sind momentan mit 6.000 Soldaten vor Ort und kontrollieren das Gebiet. Der Wunsch, den Flughafen so schnell wie möglich zu räumen, ist definitiv da, denn den

momentanen Zustand kann man nicht lange aufrechterhalten.

War das Chaos am Flughafen nicht vorauszusehen? Hat sich das nicht schon früher angedeutet?

Nein, niemand konnte voraussehen, dass die Regierung innerhalb von zwei Wochen zusammenbrechen würde – oder dass tausende Menschen zum Flughafen laufen würden. Das kam in dem Ausmaß überraschend. Deswegen hat es auch ein paar Tage für die Koordination gedauert. Die Europäer – und das muss man auch sagen – waren am Anfang nicht gut organisiert, doch nach dem NATO-Außenministertreffen vergangene Woche hat die Koordination wesentlich besser funktioniert. Die Europäer haben jetzt auch relativ schnell ihre Leute aus Afghanistan bekommen.

Was halten Sie generell davon, wie der Rückzug der Amerikaner abgelaufen ist?

Das ist eine Katastrophe. Zwei Sachen: In der EU gab es eine große Skepsis gegenüber der Idee, sich so schnell zurückzuziehen. Trotzdem muss man noch mal betonen, dass niemand erwartet hat, dass Kabul so schnell an die Taliban geht. Das sagt natürlich etwas über die Glaubwürdigkeit des afghanischen Regimes aus – sonst wäre ein Zusammenbruch innerhalb von zwei Wochen nicht möglich gewesen. Zweitens ist es verständlich, dass die Vereinigten Staaten ihre Leute aus dem Gebiet ziehen wollen. Ich mache mir jetzt vor allem große Sorgen über die Migrationsdiskussion, die momentan in Europa die Runden macht. Ich fürchte, dass die ganze Flüchtlingsproblematik wieder ähnlich chaotisch diskutiert wird wie in der Vergangenheit. Das war ein

Desaster und hat die EU in ein schlechtes Licht gerückt.

Werden wir denn etwas aus diesen Fehlern lernen?

Das ursprüngliche Vorhaben, Al Kaida aus dem Land zu entfernen, ist gelungen, aber danach gab es keinen richtigen Plan. Daraus müssen Lehren gezogen werden. Trotzdem dürfen wir daraus nicht schließen, dass wir nie mehr irgendwo eingreifen dürfen. Vielmehr muss man sich fragen, was nach einem Eingreifen getan werden muss. Das sind wichtige Fragen. Ein militärischer Einsatz soll nur das allerletzte Mittel sein. Das Militär soll bei der Stabilität helfen – aber Stabilität entsteht nicht durch das Militär. Dafür ist eine Entwicklungsperspektive durch Strukturen und die Regierung nötig – beides war in Afghanistan nicht gegeben.

Wie wurde entschieden, wo die luxemburgischen Ressourcen eingesetzt werden?

Das Europäische Lufttransportkommando (EATC) hat alle Einsätze koordiniert und definiert, wen wir wann mit welchem Flugzeug evakuieren. Das ist eine Bündelung von Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Ohne diese Zusammenarbeit hätten die Einsätze nicht funktioniert. Stellen Sie sich vor, jeder hätte für sich daran gearbeitet – Luxemburg hätte absolut keine Möglichkeit gehabt, sich einzubinden. Deswegen ist es auch nicht relevant, wer in welchen Flieger einsteigt und wessen Logo auf der Maschine ist. Sie sind alle mitgenommen worden, so wie sie gekommen sind.

Der luxemburgische A400M ist allerdings nicht in Kabul gelandet, weil er nicht die nötigen Zertifizierungen hatte ...

Wir haben das Flugzeug noch nicht lange (Anm. d. Red: seit Oktober 2020). Damit man dort landen darf, muss man viele Stunden Übungen durchlaufen. Ein Abgeordneter hat in einem Tweet gefragt, warum das Flugzeug zu dem Zeitpunkt in Frankreich flog. Diese Flüge gehören zu den Übungen, die absolviert werden müssen, um die Lizenzen zu bekommen. Die Ausbildungen haben sofort nach der Lieferung angefangen. Trotzdem hat der Luxemburger A400M an dem Einsatz teilgenommen: Unser Flugzeug ist mit Material der belgischen Armee nach Islamabad geflogen. Es war Zufall, dass die Maschine zu dem Zeitpunkt frei war – es hätte auch eine andere sein können. Es wird eben das Flugzeug genommen, das gerade bereitsteht.

Ist die Beteiligung unserer Flugzeuge denn wirklich nötig oder ist das nur ein PR-Manöver?

Ich musste schmunzeln, als ich das in einer Zeitung gelesen habe. Das war definitiv keine PR-Aktion. Die belgische Armee musste Material nach Islamabad bringen und unser A400M-Flugzeug war bereit für diesen Einsatz. Wir haben nie gesagt, dass wir unser Flugzeug spezifisch benutzen wollen, um die Luxemburger zu evakuieren. Am Anfang wurde sofort kritisiert, warum wir nicht jede Menge Flugzeuge dorthin schicken. Wir müssen aber zuerst wissen, was die dort machen sollen. Es ergibt keinen Sinn, einfach Flieger zu entsenden.

Wann haben Sie herausgefunden, dass Luxemburger in Kabul festsitzen?

Am vergangenen Montag.

Sie waren noch bis Samstag im Urlaub. Warum sind Sie nicht eher zurückgekommen?

Warum hätte ich aus den Ferien zurückkommen sollen? Herr Asselborn war auch noch bis Samstag weg. Ich kann Ihnen sagen, meine letzte Ferienwoche war ziemlich „verschass“ – ich saß von morgens bis abends am Telefon. Wo sind wir denn? Wir können doch nicht anfangen, darüber zu diskutieren, dass ein Minister kein Recht hätte, in den Urlaub zu fahren ...

Das habe ich so nicht gesagt.

Doch, das stand doch so in der Zeitung. Nach dem Motto: „Der ist im Urlaub“. Es war so oder so vorgesehen, dass ich samstags aus dem Urlaub komme. Also wo war das Problem?

Hat der Urlaub denn nicht die Koordination erschwert?

Nein, absolut nicht. Ich hatte Kontakt mit meinen Leuten. Ich hätte in Luxemburg nicht mehr machen können als in Italien. Ich habe von Montag bis Freitag mit meinen Leuten telefoniert. Man muss trotzdem mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben. Offiziell war niemand aus Luxemburg in Kabul. Das waren alles Privatleute, die sich nirgendwo gemeldet hatten und dann montags angerufen haben. Ich konnte alles, was ich zu tun hatte, tun – während meines Urlaubs, will ich betonen.

Luxemburgs Hilfen für Afghanistan

KRISENGEBIET Das Großherzogtum zahlte Millionen für Militär und humanitäre Unterstützung

Louis Grün

Die jahrzehntelange Präsenz Luxemburgs in Afghanistan hat den Staat mehrere Millionen Euro gekostet – auf verschiedene Bereiche verteilt. Das geht aus der Antwort auf eine parlamentarische Frage des ADR-Abgeordneten Fernand Kartheiser hervor. Während die militärische Hilfe laut dem Papier eingestellt wird, nimmt man die humanitären Projekte genauer unter die Lupe.

Die Lage im Krisengebiet Afghanistan ist weiterhin angespannt – die Evakuierungen dauern noch immer an und viele fragen sich, wie es für das Land künftig weitergehen soll. Vor einigen Tagen bestätigte Luxemburgs Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Franz Fayot (LSAP), dass die Luxemburger Entwicklungshilfe in Afghanistan vorerst weiterlaufen soll. Aber welche Programme und Projekte hat Luxemburg noch in dem Krisenland vorangetrieben und vor allem – wie viel hat das gekostet?

Gemeinsam mit Außenminister Jean Asselborn (LSAP) und Verteidigungsminister François Bausch („déli gréng“) gibt Fayot darüber Auskunft – in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage des ADR-Abgeordneten Fernand Kartheiser. Das Großherzogtum war demnach sowohl militärisch als auch humanitär in Afghanistan

engagiert. Die Kosten für Luxemburgs 20-jährige Präsenz belaufen sich bei der militärischen Unterstützung auf 51,9 Millionen Euro. Bei der humanitären Hilfe seien es 47,5 Millionen Euro. Letztere könnten jedoch noch weiterlaufen – falls die politische und Sicherheitslage es erlaubt.

Im Bereich der Verteidigung hatte Luxemburg 2018 beim NATO-Gipfeltreffen zum Beispiel mitgeteilt, seine Unterstützung am „Afghan National Army Trust Fund“ bis 2024 zu verlängern. Vier Millionen Euro wären jedes Jahr in diesen Fonds zur Unterstützung der afghanischen Armee geflossen. Mit der Machtübernahme der Taliban könne man allerdings mittlerweile davon ausgehen, dass dieser Fonds eingestellt werde, heißt es in der Antwort. Die Auszahlung des Betrages für das Jahr 2021 sei noch nicht erfolgt.

Die Kosten der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe für Afghanistan, die 2021 an multilaterale Partner ausgezahlt wurde, belaufen sich laut der Antwort der Minister auf 2,35 Millionen Euro. Der Hauptanteil dieses Betrags sei für humanitäre Zwecke reserviert gewesen und an verschiedene lokale Partner wie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (CICR) überwiesen worden.

Nicht nur militärische

Unterstützung

Das Rote Kreuz sei außerdem lokal in der Förderung des humanitären Rechts, der Gesundheit, der Unterkunft und der Ernährung aktiv. Ein weiterer Partner der Regierung vor Ort, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), kümmere sich um die Verteilung, die Verpflegung und das Unterbringen von afghanischen Flüchtlingen. Das Koordinationsbüro der Vereinten Nationen unterstütze zudem diverse Entwicklungsprojekte im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft. Die Regierung habe seit kurzer Zeit auch mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) im Bereich der Lebensmittelsicherheit kooperiert.

Obwohl die Regierung ihre finanzielle Unterstützung im Bereich der Verteidigung laut der Minister vorläufig einstellen will, soll es bei der humanitären Unterstützung womöglich anders aussehen. Hier werde jedes einzelne Projekt unter die Lupe genommen und nur Projekte mit starkem humanitärem Fokus unterstützt – wie zum Beispiel Gesundheit oder Wasseraufbereitung. Seit 2011 unterstütze die Regierung zum Beispiel die deutsche Stiftung namens Patrip im Grenzgebiet zu Tadschikistan, die sich für Entwicklungshilfe einsetzt.

Mehrere Personen aus Luxemburg aus Kabul ausgeflogen

Die Gruppe wird heute im belgischen Melsbroek erwartet und nach Luxemburg gebracht

Kabul/Luxemburg. Gestern Abend gab es endlich Entwarnung. Die restlichen noch in Afghanistan feststehenden Personen aus Luxemburg konnten Kabul über die Luftbrücke mit einem belgischen Militärflugzeug verlassen. Sie wurden zunächst nach Islamabad geflogen, wie Außenminister Jean Asselborn (LSAP) mit Erleichterung gegenüber dem „Luxemburger Wort“ erklärte. Von dort ging es dann weiter zum belgischen Militärflughafen Melsbroek, wo sie heute Morgen erwartet werden. Anschließend werden sie dann mit einem Bus nach Luxemburg gebracht.

Um wie viele Personen es sich genau handelt, stand gestern Abend noch nicht mit letzter Si-

cherheit fest. Da die Situation in Kabul weiterhin äußerst unübersichtlich ist, gab es im Verlauf des Tages unterschiedliche Meldungen. Am Morgen kam zunächst die Nachricht, dass es einer Familie mit drei Kindern und drei weiteren Männern mit Wohnsitz in Luxemburg dank der Hilfe der belgischen Kräfte vor Ort in der Nacht zum Dienstag endlich gelungen war, zum Flughafen von Kabul vorzudringen. Sie würden demnächst ausgeflogen, hieß es weiter. Doch dann sei es wegen „administrativer Kontrollen“ zu Verzögerungen gekommen und die Gruppe habe erst am Nachmittag von einem Flugzeug außer Landes gebracht werden können, erklärte Außenminister Asselborn. Zunächst hieß

es, sie seien auf dem Weg nach Abu Dhabi in den Vereinigten Emiraten. Doch dann stellte sich heraus, dass das Flugzeug sie nach Islamabad in Pakistan bringen würde. Neben der Familie und den drei Männern waren noch weitere Personen an Bord des Flugzeugs. Offensichtlich handelt es sich um Familienangehörige.

Bereits am Montagabend hatten das Außen- und das Verteidigungsministerium in einer gemeinsamen Erklärung mitgeteilt, dass eine von insgesamt neun Personen mit Bezug zu Luxemburg, die sich zu dem Zeitpunkt noch in Afghanistan befanden, es bis zum Flughafen von Kabul geschafft habe.

Schwierige Bedingungen

Der Chefdiplomat betonte noch einmal, dass die Rückführung unter äußerst schwierigen Bedingungen stattfindet, weil Luxemburg in Afghanistan nicht präsent ist und die gesamten Verhandlungen daher über die Vertretungen der Nachbarländer laufen.

Ein Mitglied der Armee sowie ein Mitarbeiter des Außenministeriums sind unterwegs nach Kabul, um die dortigen Einsatzkräfte bei der Evakuierung von europäischen Staatsangehörigen und Einwohnern zu unterstützen. Sie sollen heute im Lauf des Tages in Kabul ankommen. DS

Knapp 50 Millionen Euro Entwicklungshilfe für Afghanistan

Luxemburg. Zwischen 2001 und 2020 hat Luxemburg insgesamt 47,5 Millionen Euro für humanitäre Entwicklungshilfe in Afghanistan investiert. Hinzu kommen noch 51,9 Millionen Euro als Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte. Das antworteten Außenminister Jean Asselborn und Entwicklungsminister Franz Fayot (beide LSAP) gestern auf die parlamentarische Anfrage des

ADR-Abgeordneten Fernand Kartheiser. Noch im Jahr 2018 habe die luxemburgische Regierung beim NATO-Gipfel beschlossen, die Zusammenarbeit mit den afghanischen Sicherheitskräften bis 2024 zu verlängern – dies mit einem Jahresbudget von je vier Millionen pro Jahr, wobei 2021 noch nicht ausbezahlt wurde. Diese finanzielle Unterstützung werde laut Ministerium voraus-

sichtlich gänzlich aufgehoben. Auch die Unterstützung der ortsansässigen NGOs seien von der Machtübernahme der Taliban betroffen. So seien für das Jahr 2021 mehr als 2,35 Millionen Euro für humanitäre Hilfe eingeplant gewesen. Unter anderem für ein Projekt, das seit 2011 im afghanischen Grenzgebiet mit Tadschikistan zwischen der deutschen Stiftung PATRIP (Pakistan Afghanis-

tan Tajikistan Regional Integration Program) und lokalen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt wird. Wegen der aktuellen Umstände werde man aber jede der Aktivitäten genauestens untersuchen und nur noch diejenigen weiter unterstützen, die einen starken humanitären Fokus besitzen – soweit es die Sicherheit und politische Situation noch zulasse, heißt es aus dem Ministerium. jwi

Asselborn fordert Aufnahme von Flüchtlingen

LUXEMBURG-STADT/KÖLN (epd/sop) Europa sollte nach Ansicht von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn (LSAP) Flüchtlinge organisiert aus Afghanistan aufnehmen, um ihnen eine lebensgefährliche Flucht auf eigene Faust zu ersparen. Die EU sollte mit Vermittlung des Flüchtlingshilfswerks UNHCR über das sogenannte Resettlement Menschen die Ausreise

ermöglichen, erklärte Asselborn in einem Interview im Deutschlandfunk. Es gehe vor allem um Frauen und Mädchen. Sie wollten sich „nicht von härtigen Männern sagen lassen wollen, wie sie zu leben haben“. Asselborn brachte die Zahl von 40 000 oder 50 000 Menschen ins Spiel, die unter anderem nach der Einwohnerzahl auf die EU-Länder verteilt werden sollten. „Das wäre ein Zeichen gewesen, das Europa sehr gut tun würde – was auch die Glaubwürdigkeit Europas stärken würde.“ Allerdings zeigte er sich skeptisch, in der EU-Flüchtlingspolitik eine gemeinsame Linie zu finden.

Seit 2015 gebe es immer wieder Länder, die Flüchtlinge nicht aufnehmen wollten. Dies bedrohe die gesamte politische Solidarität in Europa.

In Kabul haben es eine fünfköpfige Familie und drei Männer mit Wohnsitz in Luxemburg dank Hilfe belgischer Ortskräfte auf den Flughafen geschafft und wurden ausgeflogen. Das teilte die Regierung am Dienstag mit. Am Montagabend hatte sich eine weitere Person mit Bezug zum Großherzogtum zum Flughafen durchgeschlagen. Insgesamt saßen neun Personen aus Luxemburg in Kabul fest.

Ungewisse Zukunft

Die Regierung berät über die Lage in Afghanistan und steht vor vielen Fragen

Luxemburg. „Die USA haben unter Trump eine unglaubliche Naivität bewiesen, als sie 2019 glaubten, was die Taliban ihnen erzählt haben“, kommentierte Verteidigungsminister François Bausch (Déi Gréng) gestern den Ursprung für den Rückzug der Alliierten aus Afghanistan. Er haderte aber auch mit der EU: „Es wollte keiner der Nato die Mittel für die Wahrung der Sicherheit in Afghanistan zur Verfügung stellen, nachdem die Amerikaner keine Verantwortung mehr übernehmen wollten.“ Auch Außen-

minister Jean Asselborn (LSAP) zeigte sich im Anschluss an den Regierungsrat enttäuscht: „Es waren alle Elemente gegeben, um davon auszugehen, dass das Land stabilisiert wurde.“ 15 Personen hat Luxemburg bislang aus Afghanistan aufgenommen. Wie es nach dem chaotischen Abzug der Alliierten weitergeht, ist in vielerlei Hinsicht ungewiss. Auch beim Umgang mit afghanischen Flüchtlingen gibt es noch offene Fragen. wel

„Das ging nur mit unseren Partnern“

Außenminister Jean Asselborn und Armeeminister François Bausch zu den Evakuierungen aus Afghanistan

Von Annette Welsch

Während bis zum Ablauf der Frist am 31. August, die die Taliban den westlichen Staaten für die Evakuierung von Material und Personen aus Afghanistan gesetzt haben, noch fieberhaft geflogen wird, war Außenminister Jean Asselborn (LSAP) skeptisch: „Es sind unseres Wissens nach keine luxemburgischen ONG-Mitarbeiter mehr im Land, aber noch zwei Familien mit Verbindung zu Luxemburg. Es wird ganz schwer bis unmöglich, sie noch herauszubekommen, sagen Experten.“ Gemeinsam mit Verteidigungsminister François Bausch (Déi Gréng) war er gestern vor die Presse getreten, um über die Evakuierungen und die Folgen des Abzugs zu berichten.

Insgesamt 15 Personen sind von Kabul aus auf dem Weg nach Luxemburg, darunter eine Familie mit luxemburgischem Pass und drei minderjährigen Kindern. Sie seien jetzt im Bus unterwegs von Melsbroek nach Luxemburg. „Das Problem war der Zugang zum Flughafen in Kabul. Erst beim dritten Anlauf klappte es“, sagte Asselborn. Ohne Hilfe der Belgier und Niederländer wäre es nicht möglich gewesen, sie auszufliegen. Luxemburg wurde auch gebeten, eine Richterin, die in Lebensgefahr schwebt, mit ihrem Mann und zwei Kindern aufzunehmen. Ein luxem-

burgischer Offizier und ein Diplomat sind nun noch in Islamabad. „Sie fliegen nicht mehr nach Kabul zurück, sondern leisten von dort aus Koordinationsarbeit“, erklärte Bausch.

Wie es nun mit den Flüchtlingen weitergeht, ist noch nicht klar. Luxemburg habe seit jeher mehr Afghanen aufgenommen als die Nachbarländer und seit 2015 niemanden mehr nach Afghanistan zurückgeschickt, sagte Asselborn. Es sei noch nicht klar, wie man nun mit denen verfare, denen das Bleiberecht verweigert wurde. Die Anwaltskammer habe auch schon angefragt. Dafür müsse eine europäische Regelung gefunden werden, plädierte der Außenminister, der auch wiederum eine Quotenregelung für die Aufnahme von Flüchtlingen in der EU ins Spiel brachte. „Wir werden alles tun, was wir können, und schaffen weitere Kapazitäten, wenn nötig. Ich sehe aber eine Tendenz nach unten bei der Aufnahmebereitschaft in der EU.“

Unklar ist auch, wie es mit den Familienzusammenführungen weitergeht. Mehr als 200 Personen in Afghanistan sind davon betroffen. Luxemburg verfährt hier nach der Variante der Kernfamilie: Mann, Frau und ihre Kinder, eine Ausweitung ist nicht vorgesehen. Minderjährige können ihre Eltern kommen lassen, diese erhalten aber nur

ein Visum und Autorisationen. „In normalen Zeiten müssen sie für die Reisekosten selber aufkommen. Ich sehe aber auch das Problem, wie wir sie noch sicher aus dem Land herausbekommen. „Wir können nichts im Hauruckverfahren machen, sondern warten erst einmal ab, wie es in Afghanistan aussieht, wenn die Taliban definitiv die Herrschaft übernommen haben“, so Asselborns Fazit.

Ziel war es, den Terror zu stoppen

Er erinnerte daran, dass die Alliierten 2001 einstimmig beschlossen hatten, Kabul zu sichern. „Afghanistan war damals ein Trainingsfeld des internationalen Terrorismus und Frauen hatten die Rechte von Haustieren. Das Ziel der NATO war, den Terror zu stoppen.“ Man habe 30 000 Polizisten und Soldaten ausgebildet und humanitäre Hilfe geleistet, von der 75 Prozent der Schulen und Kliniken abhängen. „Luxemburg war solidarisch und das war richtig so“, verteidigte er den Einsatz. „Es wurden viele Körner gesät, vor allem bei jungen Frauen, sich nicht vorschreiben zu lassen, wie sie leben müssen.“ Es sei nun Aufgabe der EU und anderer Institutionen, zusammen daran zu arbeiten, damit die Taliban bei Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten die Schraube nicht nicht zurückdrehen. „Wir haben als EU als einzi-

gen Hebel die Entwicklungshilfe.“

Zusammenarbeit wichtig

Bausch hob seinerseits die Wichtigkeit der europäischen Zusammenarbeit hervor und erklärte, dass Luxemburg mit der Finanzierung seines A400M in die European Air Transport Command (EATC) eingebunden sei, der sieben Länder angehören und die nach dem Prinzip des Pooling und Sharing funktionieren. „Es sind koordinierte militärische Entscheidungen, in die die Luxemburger Armee eingebunden ist, die wir aber nicht alleine treffen.“ Gemeinsam wurden in den letzten Tagen 10 000 Menschen aus Afghanistan ausgeflogen. „Das war nur möglich, weil es diese Struktur gibt.“ Die zwei luxemburgischen Piloten seien permanent im Einsatz gewesen und hätten „eine immense Arbeit geleistet“.

Mit dem A400M wurden allerdings keine Menschen, sondern nur Material transportiert. Es fehlen noch die entsprechenden Zertifikate. Erst Ende des Jahres werden die bisherigen Transportflugzeuge durch die A400M ersetzt.

- *Frauen hatten die*
- *Rechte von Tieren.*

Jean Asselborn

}

Politik / Ausland

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn zu Afghanistan „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht exportierbar“

17. August 2021 um 13:29 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Foto: dpa

Interview | Berlin. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sieht die Außenpolitik des Westens nach dem Desaster in Afghanistan vor einem Paradigmenwechsel: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ließen sich anderen Ländern mit anderen Traditionen nicht aufzwingen. Der im Moment ratlose Westen brauche rasch einen neuen Ansatz.

Von Birgit Marschall

Asselborn, wie ist die Situation in Afghanistan aktuell zu bewerten?

ASSELBORN Wenn die Taliban wiederholen, was sie vor 20 Jahren schon getan haben, die massive Verletzung von Menschenrechten, die Diskriminierung von Frauen und Mädchen, dann ist das der GAU, der größtmögliche Unfall, den wir gerade erleben. Weder die Amerikaner noch die Europäer haben aber voraussehen können, dass die Taliban in nur einer Woche das Land zurückerobern würden.

Welche Fehler hat der Westen in Afghanistan gemacht?

ASSELBORN Der Sinn des Einsatzes der westlichen Streitkräfte in Afghanistan war für uns Europäer immer der Schutz der Menschenrechte. Wir wollten nicht dabei zusehen, dass Frauen und Mädchen wie Menschen zweiter Klasse, wie Untermenschen behandelt werden. Wo wären wir heute, wenn der Westen vor 20 Jahren nicht eingegriffen hätte? Von daher hat der Einsatz schon Sinn gemacht. Ich habe in Afghanistan sehr couragierte, mutige Frauen getroffen, die eine Lebensweise haben wollten, die sich an unseren westlichen Werten orientiert.

LESEN SIE AUCH



Asienexperte Christian Wagner

„Trumps Abkommen mit den Taliban war der Kardinalfehler“

Welche Konsequenz muss der Westen jetzt aus der Entwicklung ziehen?





ASSELBORN Wir müssen erkennen, dass unser bisheriger westlicher Ansatz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Länder wie Afghanistan, Mali oder andere Länder exportieren zu wollen, einfach nicht funktioniert. Durch die westliche Außenpolitik muss nach der Machtübernahme der Taliban ein Ruck gehen: Wir müssen uns überlegen, ob wir einem anderen Volk überhaupt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzwingen können. Das ist eine kapitale Frage, die sich der Westen jetzt stellen muss, ohne zugleich in Fatalismus zu verfallen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht auf Länder transferierbar, die eine ganz andere Geschichte, Mentalität und Tradition haben als wir. Diese Lehre müssen wir aus Afghanistan ziehen.

Was kann der Westen denn jetzt überhaupt noch tun?

ASSELBORN Zuschauen und Nichtstun ist jedenfalls nicht die Alternative. Ich gebe zu, dass wir im Moment noch etwas ratlos sind. Klar ist aber, dass der internationale Druck auf die Taliban in diesem Moment unbedingt aufrechterhalten werden muss. Die Menschenrechte dürfen nicht mit Füßen getreten werden. Eine Regierung der Taliban, die die Menschenrechte nicht respektiert, kann von der EU nicht akzeptiert werden. 50 Prozent der Menschen in Afghanistan bedürfen internationaler Hilfe! Ohne diese Hilfe würde das Chaos im Land noch viel schlimmer. Darum hoffe ich, dass die Taliban gelernt haben, dass sie die Menschenrechte wahren müssen.

LESEN SIE AUCH



Bundeswehr startet Rettungsaktion Das bedeutet die Afghanistan-Krise für Deutschland

Wie kann der Rest der Welt der Hälfte der afghanischen Bevölkerung von außen helfen?

ASSELBORN Die EU steuert bereits unheimlich viel Geld und Material zur humanitären Hilfe bei. Das ist der einzige Hebel, den wir im Moment noch haben, um die Taliban zu beeinflussen. Wir brauchen China und Russland dabei mit am Tisch.

Aber China und Russland sind doch vor allem an den Bodenschätzen interessiert, weniger an den Menschenrechten...

ASSELBORN Ja, klar. Russland leidet aber sehr unter dem Opium-Handel aus Afghanistan. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass China eine Taliban-Regierung unterstützt, die die gesamte Region destabilisiert und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Wir sind in einer Phase, in der wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen. Wir dürfen die Welt jetzt nicht aufteilen in westliche und nicht-westliche Interessen. Wir brauchen eine starke Kooperation mit Russland und China.

Ist auch Deutschland mit seiner Mission in Afghanistan gescheitert?

ASSELBORN Ich bin nicht dazu da, um Schuldzuweisungen zu verteilen. Ich bin kein Deutscher. Darauf lasse ich mich nicht ein. In Deutschland geht es immer nur um Deutschland, Deutschland. Das ist mir zu fokussiert auf die eigene Nation. Wir sind alle Europäer. Wir hatten eine europäische Mission gemeinsam mit den Amerikanern. Wir sollten jetzt nicht alles in Stücke zerschneiden. Die Deutschen haben wertvolle Arbeit im Rahmen der Nato in Afghanistan gemacht.

US-Präsident Biden hat gesagt, künftig würden die USA nirgends mehr einmarschieren, sondern den Terror nur noch gezielt bekämpfen durch kurze militärische Aktionen. Ist das, den der Westen gehen muss?

LIVE ABSTIMMUNG ● 4.870 MAL ABGESTIMMT

Frage der Woche: Finden Sie kostenpflichtige Corona-Tests gerecht?

**RP ONLINE**

OPINARY.

ASSELBORN Terrorismus darf man sich nicht entwickeln lassen. Der französische Präsident Macron hat am Montag fast dasselbe gesagt wie Joe Biden. Was Amerika angeht: Ich kann verstehen, dass man nach 20 Jahren in Afghanistan Schluss machen möchte. Es ist sicher kritisch zu sehen, wie schnell dieser Truppenabzug vollzogen wurde. Aber als Europäer müssen wir auch eingestehen, dass der Einsatz der USA in Afghanistan viel, viel höher und teurer war als unserer. Es ist zu einfach, jetzt einfach den Amerikanern die Schuld für das Desaster in Afghanistan zu geben.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Luxemburg richtet sich nachhaltig aus

Premier Bettel setzt Schwerpunkte in Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz

Börsen-Zeitung, 7.8.2021
kjo Luxemburg – Das Großherzogtum Luxemburg richtet sich als ein komplett nachhaltiges Land aus. „Wir werden konsequent unsere bestehenden strategischen Ausrichtungen weiterverfolgen, insbesondere in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, um zu den Zielen der Europäischen Union zur Klimaneutralität bis 2050 beizutragen, wie auch bei künstlicher Intelligenz und Digitalisierung“, sagt Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel im Interview der Börsen-Zeitung.

In diesem Zusammenhang sind 61% der Investitionen im Rahmen des luxemburgischen Konjunkturprogramms für nachhaltige, klimafreundliche Projekte wie etwa Wohnungsbau, Elektrotransport, erneuerbare Energien sowie den Naturpakt mit den Gemeinden vorgesehen. Luxemburg richtet sich aber nicht

nur in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig aus, sondern insbesondere auch am Finanzmarkt. „Im September 2020 veröffentlichte Luxemburg als erstes europäisches Land ein Rahmenwerk für nachhaltige Staatsanleihen und zählt somit auch hier zu den First Movers“, führt der Premier aus. Man lege dabei nicht nur die Prinzipien und Leitlinien der International Capital Market Association (ICMA) zugrunde, sondern habe auch Zulassungskriterien integriert, die den Empfehlungen der EU-Taxonomie nach bestem Wissen entsprechen. „Es war uns wichtig, mit der kurz darauf aufgenommenen 1,5-Mrd.-Euro-Anleihe zur Finanzierung von Umwelt- und Sozialprojekten ein Zeichen zu setzen, dass diese beiden Bereiche eng miteinander verflochten sind.“

Luxemburg verfügt nach Angaben von Bettel über eine langjährige

Erfahrung und Erfolgsbilanz im Bereich der nachhaltigen Finanzen. „Seit nunmehr über 15 Jahren widmet Luxemburg sich der Mikrofinanz und inklusiven Finanzen. Außerdem werden von Luxemburg aus mehr als 20% der weltweiten ESG-Fondsvermögen verwaltet“, konstatiert der Premierminister.



Xavier Bettel

Bettel (Jahrgang 1973) gehört der Demokratesch Partei (DP) – dem Luxemburger Pendant der deutschen FDP – an und ist seit Dezember 2013 Premierminister von Luxemburg. Er wurde 2018 wiedergewählt. Vor seiner Zeit als Premier war er Bürgermeister von Luxemburg-Stadt. Bettel, der gern nach Griechenland reist – wo er auch studiert hat –, ist gelernter Jurist und war vor seinem hauptberuflichen politischen Wirken lange Zeit als Rechtsanwalt tätig.

(Börsen-Zeitung, 7.8.2021)

INTERVIEW ZUR SERIE SUSTAINABILITY AN DEN FINANZMÄRKTEN (11 UND SCHLUSS): XAVIER BETTEL

Luxemburg richtet sich komplett nachhaltig aus

Premierminister über Sustainability in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Finanzmarkt – Schwerpunkte in Kreislaufwirtschaften, Klimaschutz und Digitalisierung

Börsen-Zeitung, 7.8.2021

- **Herr Premierminister Bettel, welche persönlichen Erfahrungen beziehungsweise Lehren nehmen Sie aus der Covid-19-Krise mit?**

Ich denke, wir alle sind daran erinnert worden, in einigen Fällen leider recht schmerzhaft, dass nichts und niemand die Zeit ersetzen kann, die man mit den Menschen verbringt, die einem wichtig sind, egal ob das Familienangehörige oder Freunde sind. Viele von uns waren vor der Covid-19-Krise so damit beschäftigt, immer von einem Termin zum nächsten, von einem Platz zum anderen zu hetzen. Ich denke, die Pandemie hat viele dazu gezwungen, aus dem Hamsterrad auszusteigen und sich auf das zu konzentrieren, was im Leben am Wichtigsten ist: Zeit mit den Menschen zu verbringen, die einem am Herzen liegen. Für mich persönlich war und ist es aber auch beruflich gesehen die Zeit in meinem Leben, die am meisten von mir selbst fordert, und auch ich habe die Grenzen dessen, was man leisten kann, aufgezeigt bekommen. Die Krise ist für mich ohne Zweifel auch eine Zeit der Selbsterkenntnis.

- **Und welche Lehren ziehen Sie aus dieser Krise als Premierminister, der das Land durch die Pandemie bringen musste beziehungsweise immer noch bringen muss?**

Die Pandemie ist nicht vorüber. Diese Krise wird uns noch weiter beschäftigen, und es wird Jahre dauern, bis wir die tatsächlichen Auswirkungen kennen. Ich kann aber bereits jetzt sagen, dass es eine klare Erkenntnis aus den vergangenen Monaten gibt: Es ist beeindruckend gewesen, wie ausgeprägt die Solidarität unter den Menschen gewesen ist und auch weiterhin ist. In der Hochphase des Lock-downs haben sich plötzlich überall Initiativen gegründet, um Mitmenschen zu helfen oder Nachbarn zu versorgen. Es war ein hartes Jahr für so viele Bürgerinnen und Bürger, und trotz allem hat jeder Einzelne unvergleichliche Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit gezeigt. Das Ausmaß der Solidarität zwischen jedem einzelnen unserer Bürger zu sehen, war für mich als Premierminister sehr bewegend und etwas, auf das ich sehr stolz bin.

- **Was bedeutet die Krise für das Thema Nachhaltigkeit/Sustainability ganz generell?**

Unabhängig von der Covid-19-Krise ist die nachhaltige Entwicklung

unserer Gesellschaften eine globale Herausforderung. Die Covid-19-Krise zeigt uns, dass kein Land allein aus dieser Krise herauskommen kann. Die Pandemie hat die Notwendigkeit verdeutlicht und sogar verstärkt, die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen als globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung aktiv voranzutreiben. Die Pandemie hat dargelegt, dass angesichts dieser beispiellosen Situation Kreativität gefordert ist. So setzt die luxemburgische Regierung sich dafür ein, der Covid-19-Krise und ihren sozioökonomischen Folgen mit bisher nicht gekannten Maßnahmen zu begegnen. Ökologisch ausgerichtete Konjunkturprogramme sollen die Wirtschaftstätigkeit anregen und einen Übergang zu einer widerstandsfähigen und klimaneutralen Ökonomie beschleunigen, die die Natur und ihre Ressourcen schont und für die Menschen ein lebenswertes Leben in einer gesunden Umwelt sicherstellt. In diesem Sinne wird die luxemburgische Regierung den nationalen Plan für nachhaltige Entwicklung und insbesondere den nationalen Klima-Energie-Plan und die nationale Strategie zur Kreislaufwirtschaft umsetzen. Luxemburg will außerdem die Digitalisierung der Wirtschaft beschleunigen – dies zum Wohle der ganzen Gesellschaft.

- **Was sind die Eckpfeiler der Nachhaltigkeitsstrategie des Großherzogtums Luxemburg?**

Luxemburg hat seit Dezember 2019 seinen dritten Plan für nachhaltige Entwicklung. Er ist das Hauptinstrument zur Umsetzung der Agenda 2030 und der 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung, die die Weltgemeinschaft sich im September 2015 gegeben hat. Der Plan legt zehn prioritäre Handlungsfelder fest, zu ihnen gehören unter anderem die Diversifizierung hin zu einer integrativen und zukunftsfähigen Wirtschaft, die Gewährleistung nachhaltiger Finanzen, die Förderung nachhaltigen Konsums und Produktion, die Gewährleistung einer nachhaltigen Mobilität, die Planung und Koordination des Flächenverbrauchs oder auch die nachhaltige Energieversorgung. Auch das Wohl der Gesellschaft und des Einzelnen soll gestärkt werden, etwa durch die Gewährleistung der sozialen Inklusion und der Bildung für alle sowie durch die Sicherstellung der medizinischen Bedingungen für eine gesunde Bevölkerung. Auch auf globaler Ebene will

Luxemburg zur Beseitigung der Armut und zur Kohärenz der Politiken für nachhaltige Entwicklung beitragen. Außerdem sieht der Plan Instrumente zur Stärkung einer verantwortungsbewussten Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung vor.

- **Was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen beziehungsweise Schwierigkeiten oder Probleme in den nächsten Jahren, wenn ein Land nachhaltig ausgerichtet wird?**

Vor ein paar Wochen sind mehrere Länder in Mitteleuropa, darunter Deutschland, Belgien, Luxemburg und die Niederlande, von einer von den heutigen Generationen nie gekannten Flutkatastrophe erfasst worden. Seit Wochen herrscht in Nordamerika eine extreme Hitze mit verheerenden Bränden. Dies bedeutet schwere wirtschaftliche Schäden, aber vor allem unfassbar großes Leid für die betroffenen Personen. Es zeigt, dass die Klimakrise real ist und es umso dringender ist, dass wir handeln und den Klimawandel weiter bekämpfen. Es gilt neben der Reduktion von CO₂-Emissionen auch die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben. Größere Herausforderungen warten sowohl bei der Energie- als auch der Transportwende genau wie beim Übergang von einer linearen Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft, eine Veränderung, die lediglich dann gelingen wird, wenn alle Akteure an Bord sind und die Vorzüge erkennen, die ein verstärkter Ressourcenschutz mit sich bringt. Wie ich bereits unterstrichen habe, brauchen wir Maßnahmen, um den Übergang zu einer widerstandsfähigen, klimaneutralen und ressourcensparenden Ökonomie zu beschleunigen. Und wir müssen dies so gestalten, dass niemand zurückgelassen wird. Alle diese Herausforderungen – sei es im Bereich Klima, Biodiversität oder Verschmutzungen – werden nur dann gelingen, wenn sie sozial gerecht gestaltet werden – und als Chancen für mehr Lebensqualität, eine gerechtere Gesellschaft, nachhaltige Arbeitsplätze und eine widerstandsfähige Wirtschaft im Sinne des Green Deals gesehen werden.

- **Wo liegen aber zugleich auch die größten Chancen in Sachen Nachhaltigkeit in den nächsten Jahren, das heißt, wo lässt sich Ihrer Meinung nach schnell eine nachhaltige Wirkung erzielen?**

Luxembourg

Die französische Sprache kennt folgendes Sprichwort: 'L'argent est le nerf de la guerre', also: 'Geld ist der Nerv des Krieges'. Ein wirksamer Kampf gegen den Klimawandel und hin zu einer nachhaltigen Entwicklung ist nur möglich, wenn die dazu nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Luxemburg spielt eine wichtige Rolle und hat als einer der führenden Finanzplätze Europas auch eine besondere Verantwortung bei der Mobilisierung von öffentlichem und privatem Kapital; dies um den sogenannten grünen Wandel zu finanzieren und die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

■ Und im Finanzbereich?

Luxembourg verfügt über eine langjährige Erfahrung und Erfolgsbilanz im Bereich der nachhaltigen Finanzen. Seit nunmehr über 15 Jahren widmet Luxemburg sich der Mikrofinanz und inklusiven Finanzen. Die weltweit erste grüne Anleihe wurde 2007 von der Europäischen Investitionsbank – EIB – in Luxemburg emittiert. Heute sind an der Luxembourg Green Exchange mehr als die Hälfte aller weltweit begebenen Green Bonds gelistet. Außerdem werden von Luxemburg aus mehr als 20% der weltweiten ESG-Fondsvermögen verwaltet. Im September 2020 veröffentlichte Luxemburg als erstes europäisches Land ein Rahmenwerk für nachhaltige Staatsanleihen und zählt somit auch hier zu den First Movers. Wir befolgen nicht nur die Prinzipien und Leitlinien der International Capital Market Association – ICMA –, sondern haben auch Zulassungskriterien integriert, die den Empfehlungen der EU-Taxonomie nach bestem Wissen entsprechen. Es war uns wichtig, mit der kurz darauf aufgenommenen 1,5-Mrd.-Euro-Anleihe zur Finanzierung von Umwelt- und Sozialprojekten ein Zeichen zu setzen, dass diese beiden Bereiche eng miteinander verflochten sind. Die Tatsache, dass die Investorennachfrage nach der Anleihe das Emissionsvolumen deutlich übertraf, zeigt darüber hinaus das große Interesse an Nachhaltigkeitsanleihen.

Wir sprachen ja bereits von der Covid-Krise. 61% der Investitionen im Rahmen des luxemburgischen Konjunkturprogramms sind so für nachhaltige, klimafreundliche Projekte – Wohnungsbau, Elektrotransport, erneuerbare Energien, Naturpakt mit den Gemeinden – vorgesehen.

■ Luxemburg ist seit dem 29. Februar 2020 das erste Land weltweit, das einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr hat, was Teil der Nachhaltigkeits- beziehungsweise Klimastrategie des Landes ist. Welche Bilanz ziehen Sie aus diesem Projekt nach gut 1,5 Jahren?

Die Einführung des kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs ist vor allem eine doppelte soziale Maßnahme, die einerseits für Geringverdiener ein Plus im Geldbeutel bedeutet und andererseits, da durch Steuergelder finanziert, breite Schultern stärker belastet als schmale. Des Weiteren bietet das Thema einen guten Rahmen, das Augenmerk auf die nationale multimodale Mobilitätsstrategie Modu 2.0 zu richten. Der erste Covid-19-Fall in Luxemburg wurde am Tag der Einführung des kostenlosen ÖPNV festgestellt. Seitdem leben wir in einer sehr besonderen Zeit, auch in Bezug auf die Mobilität – Lockdown, Homeoffice et cetera. Es ist daher sehr schwierig, eine verlässliche Aussage zu machen. Generell ist es aber so, dass jedes neue Angebot im Zusammenhang mit dem ÖPNV unverzüglich angenommen wird. So lag die Zahl der Straßenbahnnutzer vor der Pandemie bei durchschnittlich 32.000 pro Tag, fiel während des Lockdowns auf 1.400 und ist im Juni 2021 auf 55.000 pro Tag gestiegen. Dies ist sicherlich auch auf die Inbetriebnahme eines weiteren Straßenbahnabschnittes mit zusätzlichen Stationen zurückzuführen. In Bezug auf den motorisierten Verkehr in der Hauptstadt sind wir stolz darauf, dass insgesamt 1.900 Busfahrten pro Tag durch die Inbetriebnahme des neuen Straßenbahnabschnitts auf derselben Strecke im Herzen der

Stadt ersetzt wurden. Die Straßenbahn, eines der Vorzeigeprojekte unserer Mobilitätsstrategie, entlastet daher die Innenstadt erheblich und trägt dazu bei, die Stadt den Bürgern zurückzugeben und die Lebensqualität zu verbessern. Gleichzeitig erlebt das Radfahren in Luxemburg eine echte Renaissance. Ein jährliches globales Monitoring ist vorgesehen – nächster Termin ist März 2022.

■ Welche Nachhaltigkeitsprojekte schweben Ihnen in den kommenden Jahren noch vor, was würden Sie gern als Nächstes angehen beziehungsweise realisieren?

Die Umsetzung der erwähnten Strategien und Aktionspläne ist essenziell. Es ist mir wichtig, vielversprechende Synergien zu identifizieren und gleichzeitig mögliche negative Spillover-Effekte zu vermeiden. Kohärenz ist hier das Schlüsselwort. Wir werden konsequent unsere bestehenden strategischen Ausrichtungen weiterverfolgen, insbesondere in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, um zu den Zielen der Europäischen Union zur Klimaneutralität bis 2050 beizutragen, wie auch künstliche Intelligenz und Digitalisierung. Die Digitalisierung wird in der Tat einen großen Einfluss auf unser Leben und die Entwicklung unseres Landes haben. Die Digitalisierung der Wirtschaft muss jedoch zugunsten der Bevölkerung und nicht auf Kosten der Umwelt geschehen. Digitalisierung ist nicht zwangsläufig Dematerialisierung. Wir wollen einen nachhaltigen digitalen Wandel sicherstellen. Auch wollen wir eine sichere und zuverlässige Transformation der Datenwirtschaft gewährleisten. Die Covid-19-Krise, aber auch die jüngsten Naturkatastrophen zeigen uns des Weiteren, dass die Entwicklung widerstandsfähiger strategischer Wertschöpfungsketten unabdingbar ist. Um dies und unsere langfristigen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, werden wir weiter eng mit allen Akteuren zusammenarbeiten.

Das Interview führte Kai Johannsen.

„61% der Investitionen im Rahmen des luxemburgischen Konjunkturprogramms sind für nachhaltige, klimafreundliche Projekte (...) vorgesehen.“

ZUR PERSON

„Das Leben so nachhaltig wie möglich gestalten“

kjo – „Das Thema Nachhaltigkeit spielt eine wichtige Rolle für meinen Mann und mich, deshalb versuchen wir, unser Leben so nachhaltig wie möglich zu gestalten“, sagt Xavier Bettel, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, zu seinem persönlichen Zugang zum Aspekt Sustainability. „Bei der

Mobilität gehen wir kurze Strecken stets zu Fuß und greifen auf öffentliche Verkehrsmittel zurück. Dies ist im Alltag leider nicht immer einfach, weil es oft Sicherheitsbedenken gibt. Aber sowohl privat als auch beruflich fahre ich längere Strecken oft mit dem Zug“, führt Bettel aus. Beim Konsum setzen er

und sein Mann, der belgische Architekt Gauthier Destenay, zu Hause viel auf regionale Produkte aus Luxemburg und der Großregion, die aus nachhaltigem Anbau stammen und nur kurze Strecken bis zum Endverbraucher zurückgelegt haben. „Wir tun das aber nicht nur aus Liebe zur Umwelt, das gebe ich gerne zu. Die Vielfalt und die Qualität dieser regionalen Produkte erstaunt mich immer wieder, und ich bin – auch das gebe ich gerne zu – ein Genießer, was Lebensmittel betrifft, und genießen tut sich leichter bei Produkten, deren Herkunft sich einem erschließt“, so der Premier.

Luxembourg

Luxemburg steuert auf sechs Prozent Wachstum zu

Die Luxemburger Staatsfinanzen entwickeln sich geradezu märchenhaft. Nach den ersten sechs Monaten 2021 ist der Luxemburger Zentralstaat - trotz Pandemie - immer noch in den schwarzen Zahlen. Die Einnahmen boomen. Nur an der Entwicklung der Staatsschuld lässt sich noch erkennen, dass es eine Krise gab.

VON CHRISTIAN MULLER

LUXEMBURG In den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 hat der Luxemburger Staat elf Milliarden Euro an Steuern und Abgaben eingenommen. Das sind stattliche 24,8 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2020, als die gesamte Luxemburger Wirtschaft voll im Griff der Pandemie war. Gewachsen sind die Einnahmen jedoch auch im Vergleich mit den ersten sechs Monaten des Jahres 2019, also vor der Corona-Krise. Verglichen mit diesem Zeitraum beträgt der Anstieg immer noch 10 Prozent, so Finanzminister Pierre Gramegna in einer Pressemeldung. „Das bedeutet, dass Luxemburg es geschafft hat, zum Wachstumsrhythmus von vor der Krise zurückzufinden“, sagt der Minister.

Anlass zu Optimismus hatten bereits die Vormonate gegeben. Während Ende Mai 2020 noch ein fettes Defizit von 2,4 Milliarden Euro in den Büchern vom Zentralstaat stand, so sehen die Zahlen 2021 ganz anders aus. Insgesamt hat der Staat in den fünf ersten Monaten des Jahres einen Überschuss von 109,6 Millionen Euro erwirtschaftet.

Hintergrund der positiven Entwicklungen ist die starke Konjunktur. Das statistische Institut Stater rechnet mittlerweile für 2021 mit einer Wachstumsrate von sechs Prozent. Ein derart hohes Wachstum hat das Land seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erlebt. Allein im Monat Mai wurden, Stater zufolge, hierzulande 2234 neue Jobs geschaffen – seit Jahresbeginn sind es mehr als 10.542 neue Stellen. Im Juni ist die Zahl der Arbeitssuchenden wie-

der unter das Niveau von vor der Pandemie gefallen.

In allen großen Steuerbereichen sind die Einnahmen, auch verglichen mit den beiden Jahren vor Corona, gestiegen. So hat die „Administration des contributions directes“ rund 5,2 Milliarden Euro eingenommen, ein Plus von satten 18,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2020. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019 beträgt der Zuwachs 6,5 Prozent. Die positive Entwicklung ist vor allem auf die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes zurückzuführen, die zu einem deutlichen Anstieg der Einnahmen aus der Quellensteuer auf Löhne und Gehälter beiträgt, schreibt die Regierung.

Zugelegt haben auch die Einnahmen der „Administration de l'enregistrement, des domaines et de la TVA“. Sie belaufen sich auf 3,3 Milliarden Euro – ein Plus von 35,9 Prozent verglichen mit 2020 und von 21,5 Prozent verglichen mit 2019. Das Wachstum dieser Einnahmen spiegelt die starke Erholung des Verbrauchs nach der Aufhebung der meisten gesundheitlichen Einschränkungen in der ersten Hälfte des Jahres 2021 wider, schreibt die Regierung.

Auch die „Administration des douanes et accises“ hat ihre Einnahmen im ersten Halbjahr 2021 auf fast 852 Millionen Euro steigern können, berichtet das Finanzministerium weiter. Verglichen mit 2020 handelt es sich um einen Anstieg von 18,7 Prozent. Im Vergleich mit 2019 bleibt ihr Niveau mit einem Anstieg von nur 0,7 Prozent jedoch nur stabil. Dies ist vor allem auf den deutlichen Rückgang der Verkäufe von Kraftstoffen zurückzuführen. Beim Diesel wurde ein Minus von 22 Prozent gemessen – beim Benzin war es ein Rückgang von 18 Prozent verglichen mit 2019.

Traurig ist die Regierung jedoch nicht über die schrumpfenden Verkäufe von Kraftstoffen. Die Reduzierung der Verkäufe trage dazu bei, die Klimaziele zu erreichen, so das Ministerium. Erklärt wird der Rückgang mit der verstärkten Nutzung von Telearbeit sowie mit der Einführung der CO₂-Steuer, die den Preis für Kraftstoffe im Vergleich zu den Nachbarländern unattraktiver macht. Im betroffenen Sektor hält sich die Freude über diese

Politik in Grenzen. Jahrzehntlang war der Verkauf von Kraftstoffen ein geschätzter Teil der luxemburger Wirtschaft – und der nationalen Steuereinnahmen.

Im Sinne eines starken Staatshaushaltes sind zwischen Januar und Juni derweil nicht nur die Einnahmen gestiegen. Auch die Ausgaben sind, zumindest verglichen mit dem Krisenjahr 2020, gefallen. In der ersten Jahreshälfte beliefen sie sich auf 10,9 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist es ein Rückgang von 4,5 Prozent. Das Ministerium erklärt dies insbesondere mit der geringeren Inanspruchnahme bestimmter Hilfen, etwa der Kurzarbeit.

Vergleicht man das Volumen der Ausgaben des Staates jedoch mit dem von vor der Krise (erstes Halbjahr 2019), dann ergibt sich ein anderes Bild: ein stattlicher Anstieg von 16 Prozent. Pierre Gramegna erklärt diese Entwicklung mit der „ambitionierten Investitionspolitik der Regierung“. Ihm zufolge ist es der richtige Weg. Die aktuelle wirtschaftliche Erholung spiegelt den Erfolg dieser Politik wider, unterstreicht er. Unter anderem hat der Staat in den letzten Monaten Tausende neue Jobs geschaffen.

Die gestiegenen Einnahmen und gefallen Ausgaben haben zur Folge, dass der Haushalt des Zentralstaates aktuell einen Überschuss von 100,5 Millionen Euro aufweist. Deutlich besser als das Defizit von 2,6 Milliarden Euro, das letztes Jahr um diese Zeit verbucht war. Auch erheblich besser als das Minus von 2,1 Milliarden Euro, mit dem die Regierung laut den letzten offiziellen Plänen im Gesamtjahr 2021 rechnet.

Dennoch mahnt der Finanzminister zur Vorsicht. Es sei noch zu früh, um Schlussfolgerungen für das Jahr 2021 insgesamt zu ziehen, sagt er: „Während sich die Situation der öffentlichen Finanzen weiter verbessert, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass immer noch beträchtliche Ausgaben geplant sind, einerseits um die Unternehmen auf dem Weg der Erholung zu unterstützen, andererseits um weiterhin in unsere Infrastruktur zu investieren.“ Darüber hinaus bleibe angesichts des Auftretens neuer Varianten des Virus das Ausmaß der Erholung ungewiss und

es sei Vorsicht geboten. Zudem habe die Regierung gerade 50 Millionen Euro bereitgestellt, um die durch die jüngsten sintflutartigen Regenfälle verursachten Schäden zu beheben, was so nicht eingeplant war.

Trotz der aktuell sehr guten Zahlen ist die Corona-Krise nicht

spurlos an den Staatsfinanzen vorbeigegangen. So liegt die Staatsverschuldung mittlerweile bei 17,9 Milliarden Euro (25,9 Prozent des BIP). Vergleicht man den aktuellen Schuldenstand mit dem, der Ende 2019 geplant war, dann werden die finanziellen Kosten der Krise sicht-

bar: Laut den Plänen von kurz vor der Krise hätte die Verschuldung Ende 2021 bei 13,3 Milliarden Euro – oder 19,3 Prozent des BIP – liegen sollen. Deutlich weniger also als die aktuelle Staatsverschuldung.

Christian Muller ist Redakteur des Luxemburger Tageblatts.

Luxemburgs Arbeitsmarkt wächst

Die Zahl der Beschäftigten steigt auch 2020 – die geleisteten Arbeitsstunden geht aber zurück

Von Marco Meng

Schon vor der Pandemie war der luxemburgische Arbeitsmarkt einer der dynamischsten in Europa, mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von plus 3,4 Prozent zwischen 2016 und 2019, verglichen mit plus 1,3 Prozent auf europäischer Ebene. Im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Ländern ist in Luxemburg die Zahl der Beschäftigten auch 2020 nicht gesunken. Sie stieg im Pandemiejahr um zwei Prozent gegenüber 2019. Das teilte die Luxemburger Statistikbehörde Stattec gestern mit. In zwei von zehn Branchen – Landwirtschaft und Industrie – ist die Zahl der Beschäftigten allerdings auch in Luxemburg zurückgegangen.

Mehrere Faktoren, so der Stattec, hätten die Beschäftigung gestützt, vor allem, weil viele von Zuhause aus arbeiten konnten. Kurzarbeit habe zwar ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Vermeidung von Arbeitsplatzverlusten gespielt, schreibt der Stattec, „scheint aber kein wesentlicher Faktor für die Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung zwischen den Ländern zu sein.“

In der Europäischen Union sank die Beschäftigung insgesamt im

letzten Jahr um 1,5 Prozent. Vor allem wegen des Mittels der Kurzarbeit, das in unterschiedlichen Konstellationen von den EU-Mitgliedsländern angewandt wurde, reflektiere die Beschäftigungszahl allein nicht das tatsächliche Ausmaß der durch Covid-19 verursachten Unterbrechung. „Die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt spiegeln sich eher in der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden wider“, so Stattec.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ging 2020 in allen EU-Ländern zurück, auch in Luxemburg. Von minus 0,7 Prozent in Polen bis zu minus 11,2 Prozent in Griechenland ist auch eine große Spannweite zu erkennen. Luxemburg liegt mit einem Rückgang von minus 3,3 Prozent im oberen Drittel der Länder, in denen die Arbeitsstunden am wenigsten zurückgegangen sind. Die Mittelmeerländer weisen – auch weil hier der stark betroffene Tourismussektor ein wichtiger Arbeitgeber ist – die stärksten Rückgänge auf.

Bruttowertschöpfung ist leicht gesunken

Bei der Bruttowertschöpfung der geleisteten Arbeit schneidet Luxemburg mit einem Rückgang von

minus 0,7 Prozent am zweitbesten in der EU ab und verzeichnet einen wesentlich geringeren Rückgang der Wirtschaftstätigkeit als die EU mit einem Durchschnittswert von 6,1 Prozent. Weshalb dies so ist, erklärt Stattec mit einem außergewöhnlichen Wachstum in der Branche Information und Kommunikation, die letztes Jahr um 17 Prozent zulegte.

Insgesamt habe sich die Pandemie ungleichmäßig auf die verschiedenen Wirtschaftszweige ausgewirkt, sagen die Statistiker. Handel, Verkehr und Gaststättengewerbe erfuhr demnach in allen EU-Ländern die größten Rückgänge bei der Bruttowertschöpfung und den geleisteten Arbeitsstunden. Profitieren konnte die Beschäftigung in Luxemburg auch vom großen Anteil des öffentlichen Sektors – Verwaltung, Bildungswesen, Gesundheitswesen und Sozialarbeit – denn hier wuchs die Zahl der Mitarbeiter 2020 am stärksten. Auch waren Branchen wie der in Luxemburg große Finanzsektor weniger von Lockdown-Auswirkungen betroffen.

Luxemburgs Bevölkerung arbeitet im Homeoffice

Bis zu 52 Prozent der Einwohner

Luxemburgs arbeiteten vergangenes Jahr im Homeoffice. Das ist in der EU der höchste Anteil an Einwohnern, die manchmal oder üblicherweise über Telearbeit arbeiten. Daten zur Telearbeit liegen aber nur für Gebietsansässige vor, so dass es wahrscheinlich ist, dass der Anteil der Telearbeiter an der Gesamtbeschäftigung in Luxemburg geringer ist, da viele Grenzgänger in Berufen arbeiten, in denen Telearbeit nicht möglich ist. Zu wie vielen Arbeitsplatzverlusten, wenn auch nur vorübergehend, die Pandemie tatsächlich führte, kann letztlich nicht genau gesagt werden. Klar ist, dass befristete Verträge stärker von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind. Aber da auch hier nur die Daten von Personen vorliegen, die in Luxemburg leben, werden Grenzgänger – also die Mehrheit der Zeitarbeiter – in der Statistik nicht berücksichtigt. Besonders in Handel, Gastronomie und Industrie gibt es viel Zeitarbeit.

● Vor allem
● Homeoffice half.

Stattec

RTL kauft Magazine von Gruner+Jahr

Der Konzern verbucht im ersten Halbjahr einen Gewinn von 929 Millionen Euro

Luxemburg. Die RTL-Gruppe vermeldet ein starkes erstes Halbjahr. Der Konzernumsatz stieg um 13,7 Prozent auf 3,014 Milliarden Euro, im Vergleich zu 2,65 Milliarden im ersten Halbjahr 2020. Das berichtet das Unternehmen gestern in einer Pressemitteilung. Der Gewinn betrug 929 Millionen Euro im ersten Halbjahr – ein Rekord, wie das Unternehmen schreibt.

„Im ersten Halbjahr 2021 hat sich die RTL Group stark entwickelt. Das bereinigte EBITA und der Konzerngewinn stiegen deutlich an, getrieben durch die Erholung der TV-Werbemärkte und das Wachstum unseres Inhaltsproduktions- und Streaming-Geschäfts“, kommentierte RTL-Chef Thomas Rabe das Ergebnis.

Daher hebt der Konzern den Ausblick für das Gesamtjahr an und erwartet einen bereinigten Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen von 1,05 Milliarden Euro bis Ende des Jahres, nachdem die Anlaufinvestitionen in den Streaming-Service eingerechnet wurden.

Kaufpreis von 230 Millionen Euro

Im gleichen Zuge verkündete RTL auch die Übernahme der deut-

schen Magazingeschäfte und -marken des Hamburger Zeitschriftenverlags Gruner + Jahr. Der Abschluss der Transaktion ist für den 1. Januar 2022 vorgesehen. Die Übernahme vereinbarten die RTL-Gruppe und der Konzern Bertelsmann, zu dem Gruner + Jahr gehört.

Der Kaufpreis beträgt nach RTL-Angaben 230 Millionen Euro ohne Barmittel und Schulden. Gruner + Jahr ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen des Bertelsmann-Konzerns. Zu dem Verlag zählen Titel wie „Stern“, „Geo“, „Brigitte“, „Essen & Trinken“, „Schöner Wohnen“ und „Gala“. Es gehören auch jüngere Marken wie „Chefkoch“ dazu. 2020 lag der Umsatz des Hamburger Zeitschriftenverlags bei rund 1,14 Milliarden Euro.

Thomas Rabe sprach von einer Zusammenführung von RTL Deutschland und Gruner + Jahr, man wolle einen crossmedialen „Champion“ schaffen. Dafür soll eine Organisation geschaffen werden, Details sollen in den kommenden Monaten festgelegt werden. Zusammengerechnet wären beide Einheiten 2020 auf einen

Umsatz von 2,63 Milliarden Euro gekommen. Rabe betonte, dass es sich bei der Zusammenführung nicht um ein Kosten-, sondern ein Wachstumsprogramm handele.

Durch die Zusammenführung könnten beide Seiten ihr Potenzial besser ausschöpfen. In crossmedialen Redaktionen sollen zum Beispiel exklusive Inhalte wie Dokumentationen entstehen. Das Ziel ist, größere Recherchen über mehrere Mediengattungen auszuspielen. Es wird voraussichtlich übergreifende Ressorts geben, die Identität der einzelnen Marken soll erhalten bleiben. Jährlich könnten Synergien von rund 100 Millionen Euro erzielt werden, die mehrheitlich umsatz- also wachstumsgetrieben sind, so das Unternehmen.

Bertelsmann setzt schon seit längerem auf die inhaltliche Verzahnung von Unternehmensbereichen. Im Medienbereich ist das deutlich zu sehen: Zeitschriftenmarken, TV und der Audiobereich tauschen Inhalte aus und gehen für Projekte Kooperationen ein. So entstehen zum Beispiel gemeinsame Dokus oder Podcasts. Dahinter steht auch die Strategie „Cham-

pions“ – also Größe in einem Marktumfeld. Bertelsmann-Chef Rabe betonte in den vergangenen Monaten immer wieder, dass er nationale „Champions“ in europäischen Märkten schaffen wolle, um so auch internationalen Streamingkonkurrenten wie Netflix und Amazon regional etwas entgegenzusetzen zu können.

Umbau des Konzerns

Auch für andere Länder prüfte RTL Optionen, mit unterschiedlichen Ergebnissen: In Frankreich hält die RTL Group Anteile an der Fernsehgruppe M6. Diese soll bis Ende 2022 mit der französischen Sendergruppe TFI zusammengehen. Die RTL-Gruppe würde dort zunächst ihren gesamten Anteil in das fusionierte Unternehmen einbringen und dann Anteile an den TFI-Eigentümern Bouygues verkaufen. Am Ende will die RTL Group als zweitgrößter Aktionär am neuen Konzern beteiligt sein.

In den Niederlanden will RTL Nederland 2022 mit John de Mols Medienunternehmen Talpa Network fusionieren. Eine strategisch wichtige Rolle soll der RTL-Streamingdienst Videoland bekommen. In Belgien will sich RTL von seinen TV- und Radiosendern trennen.

ThK/dpa

SES sieht sich auf Kurs

Fernsehgeschäft geht weniger stark zurück - Halbjahresgewinn steigt

Von Marco Meng

Der Luxemburger Satellitenbetreiber SES hebt seine Prognose für das laufende Geschäftsjahr an. „Wir sehen, dass immer mehr Kanäle in High-Definition übertragen, was für die Stärke unseres Satellitengeschäfts spricht“, so Konzernchef Steve Collar gestern. Er erwartet, dass sich Rückgang der Einnahmen aus dem Kerngeschäft Video abflacht. Der Umsatz in diesem Bereich sank in den ersten sechs Monaten 2021 um drei Prozent. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug der Rückgang acht Prozent. Das hat auch damit zu tun, dass wieder vermehrt Sportevents übertragen werden. „Außerdem werden wir im zweiten Halbjahr 2021 unser HD-Plus-Portfolio weiter aus-

bauen“, so Collar, „mit der Ausweitung des Angebots auf mobile Geräte und Haushalte, die über einen IP-fähigen Internetzugang ohne Satelliten verfügen.“

Insgesamt sank der Umsatz im ersten Halbjahr 7,7 Prozent von 948 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2020 auf 875 Millionen Euro; den Nettogewinn konnte der Satellitenbetreiber aber um mehr als 30 Prozent auf 152 Millionen Euro von zuvor 113 Millionen Euro steigern.

SES erhöht Prognose

Der Bereich Video, der für 60 Prozent des Gesamtumsatzes des Unternehmens steht und das klassische Fernsehübertragungsgeschäft beinhaltet, schrumpfte weiter um 3,9 Prozent; aber auch

der Hoffungssegment Networks schwächelte zuletzt mit einem Umsatzrückgang von 2,3 Prozent. Nur das Geschäft für Regierungen verzeichnete im letzten Halbjahr mit 11,3 Prozent ein Plus.

SES rechnet nun mit einem Kerngewinn von 1,08 bis 1,10 Milliarden Euro in diesem Jahr, ohne Berücksichtigung der Kosten für die Umstrukturierung und die Freigabe des C-Band-Spektrums in den USA. Hier erwartet SES bei der Freigabe des C-Bands bis Ende 2023 Einnahmen von einer bis drei Milliarden US-Dollar. Über 90 Prozent der Umsatzprognose ist bereits unter Vertrag, so das Satellitenunternehmen.

Während es bis zum kommer-

ziellen Start der Kommunikationssatelliten des britischen Unternehmens O3b-Networks, das zur SES-Firmengruppe gehört, noch über ein Jahr dauert, hat SES eigenen Angaben nach bereits einen Auftragsbestand von über 300 Millionen Dollar von großen Kreuzfahrtveranstaltern gesichert. Die O3b-Satellitenkonstellation sollen den drei Milliarden Menschen in strukturschwachen Gebieten Internetzugang und Telekommunikationsdienste bieten.

Wir werden im zweiten Halbjahr 2021 unser HD-Plus-Portfolio weiter ausbauen.

Steve Collar, SES-Konzernchef

SES startet ins neue Datenzeitalter

Boeing stellt für die Luxemburger den ersten von drei O3b-mPower-Satelliten fertig

Von Marco Meng

El Segundo/Luxemburg. Es beginnt ein neues Zeitalter der weltraumgestützten Datenübertragung, so SES-Chef Steve Collar gestern bei der Live-Schaltung aus Kalifornien. Der erste von drei mPower-Satelliten der SES-Tochter O3b ist fertiggestellt. Der Chef des Luxemburger Satellitenbetreibers und Jim Chilton, Senior Vice President von Boeing Space and Launch, berichteten aus der Boeing-Fabrik in El Segundo, Kalifornien, dass die drei Satelliten Ende des Jahres, wahrscheinlich im Dezember, mit einer Falcon 9-Rakete von SpaceX ins All geschossen werden. Zwei weitere Raketenstarts folgen 2022. Ab dem dritten Quartal 2022 soll die Konstellation in Betrieb gehen.

Die insgesamt elf je 1,7 Tonnen schweren Satelliten werden in der mittleren Erdumlaufbahn in einer Höhe von 8 000 Kilometern ausgesetzt und sollen mit der verbesserten Konnektivität, die sie bieten, SES in eine neue Ära führen.

mPower: Satelliten einer neuen Generation

Diese mPower-Satelliten seien etwas anderes, so Jim Chilton, „das ist neue Technologie“. 2017 hat SES ein Satellitensystem „der nächsten Generation“ auf mittlerer Erdumlaufbahn angekündigt: O3b mPower – eine Konstellation von elf Hochleistungssatelliten, intelligenter Software und umfangreicher Bodeninfrastruktur.

Vor mehr als 40 Jahre sei SES Pionier bei der Satelliten-Fernsehübertragung gewesen; jetzt werde SES zum Pionier bei der Bereitstellung von Internetzugang. „Nicht jeder hat Zugang zum Internet“, so der SES-Chef. „Dieses Problem lösen wir, indem wir mit den O3b-Satelliten das Internet zu den Menschen bringen.“

„Wir arbeiten mit verschiedenen Technologiepartnern zusammen, von Satellitenherstellern und Trägern bis hin zu Softwareunternehmen und Modempartnern“, erklärt SES, „um Konnektivitätsdienste im Cloud-Maßstab für Marktsegmente wie Telekommunikation, Transportbranche sowie Staaten und Institutionen auf der

ganzen Welt bereitzustellen.“ Die mPower-Satelliten bieten Datenübertragungen zwischen 50 Mbit und mehreren Gigabit pro Sekunde für den Telekommunikations-, Schifffahrts-, Luftfahrt- und Energiesektor sowie für Regierungen und Institutionen auf der ganzen Welt. Erste Kunden sind der Telekommunikationskonzern Orange, das Schifffahrtsunternehmen Carnival Cruises sowie Microsoft.

Orange, Carnival Cruises sowie Microsoft als erste Kunden

Wie Steve Collar erklärt, wird der US-Softwarekonzern Microsoft als erster Cloud-Anbieter Kunde für das O3b-mPower-Satellitensystem. Microsoft plant, die neue Satellitenkonstellation des Luxemburger Satellitenbetreibers ab nächstem Jahr für sein Azure-Cloud-Geschäft zu nutzen.

Beim O3b-mPower-Kommunikationssystem werden Netzwerkmanagement, Steuerung und Automatisierung von einer intelligenten Software übernommen. Das System reduziere das Geschäfts- und Betriebsrisiko für die Kunden

auf ein Minimum.

Die O3b-Satellitenkonstellation sollen auch den drei Milliarden Menschen in strukturschwachen Gebieten Internetzugang und Telekommunikationsdienste bieten.

Die neuen mPower-Satelliten sind herkömmlichen Satelliten deutlich überlegen: Ein entscheidender Unterschied ist die Zahl an Beams (Ausleuchtzonen), die gegenüber herkömmlichen Satelliten bei mPower um das 500-Fache erhöht sind und dabei geografisch sehr präzise festgelegt werden können. Damit sieht sich SES der Konkurrenz weit voraus. Gleichzeitig kann das Betzdorfer Unternehmen durch mPower das Frequenzspektrum mehrmals nutzen, mehr Bandbreite anbieten – und damit auch mehr Bandbreite verrechnen. SES hatte O3b 2017 für mehr als 700 Millionen Dollar gekauft. SES-Chef Steve Collar war bis 2017 Chef von O3b.

● **Das ist neue**
● **Technologie.**

Jim Chilton, Boeing

Die SES auf der Suche nach mehr Umsatz

UNTERNEHMEN | Neue Generation von Satelliten vorgestellt

Christian Muller

Für den Luxemburger Satellitenbetreiber SES waren die letzten Jahre keine leichten. Das Umfeld hat sich verändert und das einst so erfolgreiche Geschäftsmodell geriet ins Stottern. Am Dienstag hat die Gesellschaft nun eine neue Generation von Satelliten vorgestellt, die mithelfen sollen, neuen Umsatz zu bringen.

Im Jahr 2020 war der Umsatz der Betzdorfer Unternehmensgruppe SES um 5,4 Prozent auf 1.876 Millionen Euro gesunken. Noch deutlich stärker, um fast die Hälfte (47,3 Prozent), ist derweil der Nettogewinn eingebrochen. Er sank von 395 auf 208 Millionen Euro. Bereits im Vorjahr wurde ein leichter Rückgang der Einnahmen (um 1,3 Prozent) verzeichnet. Die Dividende für die Aktionäre wurde halbiert. Besonders im größten Geschäftsbereich des Unternehmens, Video/Fernsehen, war der Umsatz erneut deutlich rückläufig.

„Das Umfeld ist nicht mehr so einfach wie früher“, sagt Ferdinand Kayser, strategischer Berater von Geschäftsführer Steve Collar, gegenüber dem *Tageblatt*. Mit der Übertragung von Videos ist die SES groß geworden. Man spüre den Druck, den die Streaming-Anbieter auf die Pay-TV-Branche ausüben. „Sie brauchen weniger Kapazität. Manche reduzieren die Zahl der benutzten Kanäle.“

Das Unternehmen wurde 1985 gegründet, zählt über 70 Satelliten in zwei verschiedenen Umlaufbahnen und bringt Videos in über 360 Millionen Haushalte.

Ferdinand Kayser bleibt aber optimistisch. Die Pay-TV-Branche wolle auch langfristig auf Satellit bleiben, sagt er. Gleichzeitig habe der Bereich der Daten-Konnektivität an Wichtigkeit zugenommen – was viele Projekte, wie etwa Starlink von Elon Musk, erkläre. „Ohne Satellit geht es nicht. Das weiß in der Branche jeder.“ Zudem sei die SES weiterhin hochprofitabel, fügt er hinzu. Ab 2022 rechnet er auch wieder mit steigenden Umsatzzahlen. „Vieles geht mit Wachstums- und Investitionszyklen einher“, erklärt er. Seit drei Jahren habe man keinen neuen Satelliten in den Weltraum befördert. „Doch das wird sich jetzt ändern.“ Zum Ende dieses Jahres soll SES-17 in die Umlauf-

bahn geschossen werden. Im kommenden Jahr sollen dann sechs O3B-mPower-Satelliten folgen.

Internet für Schiffe und Flugzeuge

Der rund 450 Millionen Euro teure SES-17 wird, wie die klassischen Satelliten des Luxemburger Unternehmens, seine Dienste von der geostationären Umlaufbahn, 36.000 Kilometer über der Erde, aus leisten. Mit einem Gewicht von 6,5 Tonnen sei es der größte jemals von Thales gebaute Satellit, so Kayser. Er beinhalte aber ganz neue technische Entwicklungen und sei ganz auf „Konnektivität“ ausgerichtet. Seine Mission wird es sein, Schiffe und Flugzeuge in Nordamerika und im Atlantik mit dem Internet zu verbinden. Dabei gehe es auch, aber nicht nur, um Kreuzfahrtschiffe, erklärt er weiter. Auch auf den Schiffen der Handelsmarine würden Matrosen heutzutage nur noch anheuern, wenn man ihnen die Möglichkeit biete, über Internet mit ihren Familien zu kommunizieren.

In puncto Schnelligkeit sei SES-17, wie auch die am Dienstag von Boeing vorgestellten O3B-mPower-Satelliten, mit Glasfaser vergleichbar, so Ferdinand Kayser weiter. Im Gegensatz zu SES-17 sollen die Satelliten der SES-Tochtergesellschaft O3B jedoch keine geostationären sein, sondern ihren Dienst in der mittleren Erdumlaufbahn, rund 8.000 km über der Erdoberfläche, leisten.

Microsoft wird Kunde der SES

Elf dieser Satelliten sind derzeit im Bau. Die ersten drei sollen noch vor Ende dieses Jahres mit SpaceX in den Weltraum befördert werden. Sechs weitere sollen nächstes Jahr folgen. Im dritten Quartal 2022 sollen sie dann in Betrieb sein. Die Satelliten sollen 5G-Netze dort, wo es keine Glasfaserinfrastruktur gibt, untereinander verbinden, und zudem in den Bereichen „Mobilität“ und „Dienstleistungen für Regierungen“ in den Einsatz kommen.

Der große Vorteil der O3B-mPower-Satelliten sei ihre Flexibilität, so Kayser. Im Gegensatz zu früher könne der Kunde nun entscheiden, „wann, wo und wie viel“ Bandbreite er zur Verfügung gestellt haben will.

Einige Kunden gebe es auch bereits.

Dazu zählen Telekommunikationsanbieter, Kreuzfahrtgesellschaften – sowie Microsoft. Letzteres Unternehmen will das neue Satellitennetzwerk nutzen, um seine Cloud-Dienstleistungen widerstandsfähiger zu machen, um den Unternehmenskunden den schnellen Zugriff auf ihre in der Cloud gespeicherten Daten abzusichern.

O3B steht für „the other 3 billion“. Und der Name ist Programm: Das Unternehmen, das mal Google zu seinen Aktionären zählte, hatte sich bei der Gründung zum Ziel gesetzt, die drei Milliarden Menschen dieser Welt, die noch nicht über einen guten Internet- oder Telekommunikationsanschluss verfügen, mit einem solchen zu versorgen. Vor etwas mehr als 15 Jahren beteiligte sich die SES an dem damaligen Start-up. 2015 übernahm die Luxemburger Gesellschaft alle Anteile. Heute ist O3B operativ ganz in die SES integriert. Die Satelliten werden von Betzdorf aus gesteuert. Der ehemalige Geschäftsführer von O3B, Steve Collar, leitet heute die SES.

Arbeit an einem Quantum-Internet

Ein weiterer Bereich, von dem sich

die SES langfristig weiteres Umsatzwachstum verspricht, sind die Pläne der EU-Kommission, die darauf abzielen, den Kontinent bei der Übertragung von Daten unabhängig von allen anderen zu machen. Es soll, nach Galileo (Navigation) und Copernicus (Erdbeobachtung), das dritte europäische Standbein im Weltraum werden. Die SES, deren Kernkompetenz die Satellitenkommunikation ist, ist in das Projekt eingebunden.

„Nur wenn man ein eigenes, unabhängiges Netzwerk hat, kann man Hacking unterbinden“, so Ferdinand Kayser zu den Hintergründen. Mit einer separaten Infrastruktur, etwa einem abgetrennten Bereich auf Satelliten, könnten neue, unknackbare Quantum-Verschlüsselungs-Signale verschickt werden. Der neue in Luxemburg angesiedelte Supercomputer MeluXina wird für Simulationen genutzt.

Derzeit versuche die EU die diesbezügliche Architektur zu definieren, so der langjährige SES-Manager. Die betreffende Studie soll bis Jahresende fertig sein. Ein Budget von mehreren Milliarden Euro ist vorgesehen. „Langfristig wird ein gesichertes Internet, ein Quantum-Internet, entstehen.“

Hochwasserschutz aus dem Weltall

Das Start-up Databourg aus Belval entwickelt eine neue Technologie für Frühwarnsysteme

Von Thomas Klein

Der Extremregen der letzten Wochen und die daraus resultierenden Überflutungen haben gezeigt, dass effektive Frühwarnsysteme Leben retten können. Je deutlicher die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wetterereignisse zu Tage treten, desto wichtiger wird es werden, rechtzeitig über Gefahren Bescheid zu wissen. Aus Forschungsarbeiten an der Universität Luxemburg ist 2020 ein Start-up-Unternehmen hervorgegangen, das mit einer neuen Technologie Regenfälle genau und in Echtzeit dokumentieren kann. Die Daten können dann genutzt werden, um gefährdete Anwohner frühzeitig zu warnen.

Ahmad Gharanjik, der Gründer und CEO des Start-ups Databourg Systems, war ursprünglich 2012 aus dem Iran nach Luxemburg gekommen, um am Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust (SnT) eine Doktorarbeit über Satellitenkommunikation zu schreiben. Genauer gesagt: Er wollte den Einfluss untersuchen, den Regen auf die Qualität der Datenübertragung zwischen Satelliten und den Satellitenterminals auf der Erde hat. „Es gibt einen messbaren Zusammenhang zwischen der Übertragungsqualität und dem Wetter. Bei schwerem Regen sinkt die Signalqualität signifikant“, erklärt er. „Dabei kam mir die Idee, dass man die Signal-

stärke als Indikator für die Regenintensität nutzen könnte.“

Also entwickelte er eine Softwarelösung, die die Übertragungsqualität der Satellitenterminals misst und mithilfe von Machine Learning in Regendaten übersetzt. „So können wir die Niederschlagsintensität live überwachen und mithilfe von hydrologischen Modellen sofort sehen, wo es ein erhöhtes Risiko für Überschwemmungen gibt“, sagt Gharanjik.

Günstigere Alternative

Derzeit stammen Angaben zu den Niederschlägen entweder aus Regenmessern am Boden oder von Radarstationen. Beide Systeme haben Nachteile: Die Daten, die die Regenmesser sammeln können, beschränken sich auf einen sehr kleinen Bereich. Radaranlagen sind hingegen sehr teuer. „Radar deckt einen Radius von etwa 200 Kilometern ab. Das heißt, um beispielsweise ganz Frankreich zu erfassen, braucht man 20 bis 30 Stationen. Jede Anlage kostet zwischen zwei und drei Millionen Euro – plus die Betriebskosten“, erklärt der Gründer.

„Deswegen müssen Unternehmen im Moment etwa 100 000 Euro im Jahr bezahlen, um kommerziellen Zugang zu diesen Daten zu erhalten, zu teuer für viele kleinere Firmen. Außerdem können es sich viele ärmere Länder nicht leisten,

ein flächendeckendes Netzwerk von Radarstationen aufzubauen.“

Das System von Databourg hat den Vorteil, dass es ohne eigene Hardware auskommt und stattdessen die bestehende Infrastruktur von Satellitenterminals nutzen kann, welche unter anderem zum Empfang von Internet gebraucht werden und von denen es weltweit Millionen gibt. Aktuell betreibt das Unternehmen bereits ein operatives Netzwerk in Frankreich, in dem es die Qualität der Messungen validiert. Die Daten erhält Databourg von den Satellitenterminals eines Satellitenbetreibers, mit dem das Start-up einen Kooperationsvertrag hat. Neben den niedrigen Kosten ist Geschwindigkeit einer der Vorteile der Lösung, sagt Gharanjik. Das Modell von Databourg kann verfügbare Daten durch den Einsatz der neuentwickelten Deep-Learning-Technologie in weniger als einer Minute verarbeiten, wie das Unternehmen versichert. Potenzielle Kunden für die Lösung des Unternehmens sind zum Beispiel Dienstleister für den Transportsektor und Betreiber von Frühwarnsystemen, die bereit sind, für Live-Wetterdaten zu zahlen. In Frankreich hat das Unternehmen gerade die ersten Kunden gewonnen, die aktuell einen Testlauf mit den Regendaten durchführen. Natürlich sind die Informationen

auch für Behörden interessant, um im Fall von Extremwettern Maßnahmen zu ergreifen, wie beispielsweise den Verkehr umzuleiten oder Überflutungswarnungen auszusprechen.

Großer Markt in Schwellenländern
Gharanjik schätzt den potenziellen Markt allein in Frankreich auf etwa 50 Millionen Euro im Jahr. Das langfristige Ziel für das Unternehmen ist aber, Lösungen für Schwellenländer in Afrika, Asien oder Lateinamerika anzubieten, wo es keine bestehenden Radarnetzwerke zur Wetterbeobachtung gibt. „In diesen Ländern könnte unsere Technologie die vorherrschende Lösung werden“, hofft der Gründer, der aktuell in Gesprächen mit weiteren Satellitenbetreibern ist, die eine entsprechende Infrastruktur in diesen Weltregionen betreiben.

Databourg, das aktuell drei Mitarbeiter in Luxemburg und zwei in Frankreich hat, ist derzeit in Verhandlungen mit Risikokapitalgebern und Angel Investoren, um die weitere Expansion zu finanzieren. „Wir hoffen, unsere erste Finanzierungsrunde bis zum Ende des Jahres abgeschlossen zu haben“, sagt Ahmad Gharanjik. Derzeit wird das Unternehmen finanziell von der Luxembourg Space Agency (LSA), der European Space Agency (ESA) und dem National Research Fund (FNR) unterstützt.

Raumfahrtsektor steht in Dubai im Fokus

Luxemburg. Handelskammer und Wirtschaftsministerium organisieren Ende Oktober eine Wirtschaftsmission zur Weltausstellung nach Dubai, um die luxemburgische Wirtschaft zu präsentieren. Im Fokus der Reise steht der Raumfahrtsektor. Unternehmen,

die sich über das Raumfahrtprogramm informieren und daran teilnehmen möchten, können sich bis zum 23. September online anmelden. Das teilte das Wirtschaftsministerium gestern mit. Die Expo findet vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. März 2022 statt, sie wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben. Zwischen dem 24. und dem 30. Oktober reist Wirtschafts-

minister Franz Fayot (LSAP) in die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Wirtschaftsmission wird parallel zum Internationalen Astronautischen Kongress (IAC) in Dubai stattfinden. Der IAC ist das wichtigste jährliche Treffen des Weltraum-Ökosystems und zieht jedes Jahr fast 6 000 Teilnehmer aus der ganzen Welt an. Bei dieser Ausgabe wird Luxemburg mit

einem nationalen Pavillon vertreten sein, der mit Unterstützung der luxemburgischen Raumfahrtagentur organisiert wird und acht luxemburgische Aussteller (GomSpace, ISpace, LIST-ERIN, Maana, Offworld, Saturne Technology, SES und Spire) zeigt. *mab*

Im Kampf gegen Verschwendung

Das Luxemburger Start-up F4A sorgt für einen effizienteren Umgang mit Lebensmittel

Von Thomas Klein

Während in manchen Teilen der Erde Hunger herrscht, landet Jahr für Jahr ein riesiger Berg von Lebensmitteln auf dem Müll. So wird geschätzt, dass jährlich nicht weniger als 1,3 Milliarden Tonnen Nahrung verschwendet werden. In Luxemburg sind es über 70 000 Tonnen im Jahr, pro Haushalt etwa 88,5 Kilogramm, wie die Umweltverwaltung 2019 ermittelt hat. Ein Großteil der Lebensmittelverschwendung geht auf Supermärkte und Restaurants zurück, die Essen, dessen Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist, entsorgen müssen, obwohl es in aller Regel noch genießbar ist. Diese Praxis ist aber nicht nur ethisch fragwürdig und ökonomisch ineffizient, sondern belastet auch unnötig das Klima. So gehen laut einer Studie aus dem Jahr 2018 etwa 26 Prozent der jährlich ausgestoßenen Treibhausgase auf die Lebensmittelproduktion zurück.

Bedürftige Menschen oder solche, die gegen diese Form der Verschwendung protestieren wollen, greifen daher zum Mittel des „Dumpster Diving“ oder Containerns, indem sie den Abfall von Supermärkten und Fabriken nach verwertbaren Lebensmitteln durchsuchen.

Dumpster Diving als Initialzündung

Ilna Devillers studierte Jura in Straßburg, als sie 2016 beschloss, etwas gegen die Lebensmittelverschwendung zu unternehmen. Schon länger aufgebracht über verschiedene Skandale der Nahrungsmittelindustrie, kam der Moment der Erkenntnis für sie, als sie ein Kommilitone zum Essen einlud. „Nachdem wir gegessen hatten, forderte er mich auf, zu raten, wo die Zutaten herkamen. Als ich erfuhr, dass er sie aus den Abfallcontainer gefischt hatte, war ich natürlich schockiert“, sagt sie heute. Als sie sich der Tragweite des Phänomens bewusst wurde, beschloss sie, alles hinzuschmeißen, um ein Unternehmen zu gründen, das einen effizienteren Umgang mit Lebensmitteln ermöglicht. Parallel zu ihrem Master in „Entrepreneurship and Innovation“ an der Uni Luxemburg feilte sie an einem Konzept für einen entsprechenden Business-Plan.

„Zunächst haben wir uns angeschaut, wie die rechtliche Situation im Lebensmittelbereich aussieht, welche Bestimmungen es zu Gesundheit und Sicherheit gibt“, erklärt sie. „Dann haben wir viel Marktforschung betrieben, Interviews mit Managern von

Supermärkten geführt.“ Daneben entwickelte die Gründerin Fragebögen in mehreren Sprachen, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie Luxemburger Konsumenten zu Lebensmittelverschwendung stehen und wie strikt sie auf Haltbarkeitsdaten achten.

Schließlich gründete Ilna Devillers 2018 das Start-up F4A. Im Kern des Unternehmens steht eine App, mit deren Hilfe Konsumenten Lebensmittel in ihrer Nähe finden können, deren Haltbarkeitsdatum in nächster Zeit abläuft und die deswegen vergünstigt abgegeben werden. Um das zu erreichen, hat das Unternehmen Partnerschaften mit Supermarktketten in Luxemburg wie Delhaize oder Pallcenter abgeschlossen. Diese befüttern die App fortlaufend mit aktuellen Daten und neuen Sonderangeboten, die durchschnittlich 50 Prozent unter den Listenpreisen liegen. Manche haben direkte Schnittstellen zwischen ihren Warenmanagementsystemen und der Software des Start-ups. Aktuell laufen acht solcher Kooperationen. Weitere sollen in Kürze folgen. Wichtig für die Entwicklung dieser Partnerschaften sei es gewesen, nicht mit dem erhobenen Zeigefinger zu drohen, sondern den Firmen aufzuzeigen, wie ein effizienterer Umgang mit Lebensmitteln auch ihren Geschäftsinteressen dient, sagt die junge Gründerin. „Wir waren positiv überrascht, wie offen viele Firmen für diese Ideen waren. Einige waren wirklich froh, als wir mit Lösungen für das Problem der Verschwendung kamen“, versichert sie.

Daher entwickelte das Team nicht nur die App, die sich in erster Linie an die Konsumenten richtet, sondern in Zusammenarbeit mit den Geschäftskunden auch Lösungen für die gesamte Lieferkette. „Die Ursache des Problems ist vielfach ein schlechtes Lagermanagement. Also haben wir ein Dashboard entwickelt, durch das Lebensmittelverschwendung frühzeitig erkannt und verhindert werden kann“, sagt die Unternehmerin.

Das Start-up sieht sich in erster Linie als ein Technologieunternehmen. Von den aktuell 17 Mitarbeitern sind neun Programmierer. So soll auch die kostenlose App ständig weiterentwickelt und das Nutzererlebnis personalisiert werden. Anwender erhalten etwa Kochtipps und Rezepte, die zu den Waren passen, die sie eingekauft haben. Derzeit nutzen über 17 000 Menschen in Luxemburg die App.

Bald auch Partner im Horeca-Sektor

Konzentrierte sich das Unternehmen bisher vor allem auf die Supermarktketten des Landes, startet in den nächsten Tagen eine weitreichende Kooperation mit dem Luxemburger Horeca-Sektor. Damit werden Restaurants, Hotels und Catering-Services über die App Angebote mit Nahrungsmitteln machen, deren Haltbarkeitsgrenze bald erreicht ist. Kunden können dann die Gerichte, die sie über die App gekauft haben, bei den Restaurants abholen. Auch das Geschäftsmodell des Start-ups hat sich mit der Zeit gewandelt. Verlangte F4A anfangs noch von den Supermärkten eine Kommission für jeden Verkauf über die App, erwies sich dieser Ansatz bald als zu umständlich. Heute betreibt das Unternehmen ein „Software-as-a-Service“-Modell, bei dem die Unternehmen einen fixen Betrag für die Nutzung zahlen. „Um unseren Partnern gegenüber fair zu sein, bieten wir eine Reihe von Gebührenmodellen an, die sich nach dem monatlichen Verkaufsvolumen der Verkaufsstelle richten“, sagt Devillers.

Das erste Startkapital sammelten die Gründer bei Familie und Freunden ein. „Aber da wir von Anfang an Einnahmen generieren konnten, standen wir nicht unter dem ganz großen Druck, Mittel einwerben zu müssen“, sagt Ilna Devillers. Inzwischen sind aber mehrere internationale Geldgeber an Bord, so ein ehemaliger Skype-Manager und der belgische Risikokapitalgeber „The Factory“. Mit den zusätzlichen Mitteln will das Unternehmen die internationale Expansion vorantreiben. Details will die Gründerin noch nicht nennen, aber in den nächsten Monaten soll die App auch in anderen Ländern an den Start gehen. „Lebensmittelverschwendung ist überall ein Problem. Wir haben daher eine Expansionsstrategie über die kommenden zehn Jahre im Sinn und wollen langfristig auch auf amerikanischen und asiatischen Märkten vertreten sein“, so Devillers über die ehrgeizigen Wachstumsziele des Unternehmens.

Die Corona-Krise habe das Start-up aber im vergangenen Jahr bei dem Versuch ausgebremst, neue Märkte zu erschließen und zusätzliche Partner zu gewinnen. „Viele Firmen waren in der Krise vor allem mit sich selbst und ihren internen Prozessen beschäftigt. Unser Business-Development hat das natürlich verlangsamt und wir mussten einige unserer Pläne verschieben“, sagt die Unternehmerin. Das soll aber aber nun im kommenden Jahr nachgeholt werden.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Das Bankgeschäft in der Pandemie

Zwei unterschiedliche Banksegmente, gleiche Entwicklung: die Kontostände wachsen an

Von Marco Meng

Das Retail Banking – damit ist das Standardgeschäft mit privaten Kunden und Selbstständigen gemeint – zeigte auch letztes Jahr ein stabiles Wachstum – und eine deutliche Verlagerung hin zum digitalen Banking. Das stellt der Luxemburger Bankenverband ABBL fest, der dazu in Zusammenarbeit mit der Finanzaufsichtsbehörde CSSF Daten zusammengetragen hat. „Insgesamt hat der Retail Banking-Sektor die Pandemie gut gemeistert“, so der Bankenverband.

Beschäftigungs- und Kundenzahlen in diesem Bankensegment blieben stabil, während Kundenguthaben wie Kreditvergabe deutlich stiegen. So nahmen die verwalteten Vermögen um fast zehn Prozent zu; gleichzeitig stieg auch die Kreditnachfrage, hauptsächlich für Immobilienprojekte.

Der Großteil des Vermögens im Standardgeschäft wurde auch 2020 weiterhin auf Giro- oder Sparkonten gehalten, ohne dass es zu einer nennenswerten Verlagerung auf Anlageprodukte gekommen ist. Ende 2020 beliefen sich die verwalteten Gelder im Retail-Geschäft auf insgesamt 92,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 9,3 Prozent im Vergleich zu 2019. Die Bestände auf

den Girokonten nahmen gegenüber 2019 bei den natürlichen Personen um 26 Prozent und bei den Freiberuflern und juristischen Personen um 13 Prozent zu. Die Wertpapierbestände nahmen insgesamt um acht Prozent zu.

Wie in den Vorjahren war die Immobilienfinanzierung die Hauptaktivität der Retailbanken. Die Kreditvergabe an Privatpersonen sind im Vergleich zu 2019 um neun Prozent gestiegen, die für Freiberufler und juristische Personen um acht Prozent. Ende 2020 waren laut Luxemburger Zentralbank für den privaten Bau oder Kauf von Einfamilienwohnhäusern oder einzelnen Wohnungen Immobilienkredite über 2,5 Milliarden Euro an Retail-Kunden vergeben. Ein deutlicher Rückgang war hingegen bei den Krediten für Ausrüstungen und Leasing zu verzeichnen, die letztes Jahr zehn Prozent unter denen von 2019 lagen. 88 Prozent der Retail-Kunden leben in Luxemburg, acht Prozent kommen aus den Nachbarländern.

Geldscheine wichen Kartenzahlungen

Auffällig war im Pandemiejahr, dass sich vieles ins Digitale verlagerte, das zeigt sich auch bei den Bargeldabhebungen. An Geldauto-

maten wurde 2020 um 25 Prozent weniger Geld abgehoben als 2019. Bargeldabhebungen in Filialen gingen sogar um 51 Prozent zurück. „Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits 2019 zu beobachten war“, so der Bankenverband.

Die per E-Banking getätigten Geldüberweisungen nahmen um sechs Prozent zu. Freiberufler nutzten E-Banking sogar um 32 Prozent mehr als im Vorjahr, „eine deutliche Beschleunigung, die mit der Pandemie zusammenhängen dürfte“, meint die ABBL.

Mehr „sehr vermögende“ Private Banking-Kunden

Auch im Private Banking, dem maßgeschneiderten Geschäft mit vermögenden Privatkunden, sind die verwalteten Vermögen gestiegen, während die Zahl der Privatbanken mit 54 Instituten gleich blieb. Mit Citibank und Goldman Sachs kamen zwei neue Player hinzu, während seit letztem Jahr die ICBC und eine weitere Bank nicht mehr im Private-Banking-Sektor tätig sind. Der Sektor ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen, allerdings „ist die Rentabilität nach wie vor ein Problem für das Private Banking“, sagt die ABBL, da insbesondere kleinere Unternehmen unverhältnismäßig stark

von den Kosten der Regulierung betroffen sind.

Die verwalteten Vermögenswerte stiegen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um rund zehn Prozent auf 508 Milliarden Euro, wobei der Anteil der sehr vermögenden Kunden mit einem Vermögen von über 20 Millionen Euro auf 58 Prozent gestiegen ist.

21 Prozent der Vermögenswerte im Private Banking stammen aus Luxemburg, wobei das Vereinigte Königreich, Belgien, Italien und die Schweiz die Top 5 vervollständigen. Rund 15 Prozent der Vermögenswerte stammen aus Ländern außerhalb Europas. Insgesamt ist das verwaltete Vermögen im Luxemburger Private Banking seit 2008 um 130 Prozent gestiegen. Mit dazu bei trug auch der Zustrom mehrerer neuer Banken in den letzten zwei Jahren nach dem Brexit, was zu einem Nettoanstieg der verwalteten Vermögen geführt hat.

Während die Gesamtzahl der Beschäftigten im Bankensektor im Jahr 2020 insgesamt mit rund 26 300 stabil blieb, verzeichnete der Privatbankensektor sowie das Standardgeschäft einen leichten Rückgang der Beschäftigtenzahl auf 6 097 respektive 7 339.

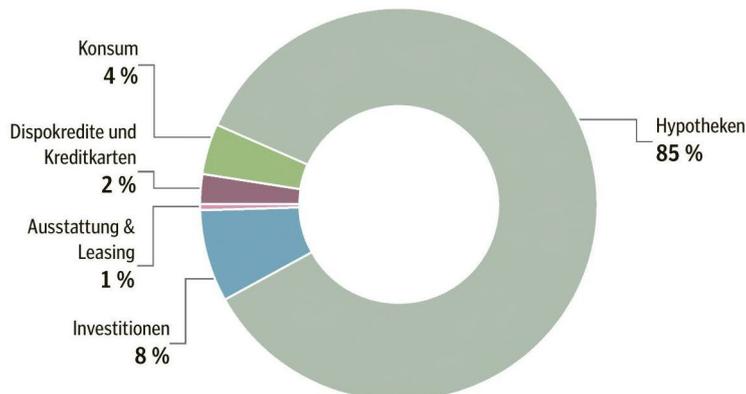
Zahl des Taees

25

Die Bargeldabhebungen an Geldautomaten gingen 2020 um 25 Prozent zurück, die in den Filialen um 51 Prozent.

Die Pandemie wirkt sich auch auf das Kreditgeschäft aus

Hypothekenkredite machten auch 2020 den Großteil der Darlehen im Standard-Bankgeschäft aus. Die Kreditnachfrage von Selbstständigen und kleinen Betrieben zur Ausstattung und Leasing ist um zehn Prozent zurückgegangen.



Quelle: ABBL

Weniger, aber wohlhabendere Kunden

Branche verwaltet nun mehr als 500 Milliarden Euro

Christian Muller

Wie das Abschaffen des Bankgeheimnisses, so hat auch die Corona-Krise den aktiven Finanzinstituten im Private Banking nicht geschadet. Die Luxemburger Privatbanken verwalten heute so viel Geld wie noch niemals zuvor. Jedoch verändert sich die Kundschaft. Der Anteil der Kunden, die weniger als eine Million Euro besitzen, geht weiter zurück.

Zum Ende des Jahres 2020 erreicht das von den Luxemburger Privatbanken verwaltete Vermögen den neuen Rekordwert von 508 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von starken neun Prozent, wie aus einer rezent veröffentlichten Umfrage der Luxemburger Bankenvereinigung ABBL hervorgeht. Das Vermögen, das wohlhabende Privatkunden den Luxemburger Banken anvertraut haben, belief sich 2019 auf „nur“ 466 Milliarden Euro.

Hintergrund dieses Zuwachses ist die positive Entwicklung an den Märkten, schreibt die „Association des banques et banquiers, Luxembourg“ (ABBL). Der S&P sei letztes Jahr beispielsweise um 16 Prozent gestiegen – der MSCI Global Index um 14 Prozent. Zudem habe der Brexit zusätzliche Gelder nach Luxemburg gebracht und die bestehenden Kunden haben den Finanzinstituten mehr Geld anvertraut.

Insgesamt war 2020 das zwölfte Jahr in Folge mit ununterbrochenem Wachstum. 2018 belief sich das Geldvolumen noch auf 395 Milliarden Euro. Seit 2008 (225 Milliarden) hat sich das verwaltete Vermögen mehr als verdoppelt.

Ununterbrochenes Wachstum seit zwölf Jahren

Jedoch hat sich, mit den Jahren, die Kundschaft der Luxemburger Privatbanken verändert. Der Anteil der Kundschaft, die weniger als eine Million Euro auf ihren Kon-

ten hat, ist weiter geschrumpft. Sie stand (2020) nur noch für sieben Prozent der verwalteten Kundengelder. Letztes Jahr waren es noch acht Prozent – 2011 noch stattliche 24 Prozent. Die sehr reichen Kunden (über 20 Millionen Euro angelegt) stehen derweil mittlerweile für mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Kundeneinlagen. 2018 waren es erst 41 Prozent der Gelder.

Angaben zur Zahl der Kunden werden in dem Papier nicht gemacht. Doch klar ist, dass der „belgische Zahnarzt“ mit dem Bankgeheimnis aus Luxemburg abgezogen ist. Ersetzt wurde er durch weniger, doch viel reichere Menschen.

Mit einem Schrumpfen der Zahl der Kunden ist auch die Zahl der Mitarbeiter im Geschäftsbereich Private Banking in Luxemburg rückläufig. Während die Gesamtzahl der Beschäftigten im Bankensektor (26.059 zum Jahresende 2020) stabil geblieben ist, verzeichnete der Privatbankensektor innerhalb eines Jahres einen leichten Rückgang der Zahl der Angestellten (auf 6.097 Personen). Bereits letztes Jahr war ihre Zahl (um 6,8 Prozent) von 6.676 auf 6.224 Personen zurückgegangen. 2016 war mit 6.733 ein Höhepunkt bei der Beschäftigung erreicht worden.

Das Thema „Rentabilität ist nach wie vor ein Problem für das Private Banking, insbesondere für kleinere Finanzinstitute, die unverhältnismäßig stark von den Kosten der Regulierung betroffen sind“, schreibt die ABBL. Die Zahl der Finanzinstitute, die im Bereich Privatbank tätig sind, ist letztes Jahr stabil geblieben. Zwei neue Banken kamen hinzu – zwei sind aus dem Geschäftsbereich ausgestiegen. Im Vorjahr war die Zahl der Privatbanken von 57 im Jahr 2018 auf 54 im Jahr 2019 geschrumpft.

Der allergrößte Anteil der Vermögenswerte des Bankenplatzes (85 Prozent) kommt aus Europa: etwa ein Fünftel (21 Prozent) aus Luxemburg, gefolgt von Belgien, Frankreich und Deutschland (17

Prozent) und dem Rest Europas (47 Prozent). Aus der „übrigen Welt“ stammen nur noch 10 Prozent der Gelder.

Deutlich kleiner geworden ist in den letzten Jahren der Anteil der Kundengelder aus Belgien, Frankreich und Deutschland (2011: 25 Prozent). Deutlich angestiegen ist dagegen der Anteil der Kundengelder aus Luxemburg (2011: 18 Prozent). Hintergrund mag die wachsende Zahl der Millionäre im Großherzogtum sein. Laut dem neuesten „World Wealth Report“ von Capgemini zählt Luxemburg aktuell 42.800 Menschen, die mehr als eine Million US-Dollar zum Investieren zur Verfügung haben. Zwei Jahre zuvor soll die Zahl die Millionäre hierzulande erst bei 40.000 gelegen haben. Im Jahr der Pandemie wurde nun jedoch ein Sprung nach oben, um starke 6,5 Prozent, gemessen.

Zuwächse auch im Retail Banking

Gestiegen ist jedoch nicht nur das Vermögen der sehr wohlhabenden Bankkunden. Auch im Bereich des Retail Banking, also bei der Betreuung der „normalen“ Kunden, hat das Geschäftsvolumen zugelegt. Insgesamt 92,4 Milliarden Euro verwaltet dieser Bereich mittlerweile, wie der Bankenverband in derselben Meldung bekannt gab. Im Vorjahr waren es erst 84,5 Milliarden Euro. Der Zuwachs von 9,3 Prozent wurde erreicht, obwohl die Zahl der Kunden um 1,3 Prozent auf 1,211 Millionen gefallen ist.

Die Eigentümer der Mehrheit der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind in Luxemburg ansässige Personen (88 Prozent). 8 Prozent kommen aus den Nachbarländern und nur 4 Prozent aus anderen Staaten. Die Zahl der Mitarbeiter ging letztes Jahr leicht, um 1,6 Prozent, auf 7.339 zurück.

Was die Verteilung der Vermögen angeht, so sind vor allem die Gelder auf Girokonten stark

gestiegen. „Dies steht in direktem Zusammenhang mit geringeren Ausgaben aufgrund der Gesundheitspandemie“, schreibt der Bankenverband. Die Gelder von Privatpersonen auf Sparkonten stiegen um fünf Prozent, während die Bestände an Termineinlagen (wegen des Niedrigzinsumfelds) um 16 Prozent sank. Die Wert-

papierbestände nahmen insgesamt um 8 Prozent zu, was einen Anteil von 16 Prozent des Gesamtvermögens ausmacht.

Derweil hat die Pandemie auch einige Gewohnheiten der Menschen verändert, schreibt die ABBL weiter. So sind letztes Jahr Bargeldabhebungen an Geldautomaten um 25 Prozent zurück-

gegangen. Die Bargeldabhebungen in den Filialen gingen derweil noch stärker um 51 Prozent zurück. Es sei die Fortsetzung eines Trends, so der Bankenverband. „Physisches Bargeld wurde in der Zeit der Pandemie generell vermieden.“ Im Gegenzug hätten Geldüberweisungen per E-Banking um 6 Prozent zugenommen.

Nordlux übernimmt Deutsche-Bank-Kunden

Luxemburg. Nordlux Vermögensmanagement übernimmt einen Teil des Privatkunden-Portfolios der Deutschen Bank Luxembourg. Das teilten die beiden Gesellschaften gestern mit. Über das genaue Kundenvolumen aus der Internationalen Privatkundenbank der

Deutschen Bank Luxembourg und die entsprechenden Vermögenswerte sowie die Bedingungen des Abkommens wurde Stillschweigen vereinbart. „Nordlux kann als renommierter Vermögensverwalter mit dieser Transaktion sein Kundenportfolio und seine Vermögensanlagen in Luxemburg ausbauen“, erklärt die Gesellschaft. Die Deutsche Bank Luxembourg

hingegen fokussiert sich somit weiter im Dienstleistungsangebot auf „sehr vermögende Privatkunden und Familienunternehmen“ und den Ausbau seiner internationalen Vermögensverwaltung mit maßgeschneiderten Produkten. Nordlux Vermögensmanagement zählt mit über 2 000 Kunden und 40 Mitarbeitern zu den großen privaten Vermögensverwaltern vor allem

für deutschsprachige Kunden in Luxemburg und bietet die Verwaltung von Vermögen unter einer Million Euro an. Nordlux entstand 2017 aus den Vorgängerinstituten Berenberg Bank International und Norddeutsche Landesbank Luxembourg.

MeM

Investor aus Luxemburg steigt ein

Milliardenschwerer Teilverkauf der spanischen Fußballliga

Von Marco Meng

Der Luxemburger Finanzinvestor CVC Capital Partners steigt in die spanische Profi-Fußballliga ein. Für einen Milliardenbetrag kassiert der Investor die nächsten 50 Jahre rund zehn Prozent aller Einnahmen der ersten und zweiten Liga Spaniens. Er übernimmt außerdem etwa zehn Prozent der audiovisuellen Rechte.

Die spanischen Profi-Klubs hatten den umstrittenen Milliardendeal am Donnerstag auf einer Generalversammlung in Madrid mit 38 zu vier Stimmen angenommen, wie La Liga mitteilt. CVC erhält dafür zehn Prozent an dem neuen Joint-Venture-Unternehmen „La-Liga Impulso“. „Es handelt sich um

ein strategisches Abkommen, das unseren Vereinen mehr Kapazität bietet, ihr Managementmodell umgestaltet und die Attraktivität unseres Wettbewerbs erhöht“, so Liga-Präsident Javier Tebas in einer Erklärung.

Barcelona und Real widersetzen sich

Der FC Barcelona und Real Madrid hatten sich dem Deal widersetzt und stimmten dagegen. Nach Medienberichten sollen sie vom Deal unberührt bleiben: Sie erhalten demnach kein Geld von CVC, müssen umgekehrt aber auch keine Rechte abtreten.

Zuvor hatte Real erklärt, gegen Liga-Präsident Tebas wie auch gegen den Finanzinvestor CVC ju-

ristisch vorgehen zu wollen. Statt der ursprünglich angekündigten 2,7 Milliarden Euro zahlt der frühere Formel-1-Eigentümer CVC Capital Partners nun den übrigen Vereinen lediglich 2,1 Milliarden Euro. Davon darf nur ein geringer Betrag für die Tilgung von Schulden und die Bezahlung von Gehältern verwendet werden.

Laut der italienischen Sportzeitung „La Gazzetta dello Sport“ bringen es zwölf europäische Top-Vereine auf Schulden von zusammen rund acht Milliarden Euro. Auch die Vereine der spanischen Liga sind hoch verschuldet. Atletico Madrid, Real Madrid und der FC Barcelona bringen es auf einen Schuldenstand von zusammen 2,5 Milliarden Euro. Allein der FC Bar-

celona hat inzwischen Schulden von insgesamt knapp 1,2 Milliarden Euro.

Die internationale Beteiligungsgesellschaft CVC Capital Partners mit Sitz und mehreren Gesellschaften in Luxemburg verwaltet rund 163 Milliarden Dollar an Kapital. Das Unternehmen hat einen starken sportlichen Hintergrund und investierte bereits in internationale Rugby-Wettbewerbe bis hin zum Formel-1-Rennsport. CVC Advisers (Luxembourg) Sàrl mit 21 Mitarbeitern wies 2020 einen Nettogewinn von 21 Millionen Euro aus; die Luxemburger CVC Capital Partners SICAV-FIS mit Assets über 3,4 Milliarden Euro machte vergangenes Jahr einen Gewinn von 527 Millionen Euro.

„Teuerste Katastrophe im Großherzogtum“

Schätzungen belaufen sich auf 120 Millionen Euro.

LUXEMBURG (tgbl) Die Luxemburger Versicherungsbranche schätzt, dass die Überschwemmungen von letzter Woche die wohl teuerste Katastrophe in der Geschichte der Branche sein könnte.

Nach den sintflutartigen Regenfällen und Überschwemmungen, die Luxemburg letzte Woche heimsuchten, haben die Versicherer ihre Einschätzung des entstandenen Schadens aktualisiert, teilt der Branchenverband ACA („Association des compagnies d'assurances et de réassurances du Grand-Duché de Luxembourg“) in einer Pressemitteilung mit.

Auf insgesamt 120 Millionen Euro könnte sich demnach die Summe des zu entschädigenden Schadens belaufen. Damit wären die Überschwemmungen „die teuerste Katastrophe in der Geschichte der Luxemburger Versicherungen“, so der Verband.

Eine Woche vorher hatten die Unternehmen die Summe der Schäden erst auf nur rund 50 Millionen Euro geschätzt. Nun habe man die Schätzungen der durch die Überschwem-

mungen verursachten Schäden jedoch nach oben korrigieren müssen, so der Verband. Bisher wurden bereits 6000 Fälle von Schäden an Häusern registriert. Rund 1000 Fahrzeuge mussten endgültig aus dem Verkehr gezogen werden.

Insgesamt haben die Versicherungsgesellschaften in den letzten drei Jahren 230 Millionen Euro für Schäden, die durch Naturkatastrophen entstanden sind, gezahlt, so die Mitteilung weiter. Dazu zählen die Überschwemmungen 2018 im Ernztal, der Tornado von 2019 und die Unwetter von Juni 2021.

„Diese Beträge zeigen das Ausmaß der durch Naturkatastrophen verursachten Schäden und übersteigen bei weitem die zur Deckung dieser Risiken vereinnahmten Versicherungsprämien“, schreibt der Verband weiter. Die finanziellen Verpflichtungen der Versicherer würden demnach durch die Finanzkraft, die Rückversicherungsprogramme und durch die hohe Kapitalisierung der beteiligten Versicherer abgedeckt.

Bisher galt der Tornado, der im

August 2019 über Käerjeng und Petingen hinwegfegte, als teuerste Katastrophe für die Luxemburger Versicherer: Ursprünglich hatte die Branche geschätzt, dass sich der Gesamtschaden am Ende auf 100 Millionen Euro belaufen würde. Letztendlich soll sich die Summe auf rund 70 Millionen Euro belaufen haben.

Erst seit dem 1. Juni 2017 bieten die ACA-Mitgliedsversicherer ihren Kunden einen optionalen Basischutz zur Abdeckung von Überschwemmungsrisiken, zusätzlich zur privaten Hausratversicherung an. Dies umfasst Überschwemmungen im weitesten Sinne, d.h. Rückstau in der öffentlichen Kanalisation, überlaufende Flüsse aufgrund von atmosphärischen Niederschlägen sowie Erdbeben und Senkungen aufgrund von Regenfällen. Die Versicherung gilt nicht für alle, sondern nur für die Kunden, die die entsprechende Zusatzversicherung abgeschlossen haben.

Die ACA ist ein 1956 gegründeter Verband zur Verteidigung der Interessen und zur Förderung des luxemburgischen Versicherungs- und Rückversicherungssektors. Die ACA zählt 141 Mitglieder. Das luxemburgische Versicherungswesen zeichnet sich durch seine internationale Ausrichtung aus.

Bestnote mit Unsicherheitsfaktor

Luxemburg. Die Ratingagentur Fitch hat das „AAA“-Rating des Großherzogtums bestätigt. Luxemburg behält damit das bestmögliche Kreditrating. Dank der Struktur der Wirtschaft und unter Berücksichtigung der umfangreichen

staatlichen Unterstützung für Unternehmen und Haushalte habe Luxemburg die Krise mit einer relativ starken Wirtschaftsleistung überstanden, heißt es. Trotz steigender Wohnimmobilienpreise ist Fitch der Ansicht, dass die mit der Entwicklung verbundenen Risiken für die Finanzstabilität durch die allgemein gute finanzielle Lage der

Haushalte und die niedrigen Kosten für den Schuldendienst gemildert werden könnten. Potenzielle Risiken, die sich aus Änderungen der internationalen Besteuerung für Unternehmen ergeben, seien allerdings mit erheblicher Unsicherheit behaftet. *MeM*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Esch will nicht nur 2022 Kulturhauptstadt sein

19 Kommunen im Süden Luxemburgs und im Norden Lothringens sind im kommenden Jahr gemeinsam Europäische Kulturhauptstadt. Ein Ausblick auf ein paar Projekte und darauf, was sie schon jetzt bringen sollen.

VON SOPHIA SCHÜLKE

LUXEMBURG Im Süden von Luxemburg laufen die Vorbereitungen für einen Marathon der besonderen Art: Im kommenden Jahr wird Esch-sur-Alzette, die zweitgrößte Stadt des Landes, Kulturhauptstadt Europas. Aber nicht alleine, sondern gemeinsam mit zehn Luxemburger Gemeinden des Verbands Pro-Sud, darunter Bettemburg, Differdingen und Düdelingen, sowie acht französischen Gemeinden der „Communauté de Communes Pays Haut Val d'Alzette“. Damit findet das europäische Kulturjahr in einer Region statt, die lange durch industrielle Arbeit geprägt war, und deren industrielle Traditionen hier noch nachwirken.

„Es geht darum, die Zukunft einer Region über kulturelle Projekte zu formen“, teilte Nancy Braun, Generaldirektorin von Esch2022, bei der Vorstellung der verschiedenen Projekte mit. „Wir wollen die Traditionen aus der Region und den immensen Innovationstrieb vermischen“, erklärte sie weiter. Mit diesen Synergien solle die Region langfristig verändert werden, indem Kultur, Tourismus, Nachhaltigkeit und Mobilität langfristig profitieren und das Kulturjahr den Bürgern eine Plattform ermöglicht, um ihren gesellschaftlichen Verantwortungen nachzukommen, so Braun weiter.

Und so lautet das Hauptthema von Esch 2022 denn auch „Remix Culture“. „Die Herausforderung, die über 2022 hinausgeht, ist, dass der Zugang zu Kultur für jeden da sein soll, nicht nur für die, die es gewöhnt sind, deshalb sollten wir auch bei der Jugend ansetzen“, sagte Kulturministerin Sam Tanson (Déi Gréng) noch beim Projektauf- ruf 2019. Geboten werden nun Pro-

jekte zu Kunst, Musik, Tanz, Architektur, Design und Literatur, aber auch zu Heimat und Erbe.

Die erklärten Ziele hängen bei Esch 2022 also hoch: Als Kulturhauptstadt will man nicht nur kulturelle Vielfalt bieten und der Region mehr Sichtbarkeit geben, sondern auch nachhaltige Entwicklungen anstoßen und die Bevölkerung zur Teilnahme bewegen. Generaldirektorin Braun sammelte 2007 schon als stellvertretende Generalkoordinatorin von Luxemburg und Großregion, Kulturhauptstadt Europas 2007, erste Erfahrungen im Kultursektor.

In beiden Ländern sind mehr als 160 Projekte geplant, die in 19 Kommunen stattfinden und von 31 Mitarbeitern sowie mehr als 400 Freiwilligen realisiert werden. Eingereicht wurden 2019 exakt 606 Projekte, davon rund 80 aus Frankreich. Inzwischen sind auch 57 externe Partner in die Organisation des Kulturjahres eingebunden – darunter prominente Unternehmen wie die Eisenbahngesellschaft CFL und das Winzer-Kollektiv Domaines Vinsmoselle.

Erste Projekte, die einen Nutzen jenseits des Jahres 2022 versprechen, sind bereits umgesetzt. So wurde mit dem Bau des „Pôle Culturel de Micheville“ auf der französischen Seite ein neues regionales Kulturzentrum für digitale Künste realisiert, das auch grenzüberschreitend arbeiten will. In dem Zentrum sollen zunächst Veranstaltungen von Esch2022 stattfinden. Später können Projekte mit Bilderziehung, Ausbildung, Vor- und Postproduktion sowie Projektionen, Ausstellungen und digitale Installationen stattfinden. Hier wurden die Bürger schon eingebunden: Sie konnten über den Namen abstimmen und haben sich dafür entschieden, dass das Kulturzentrum mit Kino, Multifunktionsaal und Medien-Labor „L'Arche“ heißen soll. Es ist Teil eines Entwicklungsprogramms im Rahmen eines Ökostadt-Labels. Auf der nahen industriellen Brache Micheville werden im Projekt Eden Europa gemeinschaftlich nutzbare Gärten angelegt, in denen auch Theater-, Tanz- und Musikperformances stattfinden sollen.

Ein prestigeträchtiges Projekt im Süden Luxemburgs ist der Um-

bau der Möllerei in Belval, wobei Esch2022 und der Fonds Belval mehrere bestehende, historische Gebäude in Belval mit 35 Millionen Euro an staatlichen Mitteln neu gestalten und umbauen. Die Möllerei soll Teil eines Industriekulturpfades werden und ihren Gästen ein besseres Verständnis der Eisenerzgewinnung und des Hochofenbetriebs ermöglichen. Im Kulturjahr sind hier vier Ausstellungen zu sehen, unter anderem die Ausstellung „Remix Nature“ mit Arbeiten von Künstlern zu akuten Umweltproblemen. Kuratiert wird sie vom Haus der öffentlichen Künste aus Basel.

In der Galerie Schlassgoart in Esch/Alzette soll zwischen Februar und April Auguste Trémont zu Ehren kommen. Der Luxemburger Maler und Bildhauer, der sein zeichnerisches Können beim Studium in Paris und als technischer Zeichner im Düdelinger Stahlwerk verfeinerte, ist für seine Zeichnungen von Stahlarbeitern bekannt und vor allem für seine Tierskulpturen. Einer seiner Löwen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gar Winston Churchill geschenkt – als Dank an Großbritannien für dessen Rolle bei der Befreiung des Landes.

In Belval können Touristen und Einheimische ab Februar 2022 beim „Urban Timetravel“ das industrielle Erbe der Region kennenlernen – bei einer Fahrt im Bus mit VR-Brille. Jenseits von 2022 sollen die Gemeinden Esch/Alzette und Sassenheim das Angebot fortführen. Ebenfalls ab Februar sollen virtuelle Reiseführer fertig sein, die auf der Technik der Angereicherten Realität basieren. Dabei erkennen Handy- oder Tablet-Kamera bestimmte Objekte und Gebäude und zeigen Fotos, Texte und Videos an. Auf dem Wanderweg „Minett-Trail“ sollen derweil Architekten Unterkünfte für Wanderer in alten Gebäuden kreieren und dabei deren Industriegeschichte respektieren

Die offizielle Eröffnung des Kulturhauptstadtprojekts findet zwar erst am 22. Februar 2022 statt, aber schon diesen September, zur Ren-trée, wollen die Organisatoren das große Kulturfest langsam einläuten. So geben Künstler und Projektpartner während des Remix Festivals, das bis Anfang Dezember dauern soll, in Podiumsdiskussionen, Work-

shops und Sonderveranstaltungen Einblicke in Projekte. Der Eintritt ist, nach Reservierung, stets frei. Außerdem ab September startet ein Kinderwettbewerb in Schulen des Esch2022-Gebiets. Und mit den Musikworkshops „Future Frequencies“ ist eine neue Plattform für aufkommende lokale Musik geplant. Einen ersten Vorgeschmack auf das Miteinander mit Bürgern gibt es am 25. September, wenn das professionel-

le Luxemburger Theater-Kollektiv „Independant Little Lies“ und die Escher „Biergerbühn“ Szenen aus Dürrenmatts Klassiker „Der Besuch der alten Dame“ auf die Bühne bringen. In voller Länge uraufgeführt wird das partizipative Projekt am 8. Oktober im Escher Theater.

Um die Bürgerinnen und Bürger für Esch2022 zu erwärmen, ist dieser Tage in mehreren Südgemeinden auch ein bunter Bus mit mo-

bilem Studio unterwegs, der die besten Stimmen der Region für ein Casting und freiwillige Helfer für die Veranstaltungen des Kulturjahres sucht. Die besten Stimmen sollen die Ansagen der Bushaltstellen einsprechen, die im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche in den Bussen der Südgemeinden zu hören sein sollen. Los geht es auch hier im September.

INFO

Dritte Edition für 54 Millionen Euro

Das Gesamtbudget beträgt rund 54,5 Millionen Euro, wobei mit 40 Millionen Euro der Staat und mit 10,1 Millionen Euro die Stadt Esch-sur-Alzette den Großteil bestreiten. Rund 33,8 Millionen Euro sind zur Realisierung des kulturellen

Programms (15,7 Millionen Euro für eigene Projekte, 18,1 Millionen Euro für externe Projekte) und 20,7 Millionen Euro für Personal- und Allgemeinkosten, Kommunikation und Marketing eingeplant.

„Europas“ wird jedes Jahr einer anderen Stadt oder Region in der Europäischen Union verliehen. Neben Esch-sur-Alzette ist für 2022 noch

Kaunas in Litauen als Kulturhauptstadt ausgewählt worden, mit der bereits zahlreiche Kooperationen initiiert wurden – sowie Novi Sad in Serbien, dessen für 2021 geplantes Programm aufgrund der Corona-Pandemie auf 2022 verschoben wurde. Luxemburg-Stadt trug den Titel bereits in den Jahren 1995 und

Der Hüter eines Schatzes

Jean Kandel sammelt von klein auf Luxemburger Lieder, sein Archiv umfasst 4 000 Stück

Von Jean-Philippe Schmit

Mamer. „Lëtzebuurger Lidder däerfen net verluer goen.“ Dieser Aussage hat Jean Kandel aus Mamer sein ganzes Leben verschrieben. „Nachdem ich, vor 16 Jahren, in Rente ging, konnte ich mich verstärkt meinem Liederarchiv widmen.“ Mittlerweile beträgt seine Sammlung knapp 4 000 Lieder, die alle in der luxemburgischen Sprache verfasst sind. „Ich denke, dass ich über die Hälfte aller luxemburgischen Lieder gefunden habe.“ Oft handelt es sich dabei um nationale oder religiöse Lieder. Aber nicht nur.

„Früher gab es für jede Gelegenheit, ja sogar für jede Ortschaft, ein eigenes Lied“, sagt Kandel. Es gibt das Eislécklied, und das über die Minettsdäpp. Es gibt auch Lieder über die Ettelbrécker Botterfra oder die Esel aus Diekirch. Früher, als es noch kein Radio gab, waren Trinklieder weit verbreitet. Dem luxemburgischen Bier und dem Moselwein sind unzählige Strophen und Melodien gewidmet. Es gibt aber auch traurige Lieder. Beim Lied mit dem Titel „Aremt Këndchen“ geht es um ein Kind, das von seiner Stiefmutter zum Betteln auf die Straßen von Paris geschickt wurde. „Richtige Kinderlieder hat es früher weniger gegeben“, erklärt der Musiker.

In Sängerfamilie hineingeboren

Jean Kandel erinnert sich an seine eigene Kindheit. Seine Leidenschaft begleitet ihn schon sein ganzes Leben. „Ich bin in eine Sängerfamilie hineingeboren worden“, sagt er. „Zu Hause wurde früher oft musiziert.“ Bei jedem Familienfest sei gesungen worden, doch auch an normalen Tagen wurde es nicht still bei den Kandels. Nach dem Essen habe sich der Vater ans Klavier gesetzt und die ganze Familie habe mitgesungen. Noch heute schreibe er manchmal personalisierte Geburtstagslieder, wenn ein Familienmitglied wieder ein Jahr älter wird.

Das Musizieren fand damals aber nicht nur in der Familie statt, sondern auch in der Schule. „In den

1960er-Jahren mussten die Lehrerinnen das Solfège und ein Instrument beherrschen, um in ihrem Beruf zugelassen zu werden“, erklärt Jean Kandel. „Ich glaube es war die Geige, oder das Klavier.“

Zwei bis drei Stunden pro Woche sei dann im Klassensaal musiziert worden. „Das kann das Nikloslidd, das Liichtmësslidd oder das Klibberlidd gewesen sein“, erinnert er sich. „Während der Zeit wurde viel gesungen.“ In seiner Sammlung befindet sich auch das Nikloslidd mit einem alternativen Text, verrät er.

Der junge Jean hatte Gefallen an der Musik gefunden. Er machte das, was auch heutige Jugendliche noch tun: Er sammelte seine Lieblingslieder. Damals existierten jedoch noch keine Playlists oder Mp3s. „Als ich zwölf Jahre alt war, legte ich mir ein kleines Heft zu und schrieb die Texte zu den mir noch unbekanntem Liedern auf“, erinnert sich Jean Kandel heute.

Mit 15 Jahren kam dann der nächste Schritt, als er an eine alte Schreibmaschine gelangte. „Ich habe dann die Liedertexte alle auf extra dickem Papier abgetippt.“ Diese Partituren haben es bis in seine heutige Sammlung geschafft. Die Schreibmaschine aber wurde durch einen Computer ersetzt. Heute hält Jean Kandel seine Lieder in einer digitalen Version fest.

Lieder, die Geschichten erzählen

Moderne luxemburgische Lieder finden nicht den Weg in die Sammlung. Das hat mehrere Gründe. „Erst 70 Jahre nach dem Tod des Autors darf man die Partituren veröffentlichen“, erklärt der Archivar. Jean Kandel gefallen die alten Lieder zudem auch besser. „Die alten Liedertexte erzählen alle eine Geschichte, heute ist dies anders“, meint er. „Wenn man zwölf Mal dasselbe sagt, ist es schon ein Lied.“ Das gefalle ihm persönlich weniger. „Ich kann aber verstehen, dass es Leute gibt, die das mögen.“

Den meisten Einwohnern sind – wenn überhaupt – nur wenige luxemburgische Liedertexte bekannt.

„Wenn wir die Nationalhymne als Beispiel nehmen, kennen die Meisten nur die ersten zwei Strophen“, erklärt Jean Kandel. Die offizielle Version habe aber vier Strophen. Was viele nicht wissen, und was selbst den Archivist erstaunte, ist die Tatsache, dass es noch drei weitere, inoffizielle Strophen gibt. „Eine fünfte entstand im Jahr 1939, die sechste wurde im Jahr 1944 über die BBC ausgestrahlt.“

Um neue Lieder aufzustöbern, braucht es viel Geduld und etwas Glück. Jean Kandel findet sie auf Flohmärkten, in Antiquariaten, auf Büchermessen oder per Zufall. In der Sammlung befinden sich Lieder, die eine lange Reise hinter sich haben. „Im 19. und 20. Jahrhundert sind viele Luxemburger in die USA ausgewandert“, erklärt Jean Kandel. „In der neuen Heimat haben sie die alten Lieder weitergepflegt und neue komponiert.“ Diese luxemburgisch-amerikanischen Lieder fanden den Weg in einen Sammelband.

Jahrzehnte später traf Jean Kandel beim Durchstöbern einer Bibliothek in Arlon auf dieses ungewöhnliche Buch aus den USA. „Ich war ganz erstaunt“, gibt er zu. Seine Entdeckung war einer amerikanischen Zeitung sogar eine ganze Seite wert.

Vor dem Verlorengehen retten

Das älteste Buch mit luxemburgischen Liedern in seiner Sammlung stammt aus dem Jahr 1889 und heißt „Lëtzebuurger Lidderbuch“ von Guillaume Stomps. „Es wurde oft nachgedruckt. Ich habe es auch in der Ausgabe aus dem Jahr 1909 und spätere Exemplare.“

Jean Kandel konnte sogar Lieder retten, die nirgends aufgeschrieben waren und riskierten, verloren zu gehen. Dem „Kopleschter Lidd“ drohte dieses Schicksal. Der Musikbegeisterte lernte eine Dame kennen, die im Cipa im Mamer wohnt und sich an das Lied erinnerte. „Das Lied war mir bis dahin unbekannt, eine Partitur existierte nicht.“ Die Dame sang das Lied vor und Jean Kandel machte das, was er schon als Zwölfjähriger tat. Er schrieb den Text und die Noten auf. Die Melodie kam ihm bekannt vor. „Es handelt sich um ein religiöses Lied“, sagte er. Sechs Monate später habe ein Mann aus Kopstal angerufen und sich nach dem Lied erkundigt. Der Interessierte bekam in der Folge nicht nur die Partitur, sondern zusätzlich eine Aufnahme des Liedes.

Jean Kandel schreibt auch selber Lieder auf Luxemburgisch. Das kann ein personalisiertes Geburtstagslied sein, oder für andere Gelegenheiten erstellt werden. „Als die Maison Jean la Gaufre 130 Jahre alt wurde, habe ich für diese Gelegenheit ein Lied komponiert.“ Die Melodie hat er vom Hämelmarsch übernommen, der Text stammt von ihm. Als in Luxemburg-Stadt die neue Tram eingeweiht wurde, schrieb der Musiker ebenfalls ein Lied. „Es gibt das alte Lied mit dem Namen ‚De lāschten Tram‘, ich habe es neu geschrieben.“

Die von ihm gesammelten Partituren sollen nicht im Archiv verstauben. Die Musik lebt erst, wenn sie aufgeführt wird, findet Jean Kandel. Er sieht es als seine Aufgabe an, das Kulturgut breiteren Kreisen bekannt zu machen. „Wenn jemand mich anschreibt, weil er die Noten oder den Text für ein Lied sucht, aber nicht findet, helfe ich gerne.“

Das Archivsystem ist nach 16

Jahren ausgereift. Innerhalb von Sekunden hat Jean Kandel die Partitur gefunden, das führt er nicht ohne Stolz vor.

Großes Interesse an Sammelband

„Ich frage kein Geld dafür, ich freue mich, dass die Lieder wieder aufleben können“, bemerkt er. Er hat auch schon selber Sammelbände mit alten luxemburgischen Liedern zusammengestellt und drucken lassen. „Ich war erstaunt über das große Interesse, auf das der erste Band gestoßen ist“, sagt er. Obwohl es den Musikband in fast keinem Geschäft zu kaufen gab, war er schnell vergriffen. Mittlerweile hat Jean Kandel einen zweiten Band herausgegeben und den ersten nachdrucken lassen.

Es gibt übrigens ein ganz spezielles Lied, das den Sammler schon seit Jahren beschäftigt und ihm keine Ruhe lässt. „Es handelt sich um die Operette Sonili vom österreichischen Komponisten Bruno Granichstaedten.“ Der im Jahr

1879 in Wien geborene Komponist jüdischen Glaubens floh im Jahr 1938 aus seiner Heimat und wanderte nach Luxemburg aus.

Hier komponierte er die Operette mit dem Namen Sonili und Josy Imdahl übersetzte den Text ins Luxemburgische. Am 15. Dezember 1939 war die Uraufführung. Im Januar 1940 musste der Komponist ein zweites Mal flüchten. Er wanderte nach New York aus. „Seit zwölf Jahren suche ich nun schon die Partitur, sie ist einfach nicht wiederzufinden“, sagt der Sammler. In seinem Archiv hält er jedenfalls schon einen Platz für die verschollene Partitur frei.

● *Von der
Nationalhymne
kennen die meisten
nur die ersten zwei
Strophen.*

Jean Kandel

Ons Jongen a Meedercher

Informationen und Erklärungen zum nationalen Gedenktag der Zwangsrekrutierten

Nationalvorstand der Fédération des Enrôlés de Force, Victimes du nazisme

Am 30. August 1942 proklamierte Gauleiter Gustav Simon bei einer Großveranstaltung der Nazis in den damaligen Ausstellungshallen auf Limpertsberg die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Luxemburger der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1924. Bereits im Februar 1941 hatte derselbe Statthalter Hitlers als Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg den freiwilligen Reichsarbeitsdienst (RAD) verfügt, der jedoch drei Monate später verpflichtend wurde, weil sich weniger Jugendliche als erhofft gemeldet hatten.

Damit das unsägliche Opfer und Leiden der gemarterten Luxemburger Jugend von damals als Mahnung in der Erinnerung erhalten bleibt, veröffentlicht die Zwangsrekrutiertenföderation im Vorfeld des nationalen Gedenktages der Zwangsrekrutierung vom 30. August 2021 in der Hauptstadt die nachstehenden Basisinformationen über ein gegen das Völkerrecht verstößendes Diktat des Naziokkupanten.

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg hatte die Besetzung Luxemburgs durch Nazi-Deutschland im Mai 1940 zunächst einen rein militärischen Hintergrund. Sehr schnell haben die Nationalsozialisten dann aber nach der Devise „Heim ins Reich“ eine Einverleibungspolitik von ganz Luxemburg verfolgt. Die Bevölkerung wurde immer mehr unterdrückt und alle Andersdenkenden wurden schonungslos verfolgt und bestraft. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte demnach nur zu einem eher geringen Teil eine militärische Motivation. Vielmehr ging es den Nazis vor allem um eine organisierte und systematisch durchgeführte Indoktrinierung und Schwächung der Jugend. Die Bevölkerung hatte dies nach der Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht am 30. August 1942 sehr schnell erkannt und einen Generalstreik eben für ihre „Jongen“ am 31. August 1942 durchgeführt. Dadurch blieben mindestens zehn Jahrgänge von

der Wehrpflicht verschont.

Definition von Zwangsrekrutierten

Folgende Definition kann man zur Zwangsrekrutierung gebrauchen: Es gelten als Zwangsrekrutierte alle männlichen Bewohner von Luxemburg mit luxemburgischer Nationalität, zwischen dem vollendeten 17. und vor dem vollendeten 25. Lebensjahr, also die Jahrgänge 1920-1927, jedoch unter der Bedingung, dass sie sich nicht freiwillig gemeldet hatten.¹

Es war das Schicksal von jedem Einzelnen, was sich aus seinem Stellungsbeefehl ergab: Der Einsatz in der Wehrmacht, eine Desertion aus dem Reichsarbeitsdienst (RAD) oder der Wehrmacht oder von Anfang an eine Verweigerung, also als Refraktär.

Die Einführung der RAD-Pflicht für die luxemburgischen „Jongen a Meedercher“ erfolgte durch eine Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung bereits am 23. Mai 1941 für die Geburtsjahrgänge 1920-1924. Später folgten die Geburtsjahrgänge 1925-1927. Die Dauer des Arbeitsdienstes war zunächst auf sechs Monate festgelegt worden, und alle, die inzwischen 18 und 25 Jahre alt waren, hatten daran teilzunehmen.

Der Kriegshilfsdienst (KHD) für Mädchen wurde am 10. Februar 1943 eingeführt. Rekrutiert wurden in der Folge die Geburtsjahrgänge 1924-1927.

Die Verpflichtung zum RAD beziehungsweise KHD muss man ohne weiteres auch als Zwangsrekrutierung ansehen. Die davon betroffenen jungen Männer und Frauen kann man sogar allgemein als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen bezeichnen.

Die Zwangsrekrutierung umfasste insgesamt rund 13 825 Personen, davon 10 210 Männer (73,9 Prozent) und 3 614 Frauen (26,1 Prozent).² Davon sind bei den „Jongen“ 2 850 (27,9 Prozent) umgekommen, 1 760 davon deklariert als Verstorbene und 1 080 als Vermisste.

Zusätzlich gelten etwa 1 550 (15,2 Prozent) als Schwerverwundete und/oder gesundheit-

lich schwer Beeinträchtigte. Als Refraktäre und Deserteure kann man etwa 3 500 (34,3 Prozent) bezeichnen.³

3 614 Frauen mussten den RAD beziehungsweise KHD leisten. 46 von ihnen starben (u.a. bei Luftangriffen der Alliierten) und zwölf gelten als vermisst.

Über 1 000 „Jongen“ sind von den Nazis gefasst und in Zwangslagern (Moorlager im Emsland, Struthof, ...) sowie in Gefängnissen (Sonnenburg, Thorgau, Siegburg, Frankfurt, Dietz, ...) inhaftiert worden. Von ihnen wurden dann etwa 300 massakriert.

Man kann die „Jongen“ ohne weiteres als „Kanonenfutter“ bezeichnen, da von den rund 6 700 „Jongen“, die an der Front zum Einsatz kamen, allein 2 850, also 43 Prozent, umgekommen sind, was eine überdurchschnittlich hohe Sterbequote bedeutet.

Auszeichnung

Durch das Gesetz vom 25. Februar 1967 wurde den Gefallenen der Titel „Mort pour la Patrie“ zuerkannt.⁴ Außerdem verlieh der Innenminister ihnen auf Vorschlag der Gemeinderäte und nach Begutachtung durch eine Spezialkommission die ausdrückliche Erwähnung „Victimes du nazisme“. Die Überlebenden haben sich selbst immer wieder als „geaffert Generation“ und als „Les Sacrifiés“ bezeichnet.⁵

Spätestens direkt nach der Proklamation des Gauleiters vom 30. August 1942 wurden die Begriffe „Zwangsrekrutiert“ und „Ons Jongen“ geprägt. Schon Wochen vorher gab es Gerüchte, dass parallel zu Ostbelgien, Lothringen und dem Elsass eine Rekrutierung in die deutsche Wehrmacht geplant sei. Wahrscheinlich wurde hier zum ersten Mal der Begriff „Ons Jongen“ gebraucht. Dieser Begriff ist also allein schon chronologisch gesehen exklusiv für diejenigen „Jongen“ reserviert, die nach dem vorgenannten Datum einen Stellungsbeefehl in die Wehrmacht bekommen haben. Übrigens trug der nach Kriegsende gebildete erste Zusammenschluss der Zwangsrekrutierten

den Namen „Ligue Ons Jongen“.

Die zwangsrekrutierten „Jongen“ sowie ihre Familien standen vor einem schweren Gewissenskonflikt: Das Leben für den verhassten Okkupanten aufs Spiel zu setzen und dabei gezwungen zu sein, gegen die befreundeten Alliierten zu kämpfen. Die Alternative dazu war, sich direkt des Wehrdienstes zu entziehen oder etwas später während der Zwangsrekrutierung zu desertieren. Beides wurde mit dem Tode bestraft. Ihren Familien drohte Verschleppung und Umsiedlung nach Osteuropa.

Sollten die „Jongen“ sich opfern und ihr Leben aufs Spiel setzen, um ihre Familie zu schützen? Durften sie ihre Familie den Nazis einfach so preisgeben und ihnen damit die Umsiedlung auferlegen? Kann man Eltern, die ihre Kinder unter Sorgen und Mühen großgezogen haben, zumuten, diese Kinder unfreiwillig in eine feindliche Welt hinauszulassen, wo Gewalt und Verbrechen auf sie lauerten? Galt es, das eigene Leben in eine relative Sicherheit zu bringen und dafür dasjenige der ganzen Großfamilie unmittelbar zu gefährden?

Irgendwie machten sie sich immer schuldig. Genau das bezweckten die Nazi-Machthaber!

Nahezu alle 3 500 flüchtigen Zwangsrekrutierten wurden mehr oder wenig lange, oft über Jahre, mit Hilfe von unzähligen Patrioten im kleinen Luxemburg selbst versteckt. Zur Unterstützung der flüchtigen „Jongen“ bildeten sich Schleuser-Organisationen, welche die Flüchtlinge nach Belgien oder Frankreich in relative Sicherheit brachten – aber genau da wurden viele erwischt und dies oft auch noch durch Verrat. Eine nicht unerhebliche Anzahl der Jahrgänge 1920-1927 waren bereits vor der Einberufung Mitglieder von einheimischen Resistenzorganisationen und diejenigen, die ins Ausland geflüchtet sind, haben aktiv, vor allem in Frankreich und Belgien, im Untergrund gekämpft.

Lebenslänglich gezeichnet

Die Luxemburger sind während ihres aufgezwungenen Wehrdienstes nicht nur wegen Disziplinlosigkeit („Wehrkraftersetzung“) vielfach bestraft worden, sie haben sogar bei der Produktion der V1- und V2-Raketen in der geheimen Heeresversuchsanstalt Peenemünde auf der Ostseeinsel Usedom aktiv Spionage für die Alliierten betrieben.

Es bleibt die Erkenntnis, dass alle betroffenen „Jongen a Mee-dercher“ der Jahrgänge 1920-1927 lebenslänglich gezeichnet blieben von all den Gräueln, die sie erlebt hatten, sei es vom Kriegsgeschehen selbst oder sei es durch die permanente Todesangst, die sie in ihren Verstecken ertragen mussten. Sie waren wie alle anderen Nazi-Opfer stark traumatisiert und haben dies auch durch die transgenerationale Traumavererbung an ihre Nachkommen weitergegeben.

All dessen sollten wir, die Nachkriegsgenerationen, uns bewusst sein und den zwangsrekrutierten Nazi-Opfern voller Respekt und Anerkennung gedenken!

¹ Da man logischerweise zuerst zwangsrekrutiert werden musste, ehe man fahnenflüchtig werden (= Deserteur) und/oder sich der Wehrmacht verweigern konnte (= Refraktär), gilt der Begriff Zwangsrekrutierung als Oberbegriff.

² Wir basieren uns auf die Zahlen von 1990 vom Statec, die hier abgerundet sind.

³ Solange es keine klare einheitliche Definition gibt, bleibt diese Zahlenangabe eine Hochrechnung, die jedoch in vielen Publikationen bestätigt wird.

⁴ Loi du 25 février 1967 ayant pour objet diverses mesures en faveur de personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant: «La qualité de victime du nazisme est reconnue aux Luxembourgeois des classes 1920 à 1927 qui pendant la guerre 1940 à 1945 ont été enrôlés de force dans l'armée allemande. La même qualité sera reconnue aux Luxembourgeois des mêmes classes qui

ont été enrôlés de force dans le „Reichsarbeitsdienst“ et ont subi des rigueurs morales et corporelles similaires. Ne peuvent se prévaloir de cette qualité les personnes qui ont été exclues en tout ou en partie de l'indemnisation en application de l'article 12 de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre».

⁵ Verstorbenen luxemburgischen Angehörigen der Waffen SS und/oder anderer Sonderkommandos wurde, selbst wenn sie zu den Jahrgängen 1920-1927 gehörten, die Titel „Mort pour la Patrie“ und „Victimes du nazisme“ verweigert wegen ihrer antipatriotischen Haltung, soweit diese bekannt war. Sie waren vorher bereits vom Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 ausgeschlossen worden.

Die Zwangsrekrutierung umfasste insgesamt rund 13 825 Personen.

Observierung aus dem All

In einem Forschungsprojekt beschäftigen sich das LIST und die Universität Trier mit dem Borkenkäfer

Es ist eine Art Frühwarnsystem, das die Wissenschaftler etablieren möchten. Unter Zuhilfenahme von flugzeug- und satellitengestützter Fernerkundung wollen sie das Aufkommen des Borkenkäfers, auch Buchdrucker genannt, bereits in einem möglichst frühen Stadium erkennen.

Dazu kooperieren nicht nur die Universität Trier und das Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), auch das Nationalparkamt des Nationalparks Hunsrück-Hochwald ist mit an Bord. Dort hat der Borkenkäfer bereits Teile der Fichtenwälder in Kahlflächen verwandelt. Während im Kerngebiet des Nationalparks eine ungestörte Ausbreitung des Käfers toleriert werde, solle in den Randbereichen verhindert werden, dass er auf angrenzende Wälder übergreife, wie es in einer Mitteilung der Universität heißt. Das Kooperationsprojekt ist Teil einer europaweiten Kampagne der Weltraumagenturen NASA und ESA.

Spezialflugzeug der NASA

„Der Buchdrucker befällt fast aus-

schließlich Fichten, die darauf unter anderem durch Veränderungen in den Nadeln reagieren. Diese Reaktion wollen wir nutzen und herausfinden, ob sich aus dem Reflexionssignal, das von Fichtennadeln aufgezeichnet werden kann, Informationen über das Stadium und über die Verbreitung des Borkenkäfers erfassen lassen“, erläutert Johannes Stoffels von der Universität Trier.

Das Spezialflugzeug mit hochauflösenden Instrumenten, das für die Beobachtung der nur zwei bis drei Millimeter großen Tiere notwendig ist, wurde von NASA und ESA zur Verfügung gestellt – allerdings stand es den Forschern lediglich für zwei Tage zur Verfügung, weshalb das Projekt mehrfach erst an schlechtem Wetter, später an einem Flugverbot zu scheitern drohte. Letzten Endes konnte aber zumindest ein Streifen des ursprünglich vorgesehenen Gebiets überflogen werden.

Kontrolle der Käferausbreitung

Auf Basis der übermittelten Daten nahmen die zeitgleich auf dem Bo-

den operierenden Forscher und Nationalpark-Ranger Proben aus Bäumen in unterschiedlichen Befallsstadien. Diese werden nun in Laboren analysiert, parallel dazu bereitet die NASA die beim Flug erhobenen Daten auf. Die wissenschaftliche Auswertung übernimmt ein Forschungsteam des LIST um Martin Schlerf.

Sollte es mit Mitteln der Fernerkundung gelingen, sowohl die Ausbreitung des Borkenkäfers als auch das jeweilige Stadium des Befalls großflächig zu erkennen, wäre dies für das Monitoring und die Kontrolle der Käferausbreitung ein großer Schritt vorwärts.

Europaweit ist der Borkenkäfer zu einem Problem geworden. Um die Verbreitung einzudämmen, ist es notwendig, einen Befall möglichst früh zu erkennen und betroffene Bäume zu entfernen. Die Forscher erhoffen sich mit der Fernerkundung präzisere und umfassendere Analysen, als dies mit der derzeitigen aufwendigen und lückenhaften Beobachtung vom Boden aus möglich ist. *LW*

Ab ins All

LUXEMBOURG SPACE AGENCY Wettbewerb für luxemburgische Nachwuchsforscher

Ready for Lift-off! Die Luxembourg Space Agency und Deutsche Raumfahrtagentur laden Studierende zum Wettbewerb für Weltraumexperimente „Überflieger 2“ ein. Auch ein luxemburgisches Team hat das Glück, sein Experiment zur ISS schicken zu dürfen.

Die Deutsche Raumfahrtagentur und die Luxembourg Space Agency laden Hochschulstudenten aus beiden Ländern zum Wettbewerb für Weltraumexperimente „Überflieger 2“ ein. Interessenten können ab dem 23. August ihre besten Ideen aus allen wissenschaftlichen Sachgebieten bei den Weltraumorganisationen einreichen. Das meldet die Luxembourg Space

Agency (LSA) in einer Pressemitteilung am Montag. Acht Teams aus Deutschland und vier Teams aus Luxemburg können im Finale um die Chance kämpfen, ihr Experiment zur Internationalen Raumstation (ISS) schicken zu dürfen. Von den zwölf Finalisten werden drei deutsche und ein luxemburgisches Gewinnerteam von einer Jury ausgewählt. Die Experimente der Gewinner sollen Ende 2022 oder Anfang 2023 zur Weltraumstation geschickt werden.

Die Nachwuchsforscher erwarten bis dahin einige Herausforderungen. Die ausgewählten Gewinnerteams dürfen nicht nur ihre Ideen präsentieren, sondern sind auch für den Entwurf, das Erstellen und das Testen des Experiments zuständig. Zudem werden

den Gewinnern eine finanzielle Unterstützung und eine technische Beratung zuteil, um ihr Projekt innerhalb von fünfzehn Monaten umsetzen zu können.

Die Kriterien für das Experiment sind äußerst streng: Die Versuchsausrüstung muss in einen vorgefertigten Container passen und ohne jeglichen Eingriff eines Astronauten ablaufen können. Die Nachwuchsforscher müssen auch Schwerelosigkeit und Strahlung bei der Ausführung ihres Projektes berücksichtigen. „Die Umsetzung eines echten Raumfahrtprojekts in einem so kurzen Zeitraum ist ein sehr intensives, herausforderndes Erlebnis für die Teilnehmenden“, sagt Johannes Wepler, Projektleiter des Wettbewerbs, in der Pressemitteilung. (Red./lg)

Versuchsanordnungen aus Luxemburg für den Weltraum

Bei einem Wettbewerb können Studierende aus Luxemburg Ideen für Experimente im Weltall einreichen

„Überflieger 2“ – das ist der Name eines Wettbewerbs für Weltraumexperimente auf der ISS, der von der Deutschen Raumfahrtagentur im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der Luxembourg Space Agency (LSA) organisiert wird. Dabei können Studierende von Hochschulen in Deutschland und Luxemburg bis 15. Oktober eigene Experimentideen einreichen. Die Experimente der Gewinner werden zur Internationalen Raumstation ISS transportiert und dort durchgeführt.

Genauere Vorgaben

Vorher allerdings müssen die Nachwuchsforscherinnen und -forscher die Experimente selbst entwerfen, aufbauen und austesten. Zu den Bedingungen des Wett-

bewerbs gehöre die Vorgabe, dass die Versuchsanlagen in einen vorgefertigten Container von zehn mal zehn mal 20 Zentimetern passen müssen, wie es in einer Mitteilung heißt. Außerdem sollen die Experimente ohne Eingriffe der Astronauten funktionieren und die besondere Umgebung der ISS – wie etwa Schwerelosigkeit oder Weltraumstrahlung – nutzen. Insgesamt werde es drei Gewinnerexperimente aus Deutschland und eines aus Luxemburg geben.

Die Auswahl trifft eine Expertenjury. Unter allen Einsendungen wählt sie die acht besten deutschen und vier besten luxemburgischen Experimentenvorschläge aus. Die jeweiligen Teams bekommen die Möglichkeit, der Jury ihre Ideen ausführlich zu präsentieren.

Dabei müssen sie sich auch den Fragen der Juroren stellen.

Vor Ort beim Raketenstart

Die Gewinner erhalten finanzielle Unterstützung und technische Beratung für die Umsetzung ihrer Ideen. Über einen Zeitraum von zwölf bis 15 Monaten werden sich die Teams mit dem Bau der Experimente beschäftigen, die Ende 2022 oder Anfang 2023 zur ISS starten, wo sie anschließend mindestens 30 Tage betrieben werden. Zusätzlich dürfen die Teams beim Raketenstart ihrer Experimente am Startplatz dabei sein.

Der erste Überflieger-Wettbewerb fand bereits von 2016 bis 2018 statt, damals konnten sich nur Studierende von deutschen Hochschulen bewerben. Durch die Ko-

operation der Deutschen Raumfahrtagentur im DLR und der LSA wird „Überflieger 2“ nun ausgeweitet. „Der Aufbau von Fachwissen und die Förderung von Nachwuchs in der Raumfahrtindustrie sind sehr wichtig für die Entwicklung dieses Bereichs in Luxemburg, aber auch auf internationaler Ebene“, so Bob Lamboray, Projektleiter von „Überflieger 2“ bei der LSA. „Umso wichtiger ist es für uns, auf das unternehmerische und wissenschaftliche Potenzial des Weltraums aufmerksam zu machen. Wir freuen uns daher sehr, dass nun auch Studierenden aus Luxemburg am Wettbewerb teilnehmen können.“ *LW*
Weitere Informationen und Teilnahme in Internet unter www.ueberflieger.space.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Legendäres Europa-Schiff soll Museum werden

1985 wurde in Schengen mit dem Schengener Abkommen europäische Geschichte geschrieben. Und zwar an Bord des Passagierschiffes „MS Princesse Marie Astrid“. Nun will Luxemburg aus dem historisch bedeutsamen Schiff, das zuletzt unerkannt als „MS Regensburg“ auf der Donau schipperte, ein schwimmendes Museum machen.

VON SOPHIA SCHÜLKE

SCHENGEN 5,8 Millionen Euro an Investitionen sind dem Luxemburger Staat und der Gemeinde Schengen die Heimkehr und der Umbau des ehemaligen Passagierschiffes „MS Princesse Marie Astrid“ wert. „Die Rückkehr des Schiffes ist eine große Chance für die Gemeinde Schengen“, erklärte Michel Gloden, Bürgermeister der Luxemburger Gemeinde. Und: „Wir sind besonders stolz darauf, dass das Schiff nach Schengen, der symbolischen Wiege eines Europas ohne Grenzen, zurückkehrt.“ Im August sind Gloden und Vertreter des Schöffenrats gemeinsam mit Tourismusminister Lex Delles (DP) nach Regensburg gefahren und haben ihre Unterschrift unter den Kaufvertrag gesetzt. Aus dem Passagierschiff, das in den vergangenen Jahre als „MS Regensburg“ auf der Donau fuhr, soll in Schengen ein „Muséeschiff“, ein Museumsschiff auf der Mosel werden. Damit kommt ein ziemlich schweres Stück EU-Geschichte zurück an die deutsch-luxemburgisch-französische Grenze.

Denn nicht im Schengener Rathaus, nicht in einer schmucken Schengener Villa, sondern an Bord des Passagierschiffes haben die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxem-

burg und die Niederlande 1985 das Schengener Abkommen unterzeichnet. Für Deutschland war Staatssekretär Waldemar Schreckenberger an Bord gekommen, für Luxemburg Staatssekretär Robert Goebbels. Am 14. Juni besiegelten sie und ihre Amtskollegen mit ihrer Unterschrift die schrittweise Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen ihrer Länder. Es war der Anfang des europäischen Binnenmarktes und einer grenzenlosen Bewegungsfreiheit für Personen in Europa. Später fuhr das Schiff jahrelang von Regensburg aus die Donau herauf und herab, ohne dass Passagiere oder Betreiber wussten, dass an den Tischen, an denen sie Kaffee tranken und ihre Smartphones ablegten vor mehr als 30 Jahren europäische Geschichte geschrieben wurde. Für die Rückkehr des Schiffes hat sich Roger Weber, ehemals Bürgermeister der Gemeinde und aktuell Direktor des Europamuseums, eingesetzt.

Bis aus der „MS Regensburg“ aber wieder die „MS Princesse Marie Astrid“ werden kann, wird es bis 2025 dauern. Das Schiff soll in einer Werft überholt werden, bevor es in voraussichtlich vier Jahren zurück auf die Mosel kommt. Dort muss auch noch der zukünftige Bootssteg saniert werden, das Schiff soll in Nähe des Europamuseums liegen. Alles in allem kostet die Heimkehr und der Umbau der Schiffsprinzesin zum Museumsschiff 5,8 Millionen Euro. Tourismusminister Delles teilte mit, dass „die Förderung des Erinnerungstourismus eine der Prioritäten der Regierung ist. Eines der Vorzeigeprojekte in diesem Bereich wird die Modernisierung des ehemaligen Schiffes ‚MS Princesse Marie-Astrid‘ sein“.

Was bald geschehen soll, ist die Ausschreibung für Konzepte für das Museumsschiff. „Wir haben in Schengen bereits das Europamuseum, das Schiff soll dazu eine Ergänzung sein“, erklärt Michelle Bingen,

Sprecherin der Gemeinde. Mit einer Wanderausstellung an Bord soll die Marie-Astrid dann zu besonderen Anlässen auf Wasserläufen Europas unterwegs sein.

An Bord wird dann sicher auch zu erfahren sein, wie es nach 1985 mit dem Schengener Abkommen weiterging. Zur Umsetzung wurde am 19. Juni 1990, ebenfalls an Bord der Marie-Astrid, das Schengener Übereinkommen unterzeichnet, das unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Drogenhandels, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit vorsieht sowie die Einreise in den Schengen-Raum regelt und Asylverfahren harmonisiert. Am 26. März 1995 wurden die Bestimmungen des Schengener Abkommens umgesetzt, die Grenzkontrollen zwischen den Vertragsparteien fielen weg. Dann kamen Corona und die Angst vor zu viel Bewegungsfreiheit.

Die Rückkehr des Schiffes sei in Schengen sehr gut aufgenommen worden, erzählt Bingen. „Für uns ist der geschichtliche Aspekt wichtig“, sagt sie und ergänzt, „gerade durch Corona und die zeitweise deswegen geschlossenen Grenzen, ein krasses Phänomen, das junge Leute gar nicht kannten, ist den Menschen die Wichtigkeit dieser Botschaft der offenen Grenzen wieder bewusst geworden.“

Wer in den vergangenen Jahren auf der Luxemburger Mosel zwischen Schengen und Trier in See gestochen ist, hat dies möglicherweise auch auf einer Marie-Astrid getan. Allerdings nicht auf historisch bedeutsamen Planken. Denn dieses Passagierschiff ist erst 2010 vom Stapel gelaufen, ist aber – wie seine berühmte Namensvetterin auch – nach Prinzessin Marie-Astrid, der ältesten Tochter des 2019 verstorbenen Großherzogs Jean und ältesten Schwester das amtierenden Großherzogs Henri benannt.



Kaufen das Schiff in Regensburg zurück: Luxemburgs Tourismusminister Lex Delles (DP), Schengens Bürgermeister Michel Gloden, Jean-Paul Muller, Erster Schöffe, und Tom Weber, Schöffe (v.l.n.r.).

FOTO: MECO

Von der Donau zurück auf die Mosel

Luxemburger Delegation unterzeichnet in Regensburg Kaufvertrag für geschichtsträchtige MS Marie-Astrid

Regensburg/Schengen. Eine Delegation mit Tourismusminister Lex Delles (DP) und dem Schengener Schöfferrat hat in Regensburg den Kauf des Personenschiffs MS Princesse Marie-Astrid 2 besiegelt. Auf dem Ausflugsschiff, das zwischen 1985 und 1992 die Luxemburger Mosel auf und ab gefahren war, wurde kurz nach seiner Einweihung am 14. Juni 1985 das Schengener Abkommen unterzeichnet.

Der Schengener Bürgermeister Michel Gloden und die Schöffen Jean-Paul Muller und Tom Weber unterzeichneten vorgestern den Kaufvertrag mit dem Besitzer, der Regensburger Schifffahrtsgesellschaft Klinger. Seit 1992 gehört die ehemalige MS Marie-Astrid diesem Unternehmen und verkehrt als Ausflugsschiff unter dem Na-

men MS Regensburg auf der Donau. Als Projektträgerin wickelt die Gemeinde den Kauf ab, bekommt aber von der Generaldirektion für Tourismus im Wirtschaftsministerium den Kaufpreis zurückerstattet.

In Zukunft soll das Schiff zurück nach Schengen kommen, wo es einen eigenen Anlegesteg in der Nähe der Grenzbrücke gebaut bekommt. Demnächst werde ein Ideenwettbewerb für die Umgestaltung der MS Marie-Astrid als Museumsschiff gestartet, heißt es gestern vom Wirtschaftsministerium.

Das Passagierdeck des Schiffs soll so ausgebaut werden, dass dort einerseits eine Ausstellung Platz findet und andererseits künstlerische Aufführungen und Vorträge

stattfinden können. Vom technischen Standpunkt her ist das Schiff in einem guten Zustand und soll auch in Schengen fahrbereit gehalten werden. Ausflüge für Touristen sind mit der historischen Marie-Astrid zwar nicht vorgesehen, doch denkbar sei es, dass das Schiff über den Wasserweg in andere europäische Städte fährt und dort die Ausstellung zum Schengener Abkommen zu besichtigen ist. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf 5,8 Millionen Euro, heißt es vom Ministerium.

Tourismusminister Lex Delles sagte, eine Priorität der Regierung sei es, den Erinnerungstourismus zu fördern. Die Aufwertung der MS Princesse Marie-Astrid sei dabei ein Leuchtturmprojekt.

Bürgermeister Michel Gloden meinte bei der Unterzeichnung: „Die Rückkehr der MS Marie-Astrid ist eine große Chance für die Gemeinde Schengen. Wir sind besonders stolz, dass das Schiff, auf dem das Schengener Abkommen unterzeichnet wurde, wieder zurück in die Wiege des grenzenlosen Europas kommt.“

Bis Touristen und Einheimische die geschichtsträchtige MS Princesse Marie-Astrid am Moselufer bei Schengen als Museum besichtigen können, wird noch einige Zeit vergehen. Im Mai hieß es, der Bau des Stegs und der Umbau zum Museum würden bis 2025 dauern.

vb

SERIE ABENTEUER IN DER REGION

Mit der Taschenlampe durchs Mullerthal

VERONIKA KÖNIGER

Sonntagmorgen, kurz nach neun. Normalerweise heißt das: gemütlich Kaffee trinken und Zeitung lesen. Heute wird aber der Rucksack gepackt und die Wanderschuhe aus dem Schrank geholt, denn es geht auf nach Luxemburg ins Mullerthal. Diese Region, auch als Müllerthal oder kleine luxemburgische Schweiz bekannt, ist ein Paradies für Wanderfreunde. Wer ganz ambitioniert ist, kann sie auf dem 112 Kilometer langen Mullerthal-Trail sogar mehrere Tage lang erkunden. Ich habe aber nur den einen Sonntag und deshalb will ich den gut 12 Kilometer langen Felsenweg Mullerthal-Consdorf gehen.

Ausgangspunkt ist das Tourist-Center Heringer Millen, eine Dreiviertelstunde Autofahrt von Trier entfernt. Von dort aus folge ich zuerst dem Wanderweg „Route Auto-Pédestre“, markiert mit einem blauen Dreieck, in dem manchmal eine „I“ steht. Vom Parkplatz aus geht es ein paar Hundert Meter über die Straße, dann führt die Markierung links in den Wald, und mein Abenteuer beginnt.

Schon bald wird der Felsenweg seinem Namen gerecht: Zu beiden Seiten des schmalen Pfads ragen immer wieder hohe Felsen empor, teils mit Moos bewachsen, teils mit Efeu behangen, teils wurzeln sogar Bäume in tiefen Spalten.

Mit etwas Fantasie kann der Wanderer in den riesigen Steinen Gestalten und Skulpturen erkennen: Dort blickt mir ein grimmiges Gesicht hinterher, ein paar Meter weiter scheint ein Ufo auf den Waldboden gestürzt zu sein. An der riesigen Felsformation Rammelee zeigt die Markierung scharf nach rechts den Hang hinauf. Hier machen sich die Wanderschuhe mit gutem Profil

bezahlt, und ich gerate schnell ins Schwitzen. Bald kommt die erste Gelegenheit zur Rast, eine hübsche Bank unter einem gewaltigen Felsvorhang mit dem spielerischen Namen Schelmelee. Aber noch ist nicht Zeit für die Mittagspause, und so schreite ich weiter voran, auf und ab durch den Wald, an gewaltigen Felsen vorbei und über Wurzeln, die für hastige Füße schnell zur Stolperfalle werden können.

Nach gut einer Stunde ist Straßenlärm zu hören, ich nähere mich dem Parkplatz Constrefermillen. Bevor ich ihn erreiche, ist es allerdings Zeit für eine Mittagspause an der spektakulären Felsformation Buergekapp, die an eine trutzige Festung aus mittelalterlichen Zeiten erinnert. Jetzt schützt sie mich mit ihren gewaltigen steinernen Überhängen auch, allerdings nicht vor feindlichen Rittern, sondern vor einem heftigen Regenschauer. Der ist zum Glück nicht von langer Dauer, und so steige ich trocken hinunter zu den Parkplätzen. Dort weiche ich von der blauen Markierung ab, überquere die Straße und biege links an einer Schranke für Autos vorbei in einen breiten Weg ein, der neben dem Hürdbaach entlangführt. Es geht immer geraudeaus bis zu einem kleinen Rastplatz, wo ich einem Wegweiser nach rechts zur Felsformation Kohlscheuer folge.

Hier steht der abenteuerlichste Teil der Tour bevor: Der Pfad führt nicht mehr nur an den Felsen entlang, sondern in den Stein hinein. An einem blauen, auf den Stein gemalten Schild „Entrée“ nehme ich den Rucksack ab, ziehe den Bauch ein und schiebe mich in einen engen Höhlengang. Dunkelheit umfängt mich, ich höre kein Geräusch mehr, spüre nur noch den rutschigen Felsboden unter mir und die nassen Wände an meinen Seiten. Zum Glück habe ich eine Taschen-

lampe dabei, und so kann ich mich durch den Gang zwängen, um eine Ecke herum und dann eine steile steinerne Treppe hinauf wieder ans Tageslicht.

Nachdem ich die Kohlscheuer durchquert habe, setze ich den Rucksack wieder auf, nur um ihn wenige Meter später erneut abzunehmen: Die nächste Felsformation namens Deiwepetz lockt mich mit einem ebenso engen und dunklen Gang, und auch am Rittergang einige Minuten später muss der Wanderer durch einen schmalen Felsspalt. Bald darauf geht es aber wieder den Hang hinab, zurück auf den breiten Weg am Bach und bald auch wieder zum Parkplatz.

Dort nehme ich die blaue Dreiecksmarkierung wieder auf, es geht gegenüber in den Wald hinein. Meine Füße folgen dem wurzeligen Pfad, hinab in ein kleines Tal und nach der riesigen gerillten Felsformation Goldkaul wieder den Hang hinauf. Schon bald bekomme ich noch einmal Gelegenheit, die Taschenlampe auszu packen: Das blaue Dreieck weist mich an der Formation Goldfralee in einen dunklen Felsspalt, durch den ich hinauf zu einem kleinen Aussichtspunkt steigen kann. Zwar sehe ich nur Bäume und Blätter, aber das macht nichts. Denn wenig später gelange ich an den Felsen Eilebuerg, wo sich ebenfalls die Gelegenheit für eine Aussicht bietet, diesmal auch auf blauen Himmel und grüne Felder.

Langsam beginne ich, müde zu werden – zum richtigen Zeitpunkt, ich bin meinem Ziel nicht mehr fern. Bevor ich aber zurück zu den Heringer Millen komme, hält die Natur noch eine spektakuläre Sehenswürdigkeit für mich bereit: den Schiessentümpel. An dieser Stelle stürzt sich der Fluss Schwarze Enz in drei Wasserstrahlen in einen kleinen Teich. Bewundert werden kann dieses Spektakel von einer Sandsteinbrücke aus, die bereits 1879 erbaut wurde.

Ich verweile einige Zeit am Ufer der Schwarzen Enz, dann drängt mich aber ferner Donner zum Weitergehen. Raschen Schrittes geht es hinter der Brücke rechts den Hang hinauf, an einem Schutzpavillon vorbei und wieder hinunter ins Tal, die Gebäude der Heringer Millen sind schon durch die Bäume zu erkennen.

Dann holt das Gewitter mich ein, und schwerer Regen prasselt auf mich hinunter. Die letzten hundert Meter lege ich rennend zurück – ein nasser Abschluss für einen abenteuerlichen Tag auf dem Felsenweg im Mullerthal.

INFO

Der Felsenweg Mullerthal-Consdorf

Der Weg: Route Auto-Pédestre Mullerthal-Consdorf mit Schleife ins Tal des Händbaach, 12,5 Kilometer, circa 4 Stunden (ohne Pause)

Anfahrt: mit dem Auto zur Tourist-Information Heringer Millen (Adresse: 1, Rue des Moulins, L-6245 Mullerthal)

Geeignet für: trittsichere Wanderer ab circa 12 Jahren

Zu beachten: Für den Weg ist festes Schuhwerk zwingend erforderlich. Wer Angst vor Dunkelheit oder engen Räumen hat, sollte die beschriebenen Höhlengänge umgehen, das ist ohne Weiteres möglich.

Weitere Informationen: Homepage der Tourist-Information Heringer Millen unter der Adresse www.mullerthal-millen.lu

Touristen kommen nur langsam zurück

Auch wenn viele wieder reisen, sind die Besucherzahlen längst noch nicht auf dem Stand von 2019

Von Nora Weis

Luxemburg. „Wir kommen aus Liège und waren noch nie in Luxemburg. Da wir auch dieses Jahr nicht groß verreisen, haben wir uns heute Morgen spontan entschlossen, Arlon und Luxemburg-Stadt zu besichtigen“, erzählen Pia und Gianni mit einem frisch servierten Eisbecher in der Hand. Das Tourismuszentrum der Hauptstadt Luxembourg City Tourist Office, kurz LCTO, zählt allein im Monat Juli 18,53 Prozent mehr Besucher im Empfangsbüro am Knuedler als zum gleichen Zeitpunkt 2020.

Weniger Touristen als 2020

Die ersten sechs Monate weisen im Vergleich zum Vorjahr jedoch einen Rückgang der Besucher um fast 20 Prozent auf. Wurden vergangenes Jahr im ersten Semester 22 820 Touristen gezählt, waren es dieses Jahr bisher nur 18 304. „Das kann darauf zurückgeführt werden, dass die Nachbarländer strengere Einschränkungen zur Virus-eindämmung eingeführt haben, als das in Luxemburg der Fall war“, erklärt der Leiter des LCTO, Tom Bellion, auf Nachfrage.

Seit 2013 belegt er seine Funktion und hätte sich eine solche Herausforderung wie die Pandemie nicht erträumen lassen. „Mit meinem Team von 23 Mitarbeitern haben wir die Situation genutzt, um neue Angebote auszuarbeiten und uns digital weiterzuentwickeln“, sagt Bellion weiter. Sie haben in den vergangenen Monaten, wegen des Hin und Her zwischen Einschränkungen und Lockerungen, ständig mit Planungsunsicherheit arbeiten müssen. Dafür wurden die Angebote flexibler und können leichter online gebucht werden.

Ein Aufschwung sei zu spüren, aber die Zahlen seien bei Weitem nicht vergleichbar mit jenen in „normalen“ Zeiten von vor der Pandemie. „Wir freuen uns, dass wir

am Samstag, den 7. August, 500 Besucher zählen konnten. Vor dem Virus-Albtraum hatten wir jedoch doppelt so viele“, unterstreicht Bellion.

Bei gutem Wetter viel los

„Ich habe alle Hände voll zu tun“, bezeugt Kirri, die in einer Bar am Knuedler kellnert. Auch im Café am großherzoglichen Palast ist die Terrasse bei gutem Wetter ordentlich gefüllt. Die Gäste kommen vor allem aus Deutschland, Frankreich und Belgien und nutzen den Tag in der Stadt gerne zum Shoppen und Schlendern. „Das Wetter spielt leider diesen Sommer bisher nicht so sehr mit. Und wir müssen die Leute ständig darauf hinweisen, dass sie im Innenbereich – auch beim Gang zur Toilette – die Maske tragen müssen“, erzählt Barman Olivier. Er liebt seinen Job und ist bereit, Opfer zu bringen, aber die letzten beiden Jahre seien hart gewesen. Nun sind er und alle Mitarbeiter geimpft. „Ich hoffe, wir haben es jetzt hinter uns“, meint er.

Die meisten Besucher kommen dieses Jahr aus den Niederlanden und Belgien, berichtet ein anderer Kellner eines Restaurants neben dem kunsthistorischen Museum. Auch er bestätigt, dass es manchmal anstrengend sein kann: „Wir müssen ständig Polizei spielen, dass die Leute ihre Maske im Inneren des Lokals tragen müssen. Außerdem erlauben wir nur vier Personen pro Tisch. Das kann schon mal zu Unmut führen“, erklärt er.

Anouk leitet ihrerseits ein Restaurant am Theaterplatz um die Ecke. In der Pandemie konnten sie vor der Tür eine Terrasse mit zusätzlich 20 Sitzplätzen einrichten. „Wenn das Wetter gut ist, können wir uns nicht beschweren. Aber einige unserer Gäste zögern noch. Dafür haben wir nun Erfahrung mit unserem Lieferdienst. Es ist ein re-

gelrechtes logistisches Unterfangen, aber wir können fast die vollständige Karte zum Mitnehmen anbieten“, betont sie, lächelnd und unermüdlich.

Die Zahlen des LCTO belegen den Trend. Im Monat Juli kamen die meisten Besucher mit 25 Prozent aus Deutschland, gefolgt von solchen aus Frankreich und den Niederlanden mit jeweils 17 Prozent. Die eigenen Landsleute sind sogar mit 15 Prozent vertreten. Am traditionellen Reisewochenende um den 15. August wurden insgesamt 1406 Stadtbesucher vom LCTO gezählt.

Mit dem Auftakt der „kleinen Fouer“ werden vom LCTO jedoch keine zusätzlichen Stadt-Touristen erwartet. Nach einem Besuch auf dem Glacis bleibe meist keine Zeit, noch einen Stadtrundgang zu machen, erklärt Tom Bellion. Der internationale Tourismus, also Besucher, die aus fernen Ländern kommen, ist allerdings um 50 Prozent eingebrochen. Auch Busreisen, die an einem halben oder ganzen Tag ganze Gruppen nach Luxemburg bringen, gäbe es bisher kaum. Zudem bleiben Arbeitsreisen immer noch größtenteils aus. „Als Touristiker bin ich Optimist“, meint Bellion. Wenn der positive Trend sich im zweiten Semester fortsetzt, kann es, seiner Ansicht nach, noch ein relativ gutes Jahr werden. Nach den Sommermonaten wird der nächste große Aufschwung zum Jahresende erwartet. Im Herbst ebbt die Besucherwelle für gewöhnlich ab, ehe sie zu den Feiertagen um Weihnachten und Neujahr wieder zunimmt. „Die Stadt können wir nicht neu erfinden. Neue Nachfrage generieren ist schwierig. Wir begrüßen das innovative Angebot der Kulturinstitutionen jedoch sehr“, unterstreicht Bellion.

Kasematten bleiben zu

Wer sich traditionell darauf gefreut hat, in die Kasematten am Bockfelsen zurückzukehren, wird enttäuscht. Diese bleiben nämlich weiterhin auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Stadt Luxemburg und die Regierung hätten den Moment der Schließung der Bock-Kasematten durch die Pandemie genutzt, um eine Prozedur zur Er-

neuerung der Betriebsgenehmigung einzuleiten, heißt es von Seiten der Stadt Luxemburg. Diese Prozedur, die auch die Kasematten in der Péitrus, die bereits seit einigen Jahren wegen Arbeiten geschlossen sind, mit einschließt, scheint sich länger hinzuziehen.

Das LCTO hofft darauf, dass es zumindest in der Saison 2022 wieder möglich sein wird, Besichtigungen anzubieten. Als eines der tou-

ristischen Highlights der Hauptstadt gingen mit der Schließung der Bockkasematten auch finanzielle Einbußen einher, wie es das LCTO verlauten lässt. Zu der Frage, warum die Prozedur so viel Zeit benötigt und worin sie genau besteht, konnte gestern keiner der betroffenen Akteure Auskunft geben.

● *Ich würde gerne reisen, aber die Bedingungen finde ich zu kompliziert.*

Pia mit ihrer Enkelin Sueanne

● *Wir sind Großeltern geworden und wollen lieber nicht zu weit reisen.*

Pia und Gianni aus Lüttich beim Tagesausflug

● *Wir müssen öfters mal Polizei spielen, weil die Gäste ihre Maske vergessen.*

Olivier und sein Kollege, beide Kellner

● *Bei Sonnenschein ist viel los. Wir sind alle geimpft. Maske tragen wir trotzdem.*

Barman Olivier und Barfrau Mimi

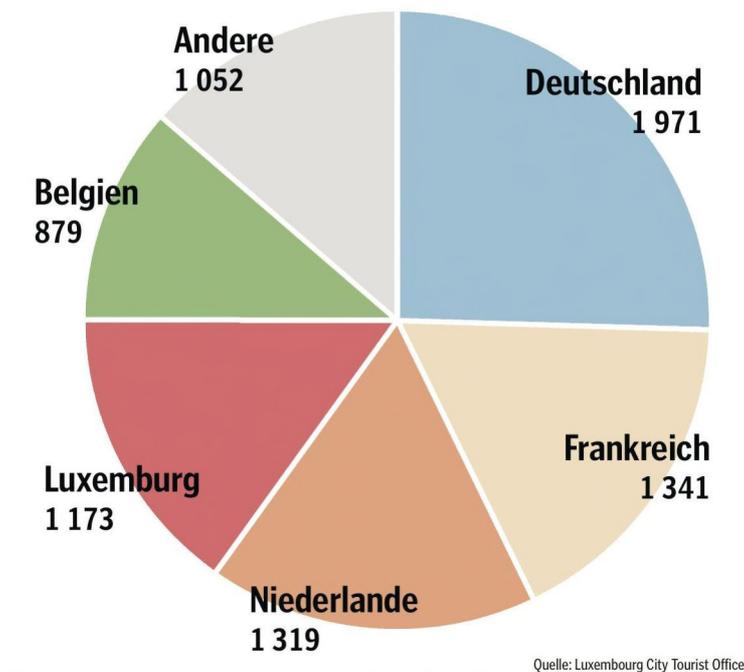
● *Es ist, als gäbe es kein Virus. In Luxemburg ist alles normal geöffnet.*

Mandy und Kirri

● *Von heute auf morgen haben wir uns neu erfunden, dank Lieferdienst und Co.*

Anouk (l.), Restaurantbetreiberin

Herkunft der Besucher im Empfang des LCTO im Juli 2021



Apfel-Cider, das neue Gold Luxemburgs

Hinter der Produktion des ersten Luxemburger Ciders und Perrys bei Ramborn in Born steckt mehr als nur eine Geschäftsidee. Die Philosophie: Aus Äpfeln und anderem Obst der Großregion das Beste aus der Natur holen und sie durch Erhalt der Biodiversität auch zu schützen.

VON SABINE SCHWADORF

BORN Viez kennt in der Großregion fast jeder: den stark säurehaltigen Obstwein aus Most von Äpfeln oder auch Birnen. Cider aus Äpfeln oder Perry aus Birnen dagegen kennen eher passionierte Großbritannien-Touristen. Denn dort haben die aus dem Fass gezapften Getränke ein ähnlich hohes Ansehen wie Bier. Viez dagegen gilt hierzulande zwar als regionales Kulturgut, aber auch als Arme-Leute-Getränk. Dabei gehören Streuobstwiesen und die Verwertung ihrer Früchte zur Region wie Äpfel in den Viez.

Daraus ein Geschäft zu machen und das Erbe unserer Region nicht nur zu erhalten, sondern sogar weiterzuentwickeln zu einem großen Bio-Projekt, diese „Schnapsidee“ hat der Luxemburger Carlo Hein, als er vor einigen Jahren im Urlaub in Schottland mit Freunden beim Cider sitzt.

Die Idee: Carlo Hein will aus Früchten das Bestmögliche und das möglichst lange haltbar machen. „Und Äpfel und Birnen gehören zur Seele der Region. Cider und Perry sind damit das Gold Luxemburgs“, schwärmt er. Es sei der Schatz der Generationen vor uns: „Denn Apfelbäume brauchen 40 Jahre, Birnenbäume 70 Jahre, bis sie ausgewachsen sind.“ Heißt: Wir profitieren heute von dem, was unsere Vorfahren einmal gepflanzt haben.

Und so gründet Hein mit Ramborn im kleinen Sauerort Born nicht nur ein neues Lebensmittel-Unternehmen, sondern tritt als Idealist auf den Markt, der den „europäischen Regenwald“ aus Streuobstwiesen zwischen Bitburger Gutland, in Luxemburg, der Mosel und im Saargau wiederbeleben will, be-

schreibt es der Pionier.

Waren in früheren Zeiten laut Archivmaterial 24 Apfelbäume nötig, um eine Familie übers Jahr zu versorgen, so hat sich jedoch allein in Luxemburg der Streuobstbestand innerhalb einer Generation um 90 Prozent reduziert.

Ein Aderlass, den Ramborn aufzufangen versucht, indem er die bestehenden Bauern und Baumbesitzer einzubinden versucht und neue Streuobstbäume pflanzt – dies- und jenseits der Genze, „denn Apfelbäume wachsen auch auf der anderen Seite und haben keine Nationalität“, sagt Hein. Er verweist darauf, dass allein 600 Streuobstbäume in Luxemburg und im deutschen Grenzgebiet in den vergangenen drei Jahren gepflanzt worden seien. Eine Versuchswiese zeigt sogar 45 verschiedene Apfelsorten auf, um die Unterschiede im Geschmack und Ertrag nochmals genauer erproben zu können.

Inzwischen machen mehr als 200 Obstlieferanten mit, aus der gesamten Region, manche sogar nur mit einem Birnenbaum. Je nach Obstsorte werden sie entlohnt – mit rund 20 Euro im Schnitt je Doppelpentner Obst. Anfragen sind jederzeit willkommen.

Die Philosophie: „Wir sind der Meinung, dass diese Art des Wirtschaftens allen dienen muss und dabei regional und wirtschaftlich attraktiv sei kann und gleichzeitig ethisch unantastbar ist“, sagt Hein.

Denn hinter dem Geschäftsmodell, zu dem er weder die Absatzmengen noch den Umsatz nennen will, gehört auch eine Philosophie: „Wir wollen die Klimakrise dadurch bekämpfen, dass wir die lokale und regionale Wirtschaft fördern, die Kommunen beim Naturschutz unterstützen und die Kultur der Cider-Produktion wiederbeleben“, sagt der neue Geschäftsführer Jacques Roberto, der nach 25 Jahren mit Konsumgütern im Einzelhandel erstmals den Eindruck hat, „dass die Arbeit einen Sinn hat und auch noch schmeckt“. Beispiel: Etwa 57 Prozent der 2019 bei Ramborn verarbeiteten Früchte wäre ohne ihre Verarbeitung dort als Lebensmittel wohl vernichtet worden.

„Wir arbeiten hier an einem Teil der Luxemburger Kultur und Identität“, sagt Carlo Hein, außerdem trü-

gen die Obstbäume zur Biodiversität in der Region bei. Er, der bereits früh in regenerative Energien investiert hat und den ersten Solarpark Luxemburgs mit seinen Geschwistern aufgebaut hat, sagt: „Jeder Obstbaum ist ein Refugium für etwa 1000 verschiedene Insekten- und Tierarten.“ Und so sind Hein und Roberto überzeugt davon, dass die Corona-Pandemie gezeigt habe, wie schnell sich Verhalten ändern ließe. Biodiversität werde zum großen Trendthema der Zukunft. Seit seinen Anfängen im Jahr 2015 will das Unternehmen mehr als 950 000 Quadratmeter Fläche mit Biodiversität wiederbeleben und den CO₂-Ausstoß um 31 Tonnen reduziert haben. Und im vergangenen Jahr war Ramborn auch das erste Unternehmen im Großherzogtum, neben etwa 4000 weltweit, die die „B Corp“-Zertifizierung (Benefit Corporation) erhalten hat, die das Gleichgewicht zwischen Gewinn und Ziel in der Wirtschaft betont.

Das Produkt: Während beim Viez die durch die zugesetzte Hefe Kohlensäure während des Fermentierens entlassen wird, bleibt sie beim Cider enthalten und bringt das Getränk bei längerer Reifung auf bis zu elf Volumenprozent Alkohol, was sich auch in der Ciderproduktion zeigt. Inzwischen gibt es von Ramborn vier verschiedene Sorten, vom Birnenwein über eine Klassik-Variante bis hin zum gehopften Cider und einem extrem säurehaltigen Cider.

Und bei der Vorstellung der verschiedenen Produkte halten es Jacques Roberto und Carlo Hein ähnlich wie bei einer Weinprobe, gibt doch auch jede Apfel- und Birnensorte einen besonderen Geschmack ab. „Warum sollte man nicht auch beim Cider von Terroir sprechen, schließlich gibt auch die Region dem Obst über den Boden etwas ab“, sagt der Unternehmensgründer.

Ob Luxemburger Mostbirne oder Nelchesbirne, Bohnapfel, Erbachhofer, Trierer Weinapfel oder Holzapfel: Die Kunst des Fermentierens ist es, aus dem Obst den größtmöglichen Geschmack herauszuholen. Und zu jeder Cider- und Perry-Probeprobe gibt es bei Ramborn Essempfehlungen. Neuester Clou: eine Art Cider-Eiswein und

ein Luxemburger Quittenwein, der die etwas vernachlässigte Obstsorte neu in den Mittelpunkt stellt, und eine alkoholfreie Linie mit Säften und Limonaden.

Der Erfolg: Der Ramborn Cider und Perry ist nicht nur eine regionale Leckerei und Spezialität, sondern auch international positiv aufgefallen. So regnete es Goldmedaillen bei den Cider Craft Awards, bei den International Cider Awards und der Cider World Frankfurt.

Hinzu kommen mehrere Silber- und Bronzemedailles sowie Publikumsauszeichnungen. Auf Messen wie der Anuga, der ProWein und der Internorga ist Ramborn vertreten, es gibt Ciderlieferungen bis Japan, Kenia oder die USA. „Wir sind selbst überrascht, wie schnell wir erfolgreich wurden“, sagt Roberto. In Luxemburg hat Ramborn fast alle Ciders vom Markt verdrängt, Potenzial sieht man in der Gastronomie

der Großregion. „Wir wollen natürlich Geld verdienen, konzentrieren uns auf den heimischen Markt.“

„Wir arbeiten hier an einem Teil der Luxemburger Kultur und Identität.“

Carlo Hein

Unternehmensgründer von Ramborn Cider

INFO

Von der Idee über den Apfel zum Cider

Im Jahr 2015 hat Carlo Hein die Idee, den alten Obstbaumbestand seiner Heimat zu reaktivieren und zu bewirtschaften. Denn von einst 1,2 Millionen Apfelbäumen im Großherzogtum sind innerhalb einer Generation bis heu-

te nur noch 120 000 Bäume übrig geblieben. Fünf Vollzeit-Mitarbeiter arbeiten an der Produktion und dem Verkauf des Original Ciders, des Farmhouse Ciders mit besonders säurehaltigen Äpfeln der Region, einem gehopften Cider ähnlich einem IPA-Bier und dem Birnen-Cider, dem Perry. Als Spezialitäten gibt es einen Eis-Cider und einen Quittenwein, der die wich-

tigsten der 25 Quittensorten vereint. Seit diesem Jahr werden einige Luxemburger Schulen mit dem jüngsten Sortiment, einer Apfelschorle, einem Apfelsaft, Birnensaft und Quittensaft versorgt. Mehr als 200 Bauern und Privatkunden aus einem Umkreis von 50 Kilometern versorgen Ramborn mit Obst zum Kellern.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Corona-Lage im Großherzogtum ist stabil

Bei Neuinfektionen und bei Klinikeinweisungen scheint Luxemburg unauffällig. Doch ein Indikator zeigt, dass die Pandemie im Nachbarland noch nicht vorbei ist.

VON HÉLÈNE MAILLASSON

LUXEMBURG Auf dem E-Lake in Echternach oder beim Street-Food-Festival in Remich: Da, wo die Luxemburger gerne ausgehen, ist in diesen Tagen auch immer der Impfbus unterwegs. Das Ziel: so viele Menschen wie möglich von einer Impfung gegen Corona zu überzeugen.

Dabei hat die Initiative des Gesundheitsministeriums unter Paulette Lenert (LSAP) vor allem die Jüngeren im Blick. Und die

gilt es anzutreffen, wo sie sich aufhalten. Die Impfzentren des Landes hingegen haben Leerlauf, deshalb sollen sie auch bis Mitte September geschlossen werden, wie Lenert bei einer Pressekonferenz mitteilte. Ärzte und mobile Impfangebote sollen die Lücke schließen. Bisher sind in Luxemburg knapp 380 000 Menschen vollständig geimpft.

Das Infektionsgeschehen bezeichnete Lenert als „stabil“ – sowohl die Zahl der Neuinfektionen als auch die Zahl der Einweisungen in die Kliniken. „Man erkennt klar die Wirkung der Impfungen auf den Verlauf der Krankheit“, sagte sie. Lediglich knapp zwei Prozent der Menschen, die in Luxemburg aufgrund einer Covid-Infektion ins Krankenhaus eingewiesen wurden, waren vollständig geimpft.

„Das zeigt uns erneut, dass die Impfkampagne den Weg aus der Krise darstellt“, so die Gesundheitsministerin. Zurzeit werden 25 Corona-Patienten stationär behandelt, sechs von ihnen auf der Intensivstation. Der Reproduktionswert liegt aktuell bei 0,8, die Positivität der Tests schwankt aktuell laut Lenert um ein Prozent.

Auch der Inzidenzwert, der Anfang Juli wieder bis 150 stark angestiegen war, geht seitdem kontinuierlich zurück und liegt nun bei 47 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen. Aufgrund dieser Entwicklung soll die großflächige PCR-Testung der Bevölkerung („Large-Scale-Testing“) Mitte September auslaufen. Danach will die Regierung stattdessen verstärkt Schnelltests einsetzen, um neue Infektionen aufzuspüren.

Doch trotz Stabilisierung der Lage lässt ein anderer Indikator schon ahnen, dass nach wie vor Vorsicht geboten ist. Sehr früh setzte das Großherzogtum in der Krise auf Abwasser-Monitoring. Dabei werden Proben aus 13 Kläranlagen auf ihre Viruskonzentration untersucht. Dies ermöglichte eine viel schnellere Einschätzung über das Ausmaß der Kontamination in der Bevölkerung. Und hier steht die Ampel wieder auf gelb. Die Werte der vergangenen Tage seien leicht erhöht im Vergleich zu den ersten Juli-Tagen, schreibt das Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) in seinem jüngsten Bericht.

Derweil ist das Thema der dritten „Booster“-Impfung für Senioren in Luxemburg noch nicht geklärt. Das

Gesundheitsministerium hat den Obersten Rat für Infektionskrankheiten um eine Einschätzung gebeten. Diese wollen die Experten bis Ende des Monats abgeben. Dann sollte auch die Frage geklärt, ob das Gesundheitspersonal, das bereits zu Beginn des Jahres geimpft worden war, eine Auffrischung der Impfung benötigt.

Anders als im Nachbarland Frankreich gibt es in Luxemburg keine Impfpflicht für das Pflegepersonal. Das Krankenhaus CHL hat aber bereits angekündigt, nur noch Mitarbeiter einzustellen, die gegen Corona geimpft sind. Diese Pflicht gilt nicht für Menschen, die schon im CHL arbeiten. Alle Neuverträge werden aber einen entsprechenden Passus beinhalten. Bisher sind beim CHL 83 Prozent der Ärzte und Pfleger geimpft. Die anderen Kliniken des Landes wollen diesen Schritt erstmal nicht gehen. Der Dachverband der Krankenhäuser (FHL) fordert seinerseits ein Gutachten der luxemburgischen Ethikkommission zu diesem Thema. Unklar ist auch die Position der Regierung, die sich bisher gegen eine grundsätzliche Impfpflicht für die Bevölkerung ausgesprochen hatte. Doch was den Gesundheitsbereich angeht, will Gesundheitsministerin Lenert das nicht ausschließen. Eine offizielle Position der Regierung zu diesem Thema gebe es aber noch nicht, sagte Lenert bei der Pressekonferenz.

47

beträgt derzeit die Sieben-Tage-Inzidenz pro 100 000 Einwohner in Luxemburg.

Quelle: Gesundheitsministerium

„Handarbeit angesagt“

20 Winzer aus Luxemburg unterstützen Kollegen im vom Hochwasser getroffenen Weinbaugebiet Ahrweiler

Von Jean-Philippe Schmit

Ahrweiler (D). Ein Bus mit 20 Freiwilligen aus Luxemburg ist gestern in den von der Juliflut hart getroffenen deutschen Landkreis Ahrweiler gefahren. Bei den Helfern handelt es sich um Mitglieder des luxemburgischen Winzerverbandes, die ihre deutschen Kollegen unterstützen wollen. Denn das Epizentrum des Katastrophengebietes ist auch das größte geschlossene Anbaugebiet für Rotwein in Deutschland.

Im Landkreis Ahrweiler gab es viele Tote zu beklagen. Stand gestern wurden in Rheinland-Pfalz immer noch 26 Personen vermisst. Zahlreiche Häuser sind in den Fluten eingestürzt und 62 Brücken wurden zerstört. Die Aufräumarbeiten gehen derzeit un-
vermindert weiter.

Rotweinmetropole

Vom Hochwasser wurden auch viele Kellereien und Winzerbetriebe schwer getroffen. Hier wollen die Luxemburger Winzer anpacken. „Wir kamen zu einem Sammelplatz und wurden von dort aus auf die einzelnen Weinbaubetriebe verteilt“, erklärt Marc Weyer, Präsident des luxemburgischen Winzerverbandes.

Er selbst wurde einem Betrieb zugeteilt, in dem das Wasser einen

Meter hoch im Keller stand. „Das Wasser hatte auch ein Viertel der Anbaufläche weggespült“, sagt er. Die Weinreben in den tieferen Lagen werden nie mehr austreiben. „Die Winzer fragen sich, ob sie an diesen Stellen überhaupt noch Wein anbauen sollen.“

Die Höhe der Schäden ist für die Winzer im Moment noch nicht zu beziffern. „Die Weinkisten, die für den Verkauf abgepackt waren, wurden auch überschwemmt“, sagt der Präsident des luxemburgischen Winzerverbandes gestern über Telefon.

„Die Kisten sind aufgeweicht, die Etiketten abgefallen und das Ganze wurde mit einer Schlammschicht bedeckt“, sagt Weyer. Das Wasser sei aber nicht in die Flaschen eingedrungen, der Wein noch trinkbar. „Ob man den Wein noch verkaufen kann oder darf, weiß man im Moment nicht.“

Wie eine Lösung aussehen könnte, zeigt eine Gruppe von lokalen Gastwirten und Winzern. Unter der Bezeichnung „Flutwein“ haben sie eine Kampagne ins Leben gerufen und bieten „originalverschlammte Flaschen“ gegen eine Spende zum Kauf an.

Der Inhalt kann der edelste Tropfen der vergangenen Jahre sein oder aus einem Jahr ohne Son-

ne stammen. Doch die Aktion ist keine Lösung für die Masse der verschlammten Flaschen. „Wenn die Etiketten fehlen, weiß man nicht, was der genaue Inhalt ist“, so Weyer. Das erschwere den Verkauf.

Der Wein, der noch in den Fässern lagerte, als die Flut kam, wird nicht in den Handel kommen. „Viele Fässer sind von der Flut weggespült worden, andere wurden umgestoßen und sind ausgelaufen, in andere ist Wasser eingelaufen“, sagt Weyer. Diesen Wein kann niemand mehr trinken. „Der ist fort.“

Bei den Weinreben stellt sich die Situation ähnlich dar. Die Pflanzen, die nicht weggespült wurden, brauchen dringend Pflege. „Es ist viel Handarbeit angesagt“, so Weyer. Um zu verhindern, dass die Reben wegen der Feuchtigkeit Krankheiten entwickeln, müssen sie von überzähligen Blättern befreit werden. „So kann das Licht die Reben besser erreichen und die Trauben trocknen“, erklärt der Winzer. „In zwei Monaten beginnt die Traubenlese.“

Traubenlese steht an

Was nach der Lese mit den Trauben geschehen wird, steht offen. „Die meisten Betriebe sind zerstört“, sagt Weyer. „Es gibt fast

kein Winzer mehr, der die Ernte verarbeiten kann.“ Die Trauben könnten zu anderen Kellereien außerhalb des Katastrophengebietes gebracht werden, doch dies bringe rechtliche Probleme mit sich.

„Das Weinbaugesetz besagt, dass Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete auch in diesem Gebiet verarbeitet werden muss“, so Weyer. Wenn die Trauben von der Ahr etwa an die Mosel gebracht würden, würden diese Kriterien nicht mehr eingehalten werden. „Hoffentlich wird es eine Sonderregelung geben“, sagt Weyer. Zu Betrieben an der luxemburgischen Mosel können die Trauben nicht kommen, dafür ist die Entfernung zu groß.

Der Bus mit den Freiwilligen aus Luxemburg ist gestern Nacht wieder aus dem Katastrophengebiet zurückgekehrt. Die Hilfsaktion der Winzer dauerte nur einen Tag. „Hier gibt es keine Übernachtungsmöglichkeiten“, erklärt Marc Weyer. Der luxemburgische Winzerverband wollte mit der „symbolischen Aktion“ seine Solidarität mit den Winzern aus dem Weinbaugebiet Ahrweiler bekunden und sich ein eigenes Bild des Schadens machen.

Winzer helfen Winzern

HOCHWASSER Spenden aus Luxemburg für Kellereien an der Ahr

Heftige Überschwemmungen haben Mitte Juli in weiten Teilen Europas eine Schneise der Verwüstung hinterlassen und mehrere Milliarden Euro Schäden angerichtet. Besonders schwer getroffen hatte es das deutsche Weinbaugebiet Ahr in Rheinland-Pfalz. Luxemburgische Winzer haben deshalb beschlossen, ihre deutschen Kollegen finanziell, aber auch direkt vor Ort zu unterstützen. Rund 42.000 Menschen haben im Landkreis Ahrweiler noch mit den Folgen der Fluten zu kämpfen. 134 Menschen kamen bei dem Hochwasser ums Leben. Neben Privatpersonen haben auch viele Unternehmen heftige Schäden durch die Wassermassen erlitten. Die Winzerbetriebe der Region bilden da keine Ausnahme. Von den insgesamt 60 Weinbetrieben an der Ahr seien nur vier nicht von der Flut

betroffen. Zehn bis 20 Betriebe seien komplett zerstört, schilderte der Vorsitzende des Vereins Ahrwein, Peter Kriechel, dem Deutschlandfunk vergangene Woche.

Um ihre deutschen Kollegen beim Aufräumen zu unterstützen, begaben sich vorige Woche rund 20 Winzer ins Katastrophengebiet, wo sie beim Aufräumen halfen. Doch die Luxemburger Privatwinzer stellten nicht nur Manpower, sondern auch noch mehrere Hundert Liter Wein sowie Weinbaumaterial und weitere Kellerausrüstung zur Verfügung. Unter dem Hashtag #winzerfürwinzer spendeten Weingüter ihre eigenen Weine. Sechs unterschiedliche Weine von unterschiedlichen Winzern werden dann in Nierstein bei Mainz verpackt und anschließend für 65 Euro verkauft. Der gesamte Erlös kommt den Winzern der Region zugute.

Innerhalb von zwei Tagen sind ungefähr 10.000 Pakete verkauft worden. Das entspricht etwa 60.000 Flaschen. Neben Winzern aus Luxemburg spendeten auch Winzer aus Deutschland, Österreich, Spanien, Griechenland und Südafrika. Doch die Winzer in der für seinen Spätburgunder bekannten Region geben nicht so schnell auf. Viele Flaschen haben das Hochwasser nämlich unbeschädigt überstanden. Nur die Flasche und ihr Etikett sind verschlammmt und gezeichnet von der Fluten. Doch der Inhalt sei gleich geblieben, heißt es von den Initiatoren der Aktion.

Unter dem Label #Flutwein werden diese Flaschen jetzt übers Internet verkauft. Der Erlös kommt dem Wiederaufbau der Winzerbetriebe zugute. Mittlerweile konnten so bislang mehr als drei Millionen Euro an Spenden eingenommen werden.

AH

Wind, Wasser und manchmal Sonne

ENERGIE Immer mehr grüner Strom wird in Luxemburg hergestellt

Yves Greis

Luxemburg produziert nur einen kleinen Teil seines Stroms selbst. Ein noch kleinerer Teil davon stammt aus erneuerbaren Energiequellen. Doch deren installierte Leistung steigt stetig. Eine besondere Rolle spielen Windkraft- und Fotovoltaikanlagen.

Im letzten Jahr wurden in Luxemburg 6.262 Gigawattstunden Strom verbraucht. Aber lediglich 19,3 Prozent des verbrauchten Stroms wurden in Luxemburg hergestellt. Die restlichen 80,7 Prozent wurden importiert – zu einem großen Teil aus Deutschland. Luxemburg wird auf absehbare Zeit von Strom aus dem Ausland abhängig sein.

Doch das heißt nicht, dass sich in Luxemburg gar nichts tut. Nun hat das Land bekanntlich kein Atom- und kein Kohlekraftwerk. Dafür aber Wasser, Wind und manchmal, auch wenn die letzten Wochen es vergessen machen, Sonne. Bei den erneuerbaren Energien hat Luxemburg in den vergangenen Jahren kräftig ausgebaut. Hunderte neue Anlagen wurden im Verlauf der letzten fünf Jahre auf Kuppen und auf Dächern errichtet. Das geht aus den Berichten der zuständigen Aufsicht ILR („Institut luxembourgeois de régulation“) hervor.

Mittlerweile werden 15,6 Prozent des Konsums durch heimische erneuerbare Energien gedeckt. Dies bedeutet Wasser-

kraft, Windkraft, Biogas, Fotovoltaik und Biomasse. Aber auch die Stromgewinnung durch Müllverbrennung wird im Großherzogtum zu den erneuerbaren Energien gezählt. Sehr stark ausgebaut wurde in den letzten Jahren definitiv die Windkraft. Windräder sind zwar umstritten – in den letzten Monaten und Jahren hatten sich immer wieder Bürgerinitiativen gegen das Errichten neuer Räder formiert –, doch sie bringen Leistung. Die Zahl der Windkraftanlagen ist von 2015 bis 2020 um 20 Windräder angestiegen, sodass 2020 in Luxemburg 74 Windräder gezählt werden konnten. Die installierte Leistung stieg von 64 MW auf 153 MW und damit auf mehr als das Doppelte (plus 139 Prozent).

Die Zahl der Fotovoltaikanlagen, mit denen Sonnenenergie in elektrischen Strom umgewandelt wird, ist zwischen 2015 und 2020 explodiert. 2.382 Anlagen sind in diesem Zeitraum hinzugekommen, sodass das ILR im Juli 2020 genau 8.361 Anlagen gezählt hat. Die installierte Leistung stieg in diesen Jahren von 116 MW auf 187 MW (plus 61,2 Prozent).

Mehr als 2.000
neue Solaranlagen

Auch Biomasse hat kräftig zugelegt. Die Zahl der Anlagen stieg von zwei auf sechs; die installier-

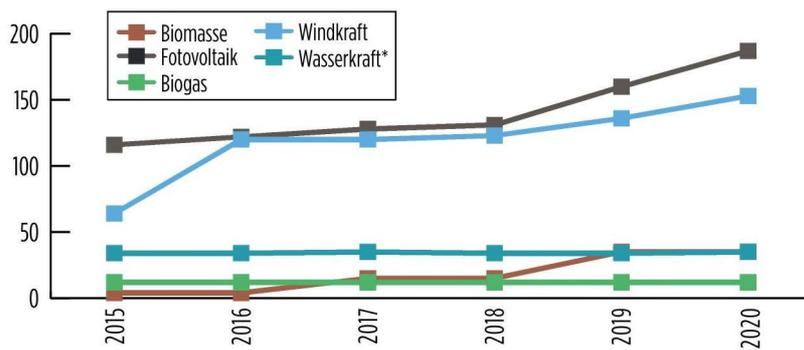
te Leistung wuchs von vier MW auf 35 MW. Die Zahl der Biogasanlagen hingegen ist bei gleichbleibender Leistung über die Jahre von 34 auf 32 gesunken.

Die Leistung von Luxemburgs Wasserkraftwerken hat sich hingegen kaum verändert. Die installierte Leistung stieg zwischen 2015 und 2020 von 34 auf 35 MW. Das Pumpspeicherkraftwerk Vianden mit seinen 1.296 MW wird von der ILR nicht in die Statistik miteinbezogen, da es direkt an das deutsche Übertragungsnetz angeschlossen ist. Der deutsche Energielieferant RWE bezeichnet das Werk auf seiner Webseite gar als „leistungsfähigsten Pumpspeicher im deutschen Netz“.

Durch den beschriebenen Ausbau kann Luxemburg immer mehr grünen Strom produzieren. 2020 generierten die heimischen Windkraftanlagen 351 GWh (+249 GWh gegenüber 2015), die Biomasseanlagen 266 GWh (+ 242 GWh), die Fotovoltaikanlagen 160 GWh (+56 GWh), die Wasserkraftanlagen 88 GWh (+3 GWh) und die Biogasanlagen 63 GWh (+1 GWh) an grünem Strom. Die Müllverbrennungsanlage der Sidor produzierte netto 48 GWh erneuerbare Energie.

Ziel der Regierung ist es laut Koalitionsvertrag, bis 2050 null Emissionen und so schnell wie möglich den Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien zu erreichen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung von Wind- und Solarenergie.

Erneuerbare Energien: Installierte Leistung (in MW)



Quelle: ILR

Grafik: Tageblatt/Lavinia Breuskin

* Nicht enthalten ist das Wasserkraftwerk in Vianden, das mit seinen 1.296 Megawatt an das deutsche Stromnetz angeschlossen ist.

CHL stellt nur Geimpfte ein

Der Schutz von Patienten vor Infektionen ist in den Spitälern verschieden

Von Annette Welsch

Das CHL hatte Ende Juli eine interne Mitteilung herausgegeben, dass nicht geimpfte Personen keinen Arbeitsvertrag bekommen, beziehungsweise Verträge mit ihnen nicht verlängert werden. Die Stationsverantwortlichen wurden zudem angewiesen, nicht geimpftes Personal möglichst nicht mehr im Kontakt mit Patienten einzusetzen. Während Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) dies gestern als „möglich und nachvollziehbar“ bezeichnete, denn die Impfbedingung stehe ja im Zusammenhang mit einem Arbeitsvertrag und nicht mit einer allgemeinen Impfpflicht, nehmen die anderen Spitalgruppen davon Abstand (s. Info-Box).

Vierte Welle antizipieren

Im Gespräch mit dem „Wort“ erklärt CHL-Generaldirektor Dr. Romain Nati: „Wer die Mitteilung formuliert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe vor meinem Urlaub in der Konferenz mit dem Kaderpersonal aber gemahnt, dass wir uns den Sommer über auf eine Infektionswelle im Herbst vorbereiten müssen.“ Er selber wolle seine Unterschrift nicht mehr unter

einen Vertrag mit einem Nicht-Geimpften setzen. „Dazu stehe ich. Denn es ist kontraproduktiv zu allen Maßnahmen, die wir seit Monaten ergriffen haben und verschlechtert die Impfquote im Haus.“ Es wäre ein schlechtes Zeichen gegenüber den anderen Beschäftigten im Haus und widerspreche zudem seinem ärztlichen Eid, die Patienten zu schützen. „Es ist für mich eine Gewissensfrage.“

Juristische Probleme sieht Dr. Nati nicht. „Es ist eine Selektion entsprechend der Werte des Hauses – wo soll hier eine Diskriminierung im klassischen Sinn oder ein Verstoß gegen Menschenrechte vorliegen? Es ist auch kein Berufsverbot, denn der Person steht es frei, sich anderwärts zu bewerben.“ Lediglich eine Person nicht anzustellen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen kann, wäre eine Diskriminierung aus Gesundheitsgründen.

Nati gibt zu bedenken: „Wir haben heute exakt dieselben Zahlen wie vor einem Jahr vor der zweiten Infektionswelle. Die Patienten sind zwar jünger und die Bevölkerung ist teils geimpft, aber die Delta-Variante ist ernstzunehmen. Ich halte die Situation für deckungs-

gleich und es auch für nicht ausgeschlossen, dass die Pandemie die gleiche Entwicklung nimmt wie im vergangenen Jahr. Wir müssen eine weitere Welle im Herbst antizipieren.“

Im CHL wurde bereits zwei Monate vor der gesetzlichen Pflicht eingeführt, dass jeder vom Personal, der Kontakt mit Patienten hat sich täglich einem Schnelltest unterziehen muss. Ausnahmen gab es für diejenigen, die den 3G – geimpft, geheilt, getestet – entsprechen. Mit dem Gesetz übernahm man dann auch auf den Rhythmus von dreimal in der Woche.

Zwei Covid-Cluster im Spital

„Sollten wir sehen, dass die Infektionszahlen wieder steigen, werden wir auf PCR-Tests übergehen, um das Risiko falsch negativer Antigentests zu vermeiden. Und dann muss auch geimpftes Personal, das direkten Kontakt mit einem Infizierten hatte, in Quarantäne.“ Die einzelnen Abteilungen wurden auch aufgefordert, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, das nicht geimpfte Personal entsprechend seiner Kompetenzen in Bereichen ohne Patientenkontakt einzusetzen, sollten die Neuinfektionen wieder

steigen.

Die Impfquote im CHL liegt derzeit laut Nati bei nahezu 100 Prozent beim medizinischen Personal und bei 83 Prozent beim Pflegepersonal, wobei zusätzlich drei Prozent ein Zertifikat als Geheilte haben und fünf Prozent sich in der Impfphase befinden. „Es bleiben neun Prozent, die sich den regelmäßigen Schnelltests unterziehen müssen“, betont Nati.

Im CHL habe es zwei Covid-Cluster gegeben, sagt Nati: Im Dezember in der Geriatrie ein halbes Dutzend Patienten betreffend und Ende Februar in der Onkologie, wo ein gutes Dutzend Patienten betroffen war. Daraufhin wurde jede Person, die mit Infizierten Kontakt hatte, in Quarantäne geschickt. Die Infektionskette zurückzuverfolgen war allerdings schwierig. „Ich bin mir sicher, dass die Infektionen in einem Fall vom Personal ausgingen und sie im anderen aus einem Altersheim eingeschleppt wurden. Aber beweisen kann ich es nicht“, sagt Nati. Natürlich könne ein Krankenhaus angeben, wie viele negativ getestete Patienten dann doch auf eine Covid-Station verlegt werden mussten.

● *Es ist für mich eine Gewissensfrage.*

Dr. Romain Nati

HRS, CHEM und CHDN

Auch die anderen Krankenhausgruppen wurden gefragt, ob dort eine Impfung als Bedingung für Neuanstellungen gilt, ob nicht geimpftes Personal anders beschäftigt wird als geimpftes, wie hoch die Impfquote ist und wie viele Patienten sich im Spital infizierten. In den Hôpitaux Robert Schuman (HRS) gibt es die Impfbedingung für Arbeitsverträge nicht. Konform zum Gesetz muss das Personal sich dreimal pro Woche einem Schnelltest unterziehen, außer es liegt ein 3G-Zertifikat vor – ge-

impft, getestet oder geheilt. Die Impfquote liege bei „über 80 Prozent“ und es gebe „keine Zahlen“ zu Personen, die mit negativem Test ins Krankenhaus aufgenommen wurden und sich dort ansteckten, heißt es von dort.

Auch im CHEM in Esch/Alzette hat sich die Rekrutierungspolitik nicht geändert. „Es gibt keine Impfpflicht in Luxemburg, dennoch empfehlen wir dem Personal eine Impfung stark“, schreibt die Kommunikationsabteilung. Es seien interne Sensibili-

sierungskampagnen durchgeführt worden. Seit Krisenbeginn ist das Personal in Covid- und Nicht-Covid-Zonen aufgeteilt. Vom Arbeitsarzt als vulnerabel definiertes Personal werde nicht in der Covid-Zone eingesetzt. Ungefähr 75 Prozent des Personals sei geimpft – aufgrund der ärztlichen Schweigepflicht könne man aber nur schätzen. Es gab keine Antwort zu den im Haus Infizierten.

Auch im CHDN beruft man sich darauf, dass keine Impfpflicht im Krankenhausesektor besteht und stellt deswegen keine Bedingung zur Anstellung. Das nicht geimpfte Personal

wird auch nicht anders eingesetzt, sondern konsequent alle 48 Stunden getestet. Die Impfquote wird mit über 80 Prozent beim Personal und 95 Prozent bei den Ärzten angegeben – Zahlen, die sich aus dem internen Covid-Check ergeben, wenn es um die Testpflicht geht. Statistiken über Patienten, die nach ihrer Aufnahme positiv wurden, führe man nicht. In allen drei Häusern wurden die üblichen Hygieneregeln und Barrieregeboten genannt, um die Patienten zu schützen. *wel*

Kleines Land mit großen Reservaten

In puncto Naturschutzgebieten liegt Luxemburg europaweit an der Spitze. Wie sieht es in Deutschland und anderen Ländern der EU aus?

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Angesichts des Klimawandels kommt dem Naturschutz eine immer wichtigere Bedeutung zu. Umso spannender ist es, wie von staatlicher Seite aus der Naturschutz durch die Ausweisung schützenswerter Gebiete umgesetzt wird. Und dies ist im Großherzogtum so umfangreich wie in keinem anderen europäischen Land, hat das britische Energiesparportal saveonenergy.com/uk herausgefunden. Es hat fast 80 000 Naturschutzgebiete, Naturparks, Biosphärenreservate und andere als Schutzgebiete ausgewiesene Flächen in Europa in seine Analyse mit einbezogen, basierend auf Daten der Europäischen Umweltagentur (EEA), und jeweils den prozentualen Anteil geschützter Flächen pro Land errechnet. Das überraschende Ergebnis: Luxemburg ist das Land

mit dem prozentual größten Anteil an Schutzgebieten in Europa.

In Luxemburg gibt es zurzeit 60 ausgewiesene nationale Naturschutzgebiete. Somit sind insgesamt 8116 Hektar geschützt, also knapp drei Prozent der Landesfläche. Das erste Naturschutzgebiet in Luxemburg wurde 1987 ausgewiesen. Der nationale Naturschutzplan sieht vor, dass noch 75 weitere Gebiete ausgewiesen werden sollen. Verglichen mit der Größe von Luxemburg bedeutet dies, dass 76 Prozent der Landesfläche Naturschutzgebiete sind oder noch werden sollen. Die bekanntesten Naturschutzgebiete sind wohl der Naturpark Our, der Naturpark Obersauer, das Naturreservat Mantscher Fiels, das Naturschutzgebiet Stromberg bei Schengen und das Naturschutzgebiet Broucherberg bei Esch-sur-Alzette.

Platz zwei und drei in der Analyse der Länder mit der anteilmäßig größten Fläche an Naturschutzgebieten in Europa sind Slowenien und Malta. Deutschland belegt Platz zehn. Hierzulande beträgt der prozentuale Anteil der Naturschutzgebiete an der Gesamtfläche immerhin rund 31 Prozent. Am unteren Ende der Auflistung stehen Portugal mit neun Prozent Anteil an Naturschutzgebieten, Belgien (acht Prozent), Serbien (sieben Prozent) und Rumänien (sechs Prozent). Schlusslicht ist Bosnien und Herzegowina mit nur vier Prozent.

Bei einem anderen Vergleich in puncto Schutzgebiete ist Deutschland deutlicher Spitzenreiter: Hierzulande gibt es mehr als 17 000 ausgewiesene Naturparks, Biosphärenreservate, Nationalparks und Naturschutzgebiete – mehr als in jedem anderen Land in Europa.

Eintritt durch die Hintertür verweigert

RT gilt als Propagandamaschine des Kreml – Luxemburgs Abfuhr bremst die Pläne des Senders aus

Von Thomas Klein

„Alles, was für Chaos sorgt, ist die [redaktionelle] Linie von RT“, lautete angeblich die Ansage eines verantwortlichen Redakteurs des russischen Senders, der bis 2009 als Russia Today bekannt war, an einen jungen Mitarbeiter. So zumindest wird der Journalist in einem Paper der „University of Oxford“ aus dem Jahr 2020 zitiert. In dem wissenschaftlichen Artikel untersuchen die beiden Mediensoziologen Mona Elswah und Philip N. Howard anhand von 23 anonymisierten Einzelinterviews mit RT-Redakteuren die Arbeitsweise des Senders.

Gegründet 2005, war die Zielsetzung des Senders zunächst, mit Berichten über die Kultur Russlands in der Welt ein positives Bild des Landes zu verbreiten. Das Programm war von Anfang an vor allem an ein ausländisches Publikum gerichtet. Die wichtigsten Wendepunkte in der inhaltlichen Politik des Senders waren laut den britischen Wissenschaftlern der russische Konflikt mit Georgien 2008 und der Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2014. Danach sei es dem Sender vor allem darum gegangen, Zweifel an der Politik, dem Establishment und der Medienberichterstattung im Westen zu sähen. Dabei verfälschte der Sender bewusst Sachverhalte und fahre regelrechte Desinformationskampagnen.

Umweg über Luxemburg

Nach eigener Darstellung will RT „alternativ“ Sichtweisen aufzeigen, die von den „Mainstream-Medien“ im Westen angeblich totgeschwiegen würden. Mit eigenen Sendern in den USA, Großbritannien und Frankreich sowie für ein arabisch- und spanischsprachiges Publikum ist RT nach eigenen Angaben inzwischen in über 100 Ländern empfangbar und wird von mehr als 664 Millionen Menschen gesehen.

Ursprünglich sollte im Dezember nun auch ein deutschsprachiges Fernsehangebot hinzukommen. Dazu wurde das deutsche Tochterunternehmen RT DE Productions GmbH in Berlin gegründet, das bereits angefangen hat, deutschsprachige Journalisten zu rekrutieren. Bevor RT allerdings auf Sendung gehen konnte, musste erst eine entsprechende Lizenz her. Da der neue Sender seinen Sitz in Berlin haben sollte, wäre die Medienanstalt Berlin-Brandenburg die erste Anlaufstelle für einen Antrag gewesen. Ein wesentli-

ches Kriterium für die Erteilung einer solchen Lizenz in Deutschland ist die Staatsferne. Demnach kann einem Sender die Lizenz verweigert werden, wenn eine staatliche Beteiligung oder inhaltliche Einflussnahme vorliegt. Diese Regel gibt es nicht in jedem EU-Land, sondern sie ist eine deutsche Besonderheit, die sich auch aus den historischen Erfahrungen aus dem Dritten Reich mit gleichgeschalteten, staatlich gelenkten Medien herleitet.

Im Fall von RT liegt der Verdacht der staatlichen Einflussnahme auf der Hand. Der Sender gehört zu TV-Novosti, das vollständig aus dem Staatsbudget Russlands finanziert wird. Laut der russischen Nachrichtenseite Vedomosti stattete die Regierung den Sender 2020 mit fast 23 Milliarden Rubel (etwa 266 Millionen Euro) aus. Für das laufende Jahr ist ein Budget von 18,2 Milliarden und für 2022 von 18,5 Milliarden Rubel vorgesehen. Auf Werbeeinnahmen ist der Sender nicht angewiesen; im Gegenteil gibt er viel Geld aus, um seine Inhalte zu vermarkten. Dass Putins Regierung sich damit auch Einfluss auf die redaktionelle Linie erkaufte, gilt als ausgemacht. So ist der Sender in den USA als „Agent einer fremden Regierung“ eingestuft. Der französische Präsident Emmanuel Macron bezeichnete den Sender 2017 als „Organ der Einflussnahme, Propaganda und Lügenpropaganda.“ Auch der deutsche Verfassungsschutz schreibt in einem Bericht von 2019, dass RT und die Nachrichtenagentur Sputnik eine Rolle bei dem Ziel Russlands spielten, die „politische und öffentliche Meinung in Deutschland im Sinne der russischen Politik zu beeinflussen“.

Weil es aus diesen Gründen als ausgesprochen unwahrscheinlich galt, dass RT eine Lizenz in Deutschland erhalten würde, wurde der Umweg über Luxemburg eingeschlagen, da hier nicht das Kriterium der Staatsferne gilt. Denn RT will, wie schon seine englisch-, französisch- und spanischsprachigen Dienste, auch den deutschen Sender über das Astra-Netzwerk des Satellitenbetreibers SES aus Betzdorf laufen lassen. Nach der europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD) wäre Luxemburg als Sitz von SES dann für die Lizenz zuständig, wenn festgestellt würde, dass RT Deutschland kein eigenes Entscheidungszentrum in einem EU-Mitgliedsstaat hat. Auf diese Weise fallen aktuell über 300 Einzelprogramme unter

luxemburgische Rechtshoheit, von denen nur ein Bruchteil eine Luxemburger Geschäftsadresse hat.

„Diese Ausstrahlgenehmigung als Drittstaatsanbieter kann aber nur greifen, wenn es nicht vorrangig eine Rechtshoheit aufgrund Niederlassung innerhalb der EU gibt“, erklärte Mark Cole, Medienrechtler an der Universität Luxemburg gegenüber dem „Luxemburger Wort“. Den entsprechenden Antrag von RT vom 15. Juni für eine Luxemburger Lizenz lehnte die zuständige Staatskanzlei nun vergangene Woche ab. Dabei betont die Behörde, dass sie dem Sender nicht explizit die Übertragung untersagt, sondern sich lediglich für nicht zuständig für die Erteilung einer Lizenz erklärt. „Da der Mediendienstanbieter einen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland unterhält und ein wesentlicher Teil des mit der Bereitstellung des audiovisuellen Mediendienstes betrauten Personals in Berlin tätig ist, unterliegt das Fernsehprogramm der Rechtshoheit der Bundesrepublik Deutschlands (...)“, schreibt das Staatsministerium in seiner Begründung.

RT wägt nächste Schritte ab

Dass diese Entscheidung kein reiner Verwaltungs- sondern vielmehr ein diplomatischer Drahtseilakt sein würde, zeigte sich auch daran, dass zu dem Thema im Mai eigens ein Treffen zwischen Medienaufsichtern der beiden Länder einberufen wurde. Nach Darstellung der Süddeutschen Zeitung nahmen daran auch Diplomaten und Vertreter des deutschen Verfassungsschutzes sowie des luxemburgischen Geheimdienstes teil.

Dass die Ablehnung des Antrags einen Einfluss auf die bestehenden Geschäftsbeziehungen zwischen SES und dem Sender haben könnte, glaubt der Satellitenbetreiber nicht. „Die Zuständigkeit für jeden RT-Kanal wird gemäß der europäischen AVMD-Richtlinie separat beurteilt“, sagte eine Sprecherin von SES. Das Unternehmen halte sich an alle nationalen und internationalen Vorschriften bezüglich der Sendekanäle auf ihren Satelliten, wolle aber ansonsten die Geschäftsbeziehungen mit dem Sender nicht kommentieren. „Aber sicherlich lässt sich festhalten, dass die Entscheidung unterstreicht, dass die Vorrangigkeit der Sitzkriterien bei der Beantragung einer Rundfunklizenz auch von Luxemburg genau beachtet wird, was wiederum für den Handlungsspielraum

von SES bezüglich Astra-Verbreitungen eine Auswirkung hat“, denkt Cole.

Offen ist jetzt, wie es in der Frage weitergeht. „Unser Rechtsteam ist dabei, die Entscheidung zu überprüfen, um über die geeignete Vorgehensweise zu entscheiden“, schreibt RT auf Anfrage. Der Sender könnte das Vorhaben für einen weiteren Fernsehkanal aufgeben und sich für den deutschsprachigen Markt nur auf die Webseite verlassen. Eine weitere Möglichkeit wäre es, das Berliner Büro aufzugeben und

nach Moskau zu verlagern, um eindeutiger unter die Drittstaatenregelung zu fallen. Daneben könnte der Sender den Sitz seines deutschsprachigen Ablegers gleich ganz nach Luxemburg verlagern, wo das Kriterium der Staatsferne für eine Zulassung nicht gilt. Dann allerdings könne es sein, so Mark Cole gegenüber „Radio 100,7“, dass der Sender dennoch weiterhin unter deutsche Rechtshoheit falle. Es bestehe ein Umgehungsverbot für nationale Regeln und lediglich die Verlagerung von Per-

sonal könnte nicht ausreichen, um unter luxemburgisches Recht zu fallen, wenn klar ist, dass Deutschland der eigentliche Zielmarkt ist.

● *Unser Rechtsteam ist dabei, die Entscheidung zu überprüfen.*

Pressebüro von RT

Die Absage an den Kreml-Sender

Luxemburg bremst die Wachstumspläne von RT

Luxemburg. Die internationale Bedeutung des Senders RT, vormals Russia Today, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Nach eigenen Angaben kann das Programm heute in über 100 Ländern empfangen werden und wird von mehr als 664 Millionen Menschen gesehen. Gleichzeitig gilt RT als das Sprachrohr des Kreml im Ausland. Dem Sender wird vorgeworfen, Nachrichten bewusst zu ma-

nipulieren, um bei der Bevölkerung im Westen das Vertrauen in Regierungen, das politische System und die Medien zu untergraben. Finanziert wird der Kanal von der russischen Regierung. Aus diesem Grund galt es als ausgemacht, dass RT keine Lizenz in Deutschland erhalten würde, von wo der Sender ab Dezember ein neues Fernsehprogramm ausstrahlen wollte. Also entschied man sich für

den Umweg über Luxemburg, wo der Sitz des Satellitenbetreibers SES ist, dessen Astra-Netzwerk RT bereits für andere Programme nutzt. Als Sender aus einem Drittstaat wollte RT so die Genehmigung für Ausstrahlung seines deutschsprachigen Programms erlangen. Das zuständige Staatsministerium verweigerte RT aber nun die Lizenz. *ThK*

Luxemburg schickt zwei Feuerwehrleute nach Haiti

CGDIS Das Team soll die Telekommunikation wiederherstellen

Um den Menschen in Haiti nach dem schweren Erdbeben zu helfen, schickt Luxemburg zwei Feuerwehrleute und drei Satellitenkommunikationssysteme in den Karibikstaat.

Die Mission soll laut Regierung zwei Wochen dauern.

Die Luxemburger Regierung hat zwei Feuerwehrleute der humanitären Einsatzgruppe des Großherzoglichen Feuerwehr- und Rettungsdienstes (CGDIS) und drei Satellitenkommunikationssysteme von emergency.lu nach Haiti geschickt. Das schreiben CGDIS, Innen-, Außen- und Entwicklungszusammenarbeits-

ministerium am Montagnachmittag in einer Pressemitteilung. Das „Response Coordination Centre“ (ERCC) habe im Rahmen des Europäischen Katastrophenschutzverfahrens Unterstützung beantragt.

Das Team hat den Pariser Flughafen laut Pressemitteilung am Montag verlassen und ist für die Wiederherstellung der Telekommunikationsdienste in der Region zuständig, „um die Arbeit der bereits vor Ort tätigen humanitären Organisationen zu erleichtern“. Die ursprüngliche Dauer dieser Mission sei auf etwa zwei Wochen angesetzt. Ein freiwilliger Feuerwehrmann – der

derselben CGDIS-Einheit angehört – sei bereits vergangenen Mittwoch als Teil eines der UN-Teams für die Bewertung und Koordinierung von Katastrophen eingesetzt worden.

Nach dem schweren Erdbeben in Haiti ist die Zahl der Todesopfer auf 2.207 gestiegen. 344 weitere Menschen werden zudem noch immer vermisst, wie der Zivilschutz des Karibikstaates am Sonntag mitteilte. Über 12.000 Menschen wurden demnach bei dem Beben der Stärke 7,2 im Südwesten des Landes vor gut einer Woche verletzt und mehr als 52.000 Häuser zerstört.

(dpa/fey)

Satellitenkommunikationssystem emergency.lu

Emergency.lu ist eine mobile, satellitengestützte Telekommunikationsplattform, deren Hauptziel darin besteht, nach einer Katastrophe die Kommunikationsmittel wiederherzustellen, die Koordinierungsbemühungen der humanitären Organisationen vor Ort zu unterstützen und so zur Rettung von Menschenleben in humanitären Notsituationen beizutragen. Es handelt sich um eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der luxemburgischen Regierung und drei luxemburgischen Unternehmen. Luxemburg bietet die Dienste von emergency.lu als kostenloses globales öffentliches Gut für die humanitäre Gemeinschaft an.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Impfwillige Luxemburger

82 Prozent der Menschen im Großherzogtum wollen sich vor Corona mit Vakzinen schützen.

LUXEMBURG (tgbl) Fast 82 Prozent der Einwohner Luxemburgs wollen sich impfen lassen – das geht aus einer Umfrage der Luxemburger Statistikbehörde Statec im Mai und Juni hervor. Dabei kam auch zutage: 12,7 Prozent der Befragten gaben an, sich nicht impfen zu lassen. 4,8 Prozent hatten sich zur Impffrage noch keine Meinung gebildet.

Das Statec fragte aber noch andere Parameter ab – zum Beispiel das Vertrauen in die Wissenschaft. Und die Luxemburger vertrauen der Forschung offenbar stark: Drei Viertel der Befragten gaben an, dass sie ein hohes Vertrauen in die Wissenschaft haben. Immerhin noch zwei Drittel erklärten, dass sie ein hohes Vertrauen in die Akteure selbst setzen – also die Forscher, die vor allem während

der Pandemie ins Rampenlicht kapultiert wurden. „Luxemburg zeigt ein Level von Vertrauen in Wissenschaft und Wissenschaftler, wie es auch in den USA und Nordeuropa beobachtet werden kann“, schreibt das Statec.

Gleichzeitig mit der Impffrage erforschten die Statistiker auch, wie die Umfrageteilnehmer zum Maskentragen stehen. Das Ergebnis: 72 Prozent der Luxemburger Einwohner gaben an, immer eine Maske in der Öffentlichkeit zu tragen. 20 Prozent machen das immerhin „oft“. Sechs Prozent offenbarten, „manchmal“ oder „selten“ mit Gesichtsbdeckung am öffentlichen Leben teilzunehmen. Als echte Maskenmuffel gaben sich nur 1,7 Prozent zu erkennen. Sie erklärten, „nie“ eine Maske

in der Öffentlichkeit zu tragen.

Die Statistiker verknüpften diese Ergebnisse auch mit anderen Daten – zum Beispiel dem Alter. Je älter die Befragten waren, desto eher waren sie dazu bereit, sich impfen zu lassen. Brisant: Erst ab einem Alter von zirka 50 Jahren kippt diese Kurve ins Positive. Bei den jungen und ganz jungen Einwohnern scheint die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, sehr klein zu sein.

Umgekehrt ist es beim Maskentragen: Die Masken sind vor allem bei den Jüngeren beliebt. Bis zum Alter von 30 Jahren werden die Gesichtsbdeckungen allerdings immer öfter abgelehnt. Erst die Älteren scheinen von Masken wieder überzeugt zu sein.